10 Jahre Ermittlungsausschuß



Fete im Ex am 15.12.1990 ab 22 h

Postmodern, Postautonom, Postbarscheck

Autonome zur Lage der Nation
Bis zur Räumung der Mainzer litt die Bewegung scheinbar an politischem Herzstillstand. Der "Wiedervereinigungsschock", das Gefühl der Handlungsunfähigkeit, das Überrollt werden von den Ereignissen lähmte nicht nur politisch sondern hatte Konsequenzen bis hin zum persönlichen Ausstieg. Die versuchten Wiederbelebungsmaßnahmen, z.B. die "Halt's Maul"-Demo am 3.10. waren entweder gekennzeichnet von inhaltlichem Tiefstgang oder wie am 3.11. von mehr oder weniger radikalem Mitlaufen. Dies hat uns wenigstens das Kompliment eingebracht, daß wir "als einzige in der Linken in der Lage sind, aus eigener Kraft mehrere tausend Leute zu mobilisieren" (Tolmein in der letzten Konkret). Dies alles hat die Auseinandersetzungen darüber, was alles im letzten Jahr passiert ist, kaum vorangebracht. Die war mehr davon geprägt, daß Staat und Kapital jetzt den großen Durchmarsch machen, von "4. Reich" und deutschen Großmachtplänen.
Die "BürgerInnen" der DDR waren bestenfalls Opfer, die schon sehen werden, was sie vom Kapitalismus haben, wenn sich deren Wünsche nach Konsum, VW-Golf und Farb-TV nicht erfüllen.
Auf der anderen Seite ging "drüben" die Post ab (?) Striks, Demos und auf dem Alex und bei der Räumung der Mainzer Str. randalierten nicht nur die "West-Chaoten".
Der Tagesspiegel kommentierte : "der Eisenbahnerstreik war nach der Räumung der Mainzer Str. das schlimmste, was der Stadt passieren konnte."

Vom "Kassiber" aus Bremen bekamen wir zwei Artikel zugeschickt, die dazu andere Diskussionsansätze und Einschätzungen liefern. Da wir sie für etwas dünn hielten, haben wir sie noch um ein Thesenpapier aus der Oktoberausgabe der "Wildcat" ergänzt. Was uns jedoch in allen drei Papieren fehlt, ist die Auseinandersetzung mit den sozialen Bedingungen der Frauen in der ehemaligen DDR. Wer was dazu hat soll's schicken, wer was weiß, soll's zu Papier bringen!

Nachtrag
Gestern ist die Lübbi geräumt worden. Flugis dazu gab's bisher noch nicht, hoffentlich dann für die nächste Ausgabe.

Beschwerden
Das Frauenflugi ist echt nicht angekommen

INHALTSVERZEICHNIS

ORDNERVERZEICHNIS

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e V
Gneisenaustr 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Anschluß-Fragen - Gedanken zum Ende der "sozialistischen" Staaten

"Kassiber" - die autonome Stadtzeitung aus Bremen für Politik, Alltag und Revolution - hat einen Schwerpunkt zur Kapitulation der sozialistischen Staaten und der DDR gemacht. Daraus die beiden Beiträge, die sich mit unserer Zukunft in diesem Land hier beschäftigen. Der erste Beitrag setzt sich - besonders in Anlehnung an die Gedanken Gramscis - damit auseinander, was das Ende der DDR für uns Autonome bedeutet. Der zweite ist ein Beitrag zur aktuellen Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Metropolen, der einiges etwas anders sieht als in der Szene landläufig diskutiert: der Anschluß der DDR auch als Erfolg einer ("bewußtlosen") Klassenauseinandersetzung, die die DDR-ArbeiterInnenklasse für sich entschieden und ihre weitere Verwertung als Billiglohn-ArbeiterInnenklasse damit verhindert hat. Und der die Lage nicht so depressiv sondern eher offen sieht.

Autonome "zur Lage der Nation"

Der Niedergang der DDR bedeutet für die autonome Linke keine direkte Schwächung. Wir haben immer in improvisierten und selbstverantworteten Räumen leben und arbeiten müssen.

Das hat uns eine relative Unabhängigkeit beschert. Anders als bei vielen K-Gruppen, insbesondere der DKP, machen nicht reihenweise autonome Buchläden, Zeitungen etc. dicht und stehen die einzelnen nicht orientierungslos vor den Trümmern ihrer politischen Biographie.

Die spezifische Situation der autonomen Linken, nämlich im Wohlfahrtsstaat BRD immerhin noch verdammt gut von den Abfällen des Wohlstands zu leben und bis zu einem gewissen Grade als exotische "Jugendbewegung" in Polit-Nischen geduldet zu werden, hat aber auch zu Schwächen der Bewegung geführt.

I. Fragen

Die Reaktionen der autonomen Linken auf das "Wiedervereinigungs"-Gefasel der nationalistischen Parteien von grün bis braun machen wieder einmal theoretische und deswegen auch praktische Schwächen deutlich. "Deutschland halts Maul" als Parole ist so hilflos, wie die Schlagworte von den "Reichtagswahlen", dem "4.Reich" oder einem nun angeblich anrollenden "Generalplan Ost" falsch sind. Mir scheint, in den Parolen und Texten zu Deutschland finden sich -grob vereinfacht - zwei falsche Ansätze: Dem "Staat und Kapital" der BRD wird zu oft ein einheitliches, bewußt geplantes, Handeln unterstellt. Der Staat tut dies und jenes, ist immer in der Offensive und wird in der Konsequenz allmächtig. Zu wenig ist die Rede von einerseits Widersprüchen und Interessenskonflikten im Lager der bürokratischen, politischen und kapitalistischen Eliten. Zu wenig ist auch die Rede von den insgesamt chaotischen, unbewußten Mechanismen und Antrieben, die diese Gesellschaft dem Abgrund näher treiben.

In einem weiteren Text in diesem Schwerpunkt wird ja auf die Widersprüche im Kapitallager eingegangen, um zu zeigen, daß die Usurpation der DDR nicht nach einem lange vorbereitetem Plan des Kanzleramtes durchgeführt wurde, sondern das Ergebnis von Kräfteverschiebungen, Kämpfen, historischen, ökonomischen und ideologischen Brüchen, Verwerfungen und Kollisionen ist.

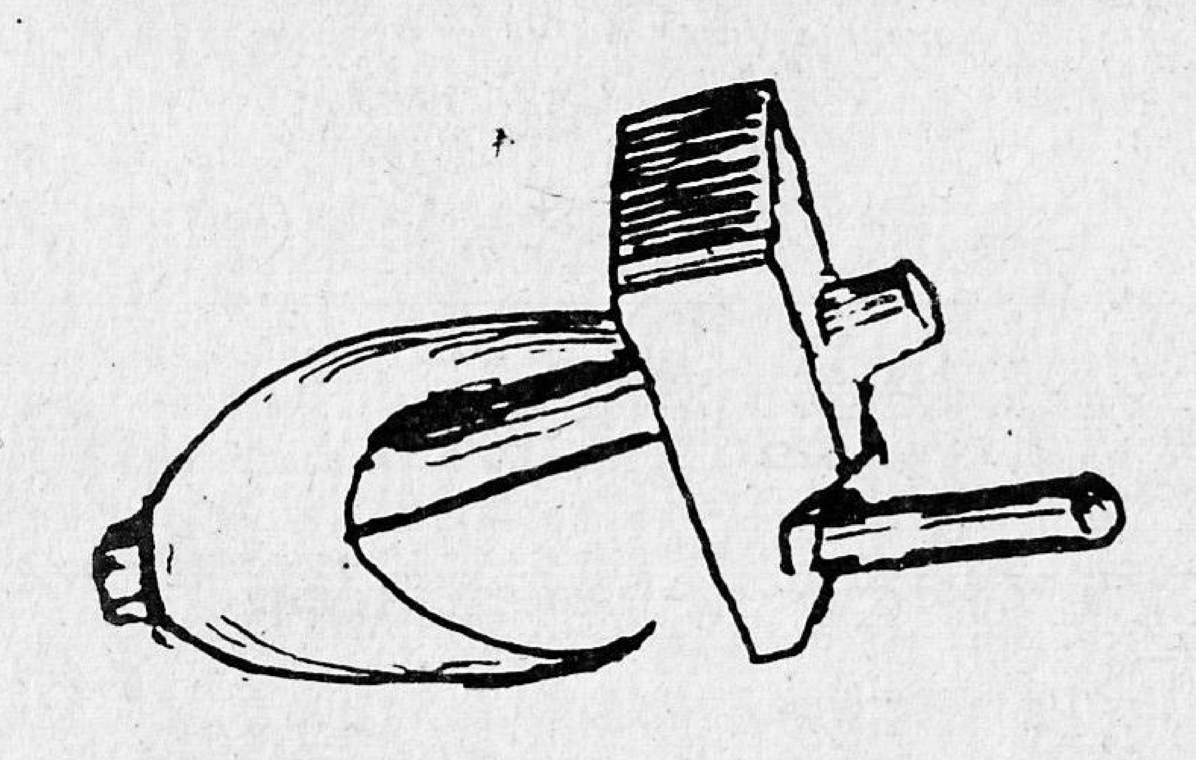
Würde ich also die Vorstellung von der Einheitlichkeit des Staates als erste falsche Tendenz werten, so folgert die zweite direkt daraus: Der Staat gilt nicht nur als monolithischer (1), einheitlicher Block, sondern als Staat gilt nur das, was sichtbar und direkt erlebbar ist: Polizei, Justiz, Behörden, politische Elite. Diese Vorstellung von Staat nährt sich immer wieder aus der Konfrontation mit staatlicher Repression: Die autonome Linke ist ständig gezwungen, ihre Freiräume gegen Übergriffe von Polizei, Justiz oder frei agierenden Fascho-Banden zu verteidigen. Diese permanente Konfrontation führt aber oft zu einer eingeschränkten Auffassung über die Breite und Vielfältigkeit politischer Kämpfe. Fast schon reduziert sich autonomer Widerstand auf ein "Wir gegen den Staat", und mit "Staat" ist dann nur noch politische Justiz und polizeiliche Repression gemeint.

II. Was ist "Staat"?

Die Frage ist: Was ist "Staat" und wie können wir ihn bekämpfen? Diese Frage werde ich nicht beantworten, aber ein Ansatz soll vorgestellt werden, zu dem mittlerweile und neuerdings auch in der radikalen Linken Texte erarbeitet wurden.

Die große Oktoberrevolution 1917 in Rußland galt für die europäische kommunistische Bewegung nur als Auftakt zur Weltrevolution. Zumindest im Deutschen Reich, das war ausgemachte Sache, würde die überdurchschnittlich gut organisierte deutsche ArbeiterInnenschaft eine Revolution durchführen können.

Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der Krieg der Sozialdemokratie gegen die kommunistische Bewegung bis in die zwanziger Jahre und letztendlich der Sieg des Faschismus zerschlugen endgültig die Hoffnung auf eine sozialistische Revolution.



Antonio Gramsci, führendes Mitglied der italienischen PCI (kommunistische Partei), setzte sich als erster marxistischer Theoretiker und Aktivist mit der Frage auseinander: Warum konnte in Mitteleuropa, also in den "hochentwickelten" Industriestaaten, nicht die sozialistische Macht errungen werden? Warum konnten nicht, wie in Rußland, mit einem Sturm auf das Winterpalais die alten Herrschaftsverhältnisse umgestürzt werden, BäuerInnen-, ArbeiterInnen- und Soldatenräte die Macht im Staat ausüben?

Gramsci suchte eine Antwort in der Unterschiedlichkeit der Gesellschaften: *"Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft befand sich in einem gallertartigen Ursprungsstadium. Im Westen gab es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft, und wenn der Staat wankte, zeigte sich sofort die widerstandsfähige Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur vorgeschobener Schützengraben, mit einem mächtigen System von Festungsanlagen im Rücken; mehr oder weniger entwickelt von Staat zu Staat ... genau deshalb war eine genaue Erforschung des jeweiligen nationalen Charakters nötig."*

"Staat", also Verwaltung, politischer Kopf, Militär, Justiz - das war nur eine Ebene. Hinter diesem flachen Relief staatlicher Institutionen sah Gramsci eine komplexe, tiefe Struktur, die er *"Zivilgesellschaft"* nannte und in der die herrschende Machtstruktur bedeutend tiefer verankert ist, als in den direkten staatlichen Organen.

Was meint *"Zivilgesellschaft"*? Neben Behörden, Institutionen, Verwaltungen im direkten Staatsapparat gibt es weitere Gremien, Berufsverbände, Interessensverbände, Lobbyisten. Aber noch wichtiger: Eng verknüpft, sich überlappend, sich gegenseitig speisend und stärkend organisiert sich die *"Zivilgesellschaft"* durch Bewußtsein, Riten, Ethik, Massenkultur, Religion, Tradition etc., Bereiche, die im klassischen Marxismus dem *"Überbau"*, der *"Ideologie"* zugerechnet wurden.

"Wie eine selbstzufriedene Lokomotive..."

Rosa Luxemburg hatte sich immer schon polemisch gegen eine Art Marxismus gewendet, welcher behauptet, *"daß die ökonomische Entwicklung gleichsam wie eine selbstzufriedene Lokomotive durch das historische Geleise saust und die Politik, die Ideologie etc. bloß wie tote Güterwagen hilflos und passiv ihr nachtrotten."*

So auch Gramsci. Die Bereiche der *"Zivilgesellschaft"* waren natürlich nicht unabhängig von der herrschenden kapitalistischen Ökonomie, aber in den modernen Industrienationen haben sie ein außerordentliches Gewicht bekommen, haben eine eigene Dynamik.

Gramsci hatte eine Debatte angerissen, die (allerdings erst Jahrzehnte nach seinem Tod) zu tiefen Kontroversen in der Linken führte.

In den 70er Jahren wurde die Diskussion um "den Staat" vehement aufgenommen. Louis Althusser, zu dieser Zeit französischer Marxist, versuchte erneut, das Phänomen Staat und Zivilgesellschaft zu beschreiben. Eine seiner damals wichtigsten Ergebnisse war, daß "der Staat" nicht nur a) Ausdruck der Kapitalverhältnisse und b) repressiv sei, sondern er auch *"etwas zu bieten habe"*. Das war ein Abschied von der Vorstellung, daß die Menschen objektiv in der Scheiße leben, es aber noch nicht gemerkt haben und die revolutionäre Linke es den Leuten nur noch klar machen müsse. Traditionen, Riten, Rollen, Massenkultur, Religion, Alltagsbewußtsein - all diese widersprüchlichen, facettenreichen Strukturen sind nicht ideologisches Vortäuschen eines "Richtigen im Falschen", sondern reale Lebensmöglichkeit, sie sind materiell, folgen eigenen Gesetzmäßigkeiten, sind nicht nur "herrschaftsabstützend", sondern organisieren und reproduzieren eigenständig Machtstrukturen. Das bedeutet auch: In all diesen Bereichen finden Kämpfe statt, verschieben sich Kräfteverhältnisse, suchen Individuen, soziale Gruppen, Völker nach Strategien entweder des überlebens, oder des Widerstands. Kurz: Die Sphäre der "Ideologie" ist ein Gelände realer gesellschaftlicher Kämpfe. Also auch ein Gelände, auf dem revolutionäre Perspektiven erkämpft werden können.



In "Drei zu Eins", einem aktuellen Text eines revolutionären Linken in der BRD heißt es: *"Das Denkmodell einer netzförmig angelegten Herrschaft ist als Vorstellungsbehelf gar nicht schlecht: Die Maschen des Netzes sind weiter (Metropole) oder enger (Trikont). Die Fäden sind älter (Patriarchat) oder neuer (Kapitalismus), stabiler (wie z.B. in der BRD) oder schwächer (Mittelamerika) ... Die Vorstellung einer netzförmigen Herrschaft, in der jeweils - bei jedem Faden und Knoten - Oben und Unten erhalten bleibt, aber keine alleinige Ursache, kein Hauptwiderspruch mehr vorausgesetzt wird..."* (2)

Der Kampf in einem solchen Netz muß an vielen Punkten und Knoten geführt werden. Oder um ein Bild Gramscis aufzunehmen: Ein zerklüftetes Gelände, unübersichtlich, durchzogen von Gräben in alle Richtungen, ein "Schlachtfeld". Die meisten Gräben sind "vom Feind" besetzt: Die Produktionsverhältnisse, die öffentliche Meinung, die Ethik, der Massensport, die Politik, die kommunale Verwaltung, das Verkehrswesen, die Justiz, das Gesundheitssystem - nur in zähen, langandauernden Kämpfen können die Gräben erobert werden, können bestimmte Abschnitte von uns besetzt werden. Ein besetztes Haus, autonome Presse - aber auch eigenständige Vorstellungen von Musik, Theater, von Bräuchen, Traditionen, Zusammenleben - der Kampf um physische und psychische Gesundheit, die Organisierung in Betrieben, die Herstellung der Artikulationsfähigkeit, die Schaffung von horizontaler Kommunikation, der Erhalt einer teilweise "selbstbestimmten" Schule, der Kampf um ein Mädchenhaus. In ihrer Gewichtung und Verschiedenartigkeit haben die Beispiele eine Gemeinsamkeit: Politischer Kampf wird zu einem zähen Ringen in vorhandenen Strukturen. Verhandlungen mit kommunalen Behörden um Gelder, Räume etc. gehören zum Instrument des Kampfes ebenso wie Demonstrationen von Durchsetzungsvermögen oder Stärke durch eine militante Demo, oder Manifestationen abweichender Meinungen durch Flugis, Zeitungen, Sprühaktionen oder aufsehenderregenden Besuchen bei Funk und Fernsehen usf. Es gibt nicht ein "Zerschlagt den Staat", wenn "der Staat" ein organisches Fundament hat, in dem er wurzelt. Das Vokabular heißt: Kräfteverhältnisse, Taktik, Zähigkeit, Geschick, Vielfältigkeit, Umwälzung.

"Eher wissenschaftlich als emotional..."

Assata Shakur schreibt: *"Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revolutionärer Kampf eher wissenschaftlich als emotional ist. Ich sage nicht, daß wir nichts fühlen sollen, aber Entscheidungen können nicht auf Liebe oder Wut basieren. Sie müssen sich begründen auf den objektiven Bedingungen und danach richten, was rational und unemotional notwendig zu tun ist."* (3)

III. Zum Schluß zwei Hinweise auf Texte, die für die oben angerissene Diskussion mir wichtig erscheinen.

Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus.

Dieser Text wurde bisher noch nicht veröffentlicht. (Allerdings schon in der interim, leider sehr schlecht lesbar, abgedruckt.) Gegen DM 3,- ist er bei der kassiber-Redaktion als kleine Broschüre erhältlich. "Drei zu Eins" ist ein Papier, das in langen Diskussionen (zumeist über Knastpost) zwischen Klaus Viehmann und anderen Frauen und Männern entwickelt wurde. Ziel war es, einen Klassenbegriff zu kritisieren, der patriarchal vorgeprägt ist und voller Rassismen steckt. Also erstmals ein ausführlicher Versuch, die Begriffe "Klasse", "Rassismus" und "Patriarchat" nicht nur schlagwortartig, sondern tiefergehend zueinander in Beziehung zu setzen und voneinander abzugrenzen.

Stuart Hall: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. (Argument Verlag). Hall gehört zur New Left in England; in dem Buch sind erstmals eine Handvoll seiner Aufsätze versammelt. Hall beschäftigt sich aus der Notwendigkeit aktueller Politik der 80er und 90er Jahre u.a. mit Gramsci. Insbesondere die Arbeiten zu Rassismus und zur Neuen Rechten sind erhellend und unbedingt lesenswert.

Anmerkungen:

(1) Monolith: Säule o.ä. aus einem Steinblock

(2) aus: Drei zu eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus

(3) aus: Assata Shakur: ASSATA - Eine Autobiographie aus dem schwarzen Widerstand in den USA, Agipa Press, Bremen 1990

Jan v.d.Leiden/Redaktion

Die Kapitulation des europäischen Sozialismus - ein harter Brocken für die kapitalistischen Metropolen

Die Kapitulation des europäischen Sozialismus - hier in der BRD in Gestalt des Anschlusses der DDR - hinterläßt den Eindruck eines umfassenden 'Sieges des Kapitals'. Die AnhängerInnen der sozialen Marktwirtschaft preisen diese in den höchsten Tönen. Militär und Administration der europäischen, nordamerikanischen und japanischen Metropolen feiern die Wiederherstellung des kapitalistischen 'Weltfiedens'. Doch die Niederlage der europäischen sozialistischen Staaten ist nur die eine Seite. Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Frage: Wie verdaut der Kapitalismus diesen 'Sieg'?

Der Standpunkt des Kapitalismus ist der Weltmarkt

Um sich der Frage zu nähern, wer hier welchen Sieg davongetragen hat, ist es nützlich, sich noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, wie der 'Kapitalismus' heute strukturiert ist.

Die 'internationale Ordnung' der Nachkriegszeit gründete sich im wesentlichen auf zwei Gegensätze. Der eine wurde mit Ost-West-Konflikt, der andere mit Nord-Süd-Gefälle umschrieben. Entlang dieser Linien verlief sowohl die Gestaltung staatlicher wie militärischer Institutionen, als auch die Entfaltung wirtschaftlicher Tätigkeit der großen Konzerne. Das eigentliche Zentrum dieser Ordnung aber ist der sich enorm ausdehnende 'Weltmarkt'. Der Weltmarkt - die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen von Unternehmen - ist eine Veranstaltung der europäischen, nordamerikanischen und japanischen Metropolen. 1989 wurden über 80% des Welthandels innerhalb dieser Region abgewickelt. Was bedeutet nun Erfolg aus der Sicht des 'Kapitalismus'? Erfolg aus der Sicht eines Unternehmens heißt 'Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt'. Konkurrenzfähigkeit der Qualität, der Absatzpreise und des Gewinnes. Erfolg aus der Sicht 'des Kapitalismus' heißt: Absolutes Wachstum der Produktion und des Verbrauchs vermittelt durch den Weltmarkt. Erfolg aus der Sicht einer nationalen Administration (oft verwechselt mit 'dem Volk') kann unter anderem heißen: Steigerung der Produktion und des Verbrauchs im Lande, Stärkung der 'Wettbewerbsposition' am Weltmarkt, Sicherung des sozialen Friedens usw. An dieser Meßlatte wird der Erfolg 'offiziell' gemessen. Und die bürgerliche Presse legt jedem nahe, sich diese Kriterien zu eigen zu machen.

'Der Sieg des Kapitals' über den Sozialismus bedeutet gegenwärtig nur, daß sich Administration und Unternehmen in diesen Ländern diese kapitalistischen Kriterien zu eigen machen. Der Sieg bedeutet weder, daß in diesen Ländern auch nur eines der kapitalistischen Ziele erreicht werden wird, noch daß die kapitalistischen Metropolen, ihre Position absolut, oder auch nur im Verhältnis zu den Ländern der Peripherie, verbessern können.



Die Probleme, an denen sich Administrationen und Unternehmen abarbeiten, sind durch die Niederlage der sozialistischen Staaten nicht weniger, sondern mehr geworden.

Schon bislang bewegten sich ihre Handlungsmöglichkeiten, die über ein 'rationales Agieren am Markt' hinausgingen, in einem sehr kleinen Bereich. Den Konsequenzen ihres - aus der Perspektive der gesamten kapitalistischen Gesellschaften - *"bewußtlosen Aneinanderstoßens am Markt"* (Marx), konnten sie nicht entkommen.

- Die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhangs vieler Völker des Trikonts - die einst Voraussetzung für die Entstehung 'unseres' Kapitalismus war - geht zunehmend in eine Verelendung über, die große Teile der Bevölkerung wieder dem Zugriff der Verwertung entzieht. Freie Produktionszonen sind ohne Frage profitabel für einzelne Konzerne, sie können langfristig jedoch keinesfalls eine eigenständige kapitalistische Entwicklung ersetzen. Seit Mitte der 60er Jahre gestehen alle internationalen Organisationen ein, daß sie dem Niedergang der Gesellschaften im Trikont nichts mehr entgegenzusetzen haben. Dies bedeutet, daß es keine Alternativen zu einzelunternehmerischen Aktivitäten (maximal noch durch 'reagierende' imperialistische Machtpoltik abgesichtert) in diesen Ländern gibt. Die Ergebnisse dieser Einzelinitativen sind durchweg schlecht. Die imperialistische Ausplünderung des Trikonts - deren Früchte lange eine wichtige Stütze für den Ausbau des Weltmarktes waren - , gefährdet heute, durch die Schuldenkrise, den Zusammenhang des gesamten Gebildes.

- Aufschwung und Wachstum der Metropolen hingen wesentlich von der Stabilität der Nachkriegsordnung unter der Vorherrschaft der USA ab. Eine wesentliche Lokomotive des Wachstums war der 'Kalte Krieg'. Er ermöglichte eine 'keynesianistische Rüstungspolitik', die zum einen die politische Bedeutung der USA als Weltmacht Nr.1 herstellte und zum anderen ei-

nen Grundstein für die Integration breiter Teile der Bevölkerung in die Gesellschaften der Metropolen darstellte. Diese Bedingungen der Nachkriegszeit werden durch die Auflösung des sowjetischen Imperiums und die in der Folge zunehmende politische Konkurrenz der EG, Japans und Nordamerikas gefährdet.

- Der vollständige Anschluß der ehemals sozialistischen europäischen Staaten an den Weltmarkt stellt eine Belastungsprobe mit ungewissem Ausgang für das schon heute instabile System Weltmarkt dar. Die Chancen des 'Kapitalismus', diese Probleme zumindest soweit zu lösen, daß in den Metropolen der gesellschaftliche Zusammenhang nicht gefährdet wird, werden noch verschlechtert durch den sich abzeichnenden Einbruch des jetzt schon acht Jahre währenden Aufschwungs: *"Für Besorgnis sorgen vor allem:*

Die Pleitewelle der amerikanischen Sparkassen und die Ertragsprobleme der Banken,

das chaotische Managment des US-Budgetdefizits,

Anzeichen eines Crashs der Immobilienpreise in den USA und in Japan,

das drohende Scheitern der GATT-Verhandlungen,

die Kriegsgefahr am Persischen Golf.

Überdies sieht Alexandre Lamfalussy, Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, schon die Gefahr einer globalen Finanzkrise heraufziehen. Die Verschuldung in vielen Ländern und Wirtschaftssektoren, so warnte der BIZ-Chef jüngst, habe 'historische Rekorde' erreicht. Das hohe Zinsniveau beschwöre nun Probleme beim Schuldendienst herauf".(Wirtschaftswoche Nr.45, 2.11.90).

Vor diesem Hintergrund muß die Frage diskutiert werden, ob der Niedergang des europäischen Sozialismus tatsächlich die kapitalistischen Gesellschaften der Metropole stärkt. Obwohl die kapitalistische Gesellschaft nicht an den von ihr produzierten Widersprüchen zerbrechen wird, können nicht alle Veränderungen des letzten Jahres als 'rationale Kapitalstrategie' begriffen werden. Wo hier die Brüche verlaufen, gilt es zu erfassen.

Die besondere Leistung der DDR-ArbeiterInnenklasse

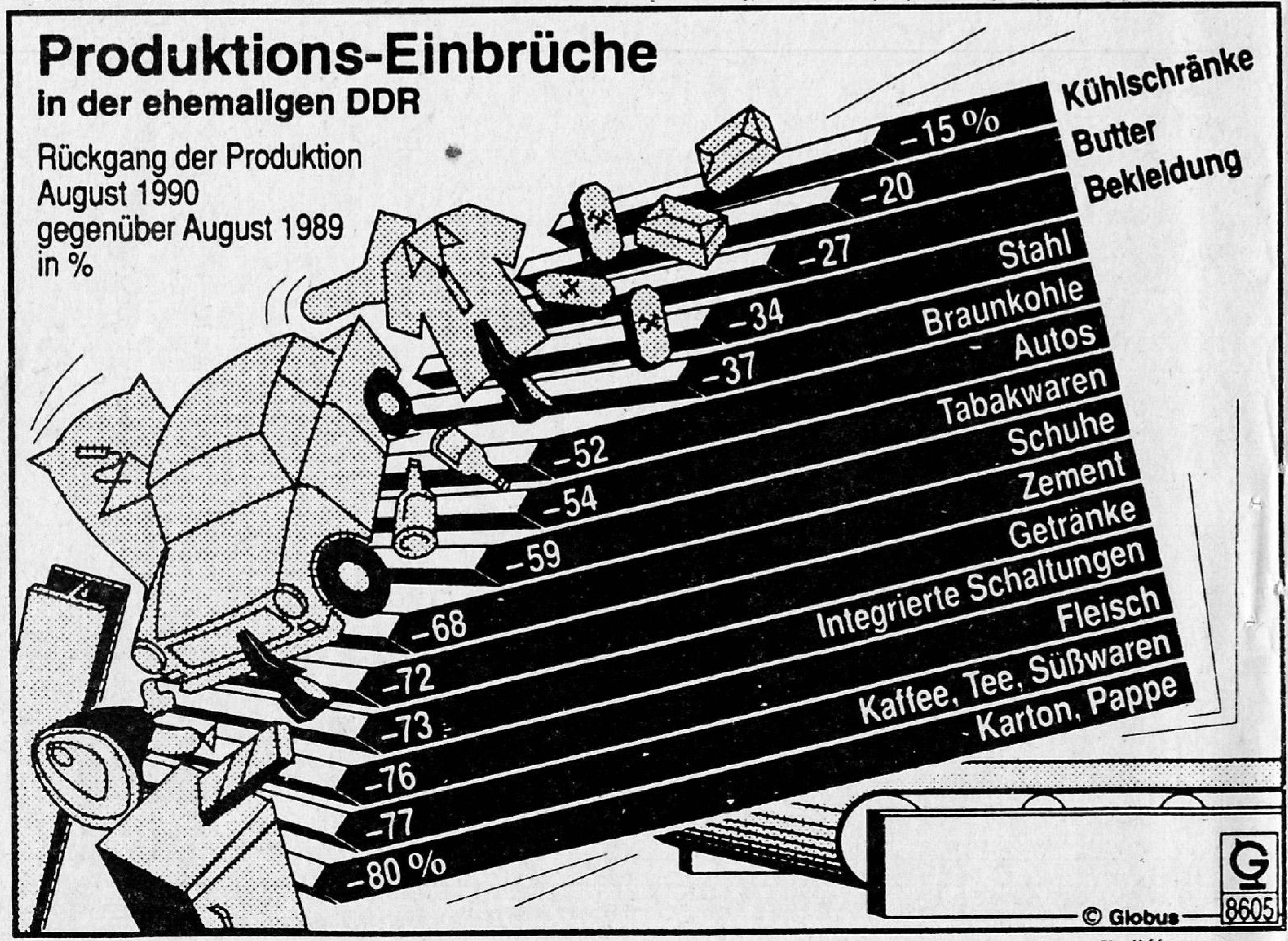
Der gegenwärtig in den bürgerlichen Medien gefeierte 'Sieg der sozialen Marktwirtschaft' wurde durch die Niederlage der sozialistischen Staaten Europas - in deren Folge diese Gesellschaften in ihrer alten Form auseinanderbrachen - möglich. Diese Niederlage kann zwar nur im Zusammenhang mit der fortwährenden Konfrontation, dem Kalten Krieg, verstanden werden, ihre tiefere Ursache liegt jedoch in Widersprüchen, die im Verlauf der eigenständigen Entwicklung dieser Gesellschaften entstanden sind. Meine These ist, daß diese Gesellschaften an in ihnen selbst entstandenen, produzierten Widersprüchen auseinandergebrochen sind. Der 'Sieg des Kapitals' beschränkt sich darauf, daß diese Gesellschaften jetzt im vollen Umfang den Kräften des Weltmarktes ausgesetzt sind. Dies wird ideologisch zurecht als 'Sieg über den Sozialismus' als Idee dargestellt. Welche Folgen dieser Sieg jedoch haben wird, steht auf einem anderen Blatt.

Die DDR, als eigenständiger Staat die zehntgrößte Industrienation im Weltmarkt, hat im Herbst 1989 ihre gesellschaftlichen Zusammenhang verloren. Und ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt der ProduzentInnen, stellt ein Produktionsapparat (Fabriken, Verkehrswege, Verwaltung etc.) eben nur ein Sammelsurium an Einzelteilen dar. Den AkteurInnen dieses Zusammenbruchs (vom Neuen Forum bis zu den Leipziger Montagsdemonstrationen, vom Bummelstreik bis zur Massenflucht) ist diese Tragweite wohl nur bruchstückhaft zu Bewußtsein gekommen. (Immer noch mehr als uns, die wir die Welt nicht mehr verstanden haben.) Unter dem Eindruck der Entwicklung, der alle unterlegen waren - von der DDR-Administration bis zum internationalen Finanzkapital - hatten sie keine Alternative als sich individuell um ihre zukünftigen Lebensmöglichkeiten insgesamt zu sorgen. Ausdruck dieser Sorge war die treffsichere Entscheidung für den Anschluß an die imperialistische Metropole BRD. Die Situation in Polen direkt vor Augen, erschien (aus ihrer Perspektive zu Recht) nichts dringlicher als den Absprung aus der krisengeschüttelten Peripherie zu schaffen. Und sei es um den Preis der Selbstverleugnung.

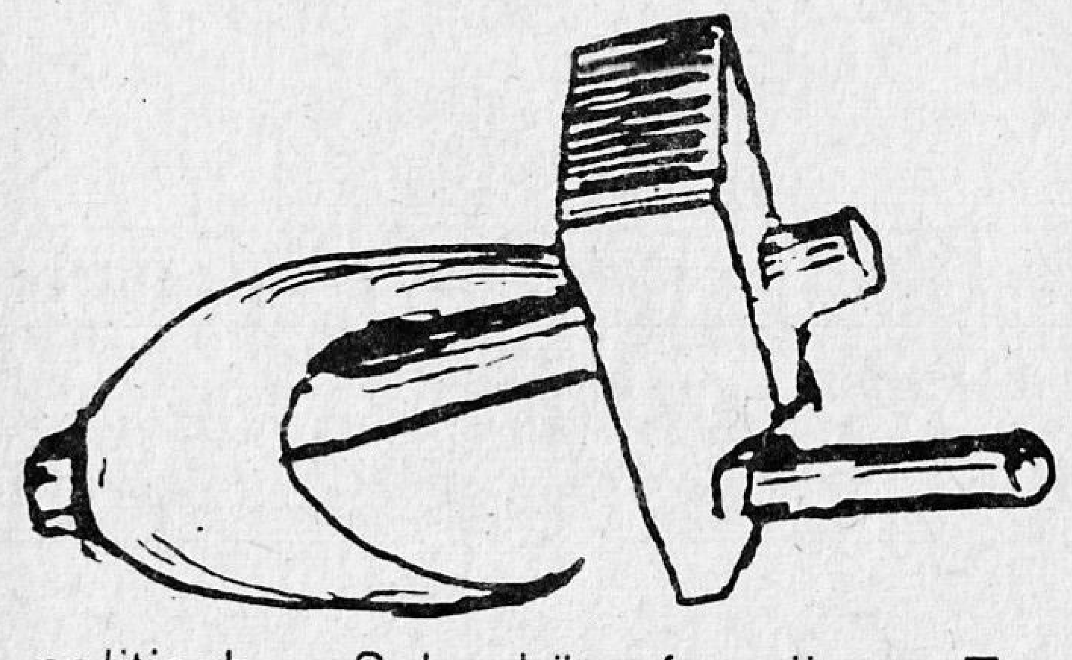
Auf diese Situation ist die BRD-Administration vollständig unvorbereitet getroffen. Sie hat sich zwar aus Kräften darum bemüht, diesen Zusammenbruch der DDR zu fördern, wirklich mit ihm gerechnet hat hier bis Ende 1989 aber niemand. So blieb denn nichts anderes, als die althergebrachten wirtschaftswissenschaftlichen Konzepte in aller Eile für den Anschluß umzuschreiben. Zunächst wurden von weiten Teilen der an der Diskussion Beteiligten klar eigenstaatliche Konzepte bevorzugt. Die Möglichkeiten, die Anpassung der DDR-Produktion an die Standards der Technik und der organisierten Arbeitshetze des Weltmarkts, durchzusetzen, schienen in einem eigenständigen sozialdemokratischen Staat wesentlich besser, als unter den Bedingungen eines Sofort-Anschlusses. In einem eigenständigen Staat sind eher krasse Unterschiede des Lebensstandards zur Metropole durchzusetzen. Ein freier Wechselkurs der DDR-Mark, hätte die Konkurrenz des Weltmarktes ohne Abmilderung an alle in der DDR vermittelt. Das vorhandene Produktionspotential wäre nicht mit einem Schlag zu Schrott geworden, genau dies ist bei der Währungsunion geschehen. **Alle 'vernünftigen' Überlegungen sprachen für eine eigenständige DDR** (zumindest für eine Übergangszeit von zehn Jahren).

Daß sich schließlich doch ein entgegengesetztes Konzept durchgesetzt hat, ist, nach meiner Sicht der Entwicklung, einzig der Erfolg einer *("bewußtlosen")* Klassenauseinandersetzung, die die DDR-ArbeiterInnenklasse für sich entschieden hat. Denn das oben skizzierte Konzept setzte voraus, daß die DDR-Gesellschaft nicht vollständig auseinanderbricht. Eine Administration der DDR braucht eine ideologische und personelle Basis. Die 'historische Aufgabe' der Sozialdemokratie wäre es gewesen, über die Propagierung einer sozialistischen Alternative, einer sozialistischen Marktwirtschaft etc., diese Basis zu schaffen. Dies ist nicht gelungen. Ausschlaggebend hierfür dürfte, neben den Erfahrungen mit einem 'sozialistischen Staat', vor allem die berechtigte Angst vor einer abhängigen, peripheren kapitalistischen Entwicklung der DDR gewesen sein. Diese Angst artikuliert sich bis heute in einer anhaltenden Flucht aus der DDR.

"Nach der DDR-Wahl vom 18.März wurde schlagartig klar, daß das Finanzkapital inzwischen die Strategiedebatte zu seinen Gunsten entschieden hatte. Ein Aktionszentrum aus Großbankiers, Bundesbankdirektoren, und Fiskalpolitikern hatte sich formiert, die regulären Planungsinstrumente einschließlich der Bundesbank selbst ausgeschaltet, das Kanzleramt sowie das Finanz- und Wirtschaftsministerium erobert und sich zugleich gegenüber allen konkurrierenden Einflüßen abgeschottet. Es schrieb die Kernsätze in die nun dicker werdenden Plankataloge und Vertragsentwürfe und bestimmte die Dynamik der Verhandlungsrunden mit der neuen bürgerlichen DDR-Regierung, deren Loyalität und Inkompetenz es schamlos ausnutzte. Währungsanpassung, bundesdeutsche Finanzhoheit und bedingungslose Wiederherstellung des Privateigentums: Das war die Parole. Der Aufwertungseffekt der Währungsumstellung und die sofortige Eröffnung westdeutscher Geschäftsbanken sollten den gesamten planwirtschaftlich gesteuerten Produktionsapparat von seiner Kreditbasis abtrennen, aber auch seine Anpas-







sungschancen an die BRD- und Weltmarktkonkurrenz auf den eigenen Binnenmärkten auf Null reduzieren. Zugleich sollten die dem DDR-Staatshaushalt verordneten fiskalpolitischen Restriktionen jeden Versuch vereiteln, mit Hilfe keynesianischer Defizitoperationen dem absehbaren Ende zu entkommen. ... In der internationalen Finanzwelt löste dieser eiskalte Coup der feindlichen Übernahme einer ganzen Volkswirtschaft helle Begeisterung aus."

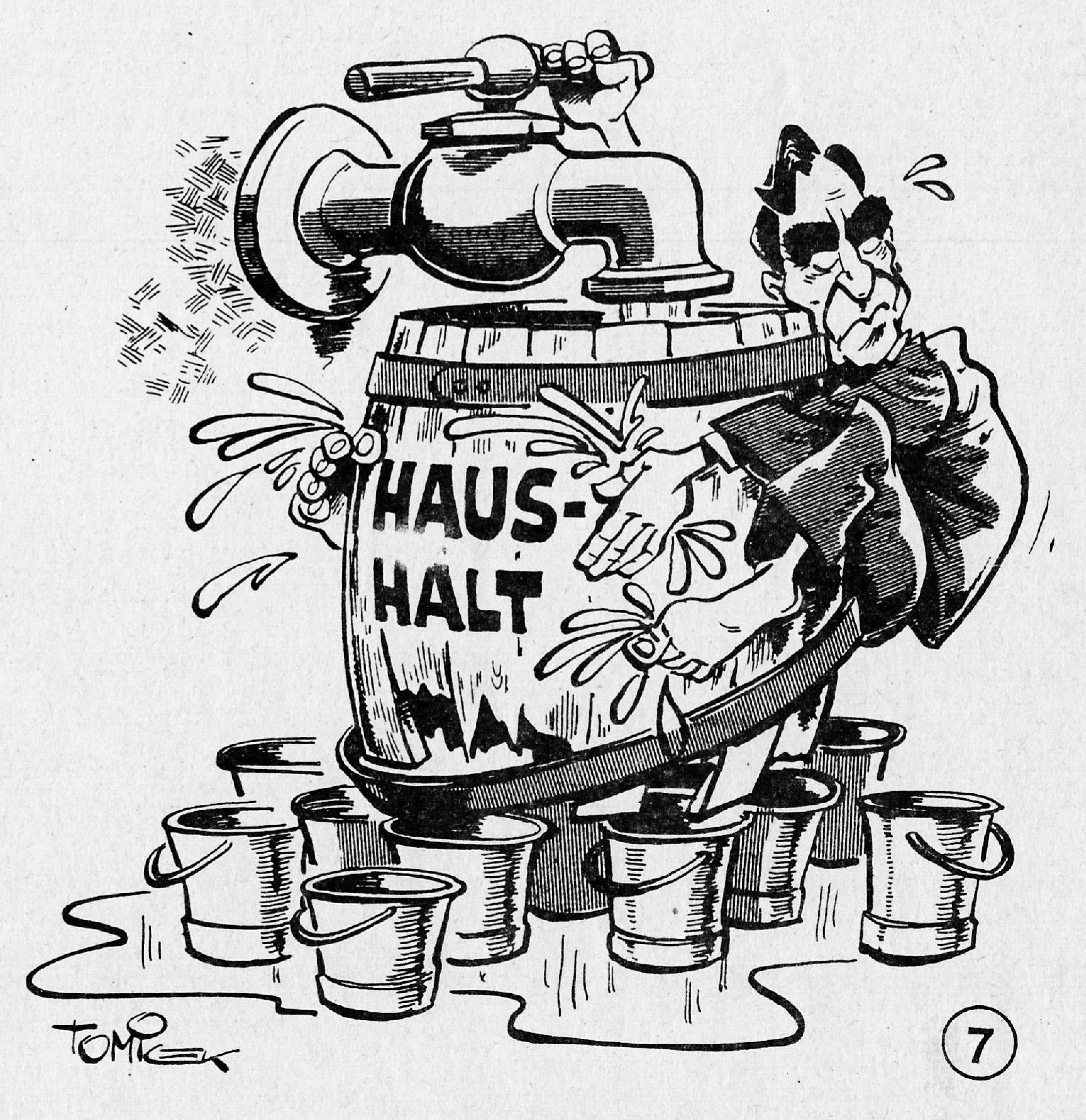
Was Karl-Heinz Roth hier treffend beschreibt (Konkret 9/90, S.10), verstehe ich weniger als 'eiskalten Coup', denn als von der tatsächlichen Bewegung, Auseinandersetzung der DDR-ArbeiterInnenklasse erzwungene Strategie, zu der es ab dem 18. März keine Alternative mehr gab. (Und dies, obwohl allen Beteiligten des Aktionszentrums klar sein mußte, daß sie ihre Strategie nicht würden durchhalten können.) Ihr eigentliches Anliegen ist die Reduzierung des privat zu verbrauchenden Volkseinkommens auf den Stand, der der Produktivität des Produktionssystems im Vergleich zum Weltmarkt entspricht. Jede Variante, die dieses Anliegen der kapitalistischen Akteure verwirklicht hätte, mußte zu einer Massenflucht in den BRD-Sozialstaat oder zu einem Aufstand führen. Und, daß sich unter den durch den Anschluß geschaffenen Bedingungen eine einseitige Verelendung der DDR-Bevölkerung nicht durchsetzen läßt, haben die Stützungsprogramme der letzten Monate bewiesen.

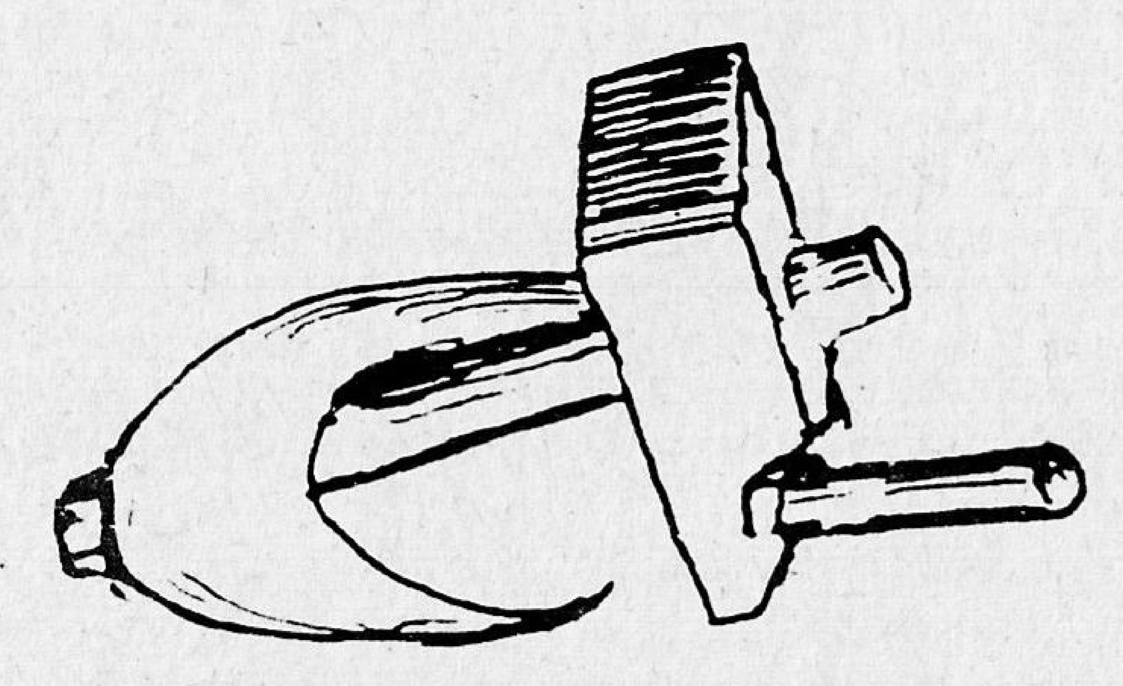
Neue und alte Probleme des Kapitals: Ansatzpunkte für antikapitalistischen Widerstand!

Die neue Situation in der BRD: Die Phase des Übergangs, der Anschluß der DDR an die BRD, kann seit den Wahlen zum Bundestag am 2. Dezember, als abgeschlossen gelten. Von nun an haben wir es mit einer neuen BRD zu tun, in der die DDR, nicht nur de jure, sondern auch de facto, Inland ist. Die Entwicklung der BRD wird zwischen zwei Polen laufen, die so umschrieben werden können:

Auf der einen Seite die sozialdemokratische Klassenbefriedungspolitik. Diese ist in der BRD unter allen Parteien Konsens und wir dürfen in unseren Einschätzungen nicht übersehen, daß auch die CDU/CSU, gemessen an ihren gesellschaftlichen Konzepten, sozialdemokratische Politik betreibt. Die Beteiligung der ArbeiterInnen und Angestellten an den Erfolgen der kapitalistischen Produktion, die Absicherung aller 'Existenzrisiken' durch eine umfassende soziale Sicherung, die Ausgleichung der Konflikte von 'Kapital und Arbeit' durch eine entpolitisierte Einheitsgewerkschaft und die Zwangsorganisation der Arbeitgeber (einer dauerhaft erfolgreichen Erfindung der späten 30er Jahre) - dies alles steht in den politischen Schaukämpfen dieser Tage nicht zur Disposition. Denn eine Veränderung dieser ehernen Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft bedeutet eine Umwälzung der Basis dieser Gesellschaft, zu der es allenfalls in der Konsequenz heftiger Kämpfe kommen wird. Doch diese Errungenschaften der europäischen Arbeiterbewegung stehen nicht im luftleeren Raum. Sie sind über die Finanzierbarkeit des Staatshaushalts an die Stellung der BRD-Unternehmen im Weltmarkt gekoppelt. Der riesige Kreditbedarf des Bundes, für die 'soziale Abfederung' des Anschlusses der DDR und den Aufbau einer Metropolen-Infrastruktur, verdrängt schon heute private Unternehmen, die Kapital aufnehmen wollen oder müssen (das sogenannte 'Crowding Out').

Auf der anderen Seite die Auseinandersetzung um Lohnhöhe und Produktivität. Die DDR-Bevölkerung hat in dieser Auseinandersetzung klar die erste Runde gewonnen. Durch den Anschluß sind sämtliche Sozialgesetze der BRD sofort in der DDR in Kraft getreten. Trotz der Übergangsregelungen, die die Höhe der Sozialleistungen an das Lohnniveau-Ost koppeln, ist die breite Senkung der Löhne unter den gegenwärtigen Stand nicht mehr möglich. Damit haben die ArbeiterInnen in der DDR einen beispiellosen Reallohnanstieg durchgesetzt - fürs erste zumindest, denn ein guter Teil dieses Erfolges beginnt schon wieder





zu bröckeln. Massenentlassungen und Preisanstieg, nehmen einen Teil wieder fort; doch werden die Auseinandersetzungen jetzt im Rahmen der Metropole BRD ausgetragen, und das ist ein deutlicher Unterschied zu den Bedingungen, mit denen z.B. die ArbeiterInnen in Polen nach der Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft konfrontiert sind. *"In der früheren DDR machen den Betrieben vor allem die jüngsten Lohnerhöhungen zu schaffen, die nach Ansicht der Gutachter (Sachverständigen-Rat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) 'weit überzogen' waren. Die jüngste Verdienstrunde habe klar gemacht, daß Ostdeutschland langfristig keine Niedriglohnregion bleiben werde. Die Investoren müßten nun nach anderen Standortvorteilen suchen"* (Wirtschaftswoche 2.11.90, S.15).

Die Streiks des Vergangenen Jahres in der DDR haben gezeigt: *"... die zentrale Arbeiterklasse war noch da und mußte in einem Ausmaß lohnpolitisch ruhiggestellt werden, das nicht erwartet worden war"* (K.H. Roth). *"In der Textil- und Bekleidungsindustrie wie in der Schuhindustrie streikten die ArbeiterInnen gegen die Schließung der Betriebe. Mehr als 120.000 MetallarbeiterInnen beteiligten sich an Streiks und Straßenblockaden für höhere Löhne und gegen Betriebsschließungen."* (Wildcat Nr.52, S.27)

Investitionswillige Konzerne stehen also nicht vor dem höchst profitablen Durchmarsch nach Osten, sondern vor großen Problemen. Die Industrienation DDR, als eigener Staat durchaus interessant für viele Projekte abhängiger Entwicklung, existiert nicht mehr. Der Produktionsapparat ist als Teil des BRD-Binnenmarktes nicht konkurrenzfähig. Die Produktivität von Technik und Arbeitsorganisation entspricht nicht dem Niveau des Westens und die ArbeiterInnen können dem Lohndruck ausweichen. Zum einen durch die sozialstaatliche Sicherung der BRD, zum andern durch die Abwanderung in den Westteil der BRD. Zudem ist die Infrastruktur der DDR, Straßen, Telefon usw. völlig überfordert. Alles in allem kein Paradies für Profithaie, sondern eine sehr unsichere Sache. Nur der Handel profitiert klar von der Ausweitung des BRD-Binnenmarktes nach Osten, und im Westteil wird es vielleicht zum erstenmal seit dem 2.Weltkrieg wieder Versorgungslücken geben, weil die Produktionskapazitäten-West nicht ausreichen, die Weihnachtsnachfrage zu befriedigen.

Die BRD-Administration steckt in einem, für sie fatalen, Dilemma: Die Befriedungspolitik ist nicht finanzierbar und der offene Klassenkampf (erstmal: von oben) nicht aushaltbar. Die Kreditaufnahme des Staates übersteigt alles bisher Dagewesenen in der Geschichte der Metropolen. Die bisherigen Schuldner der BRD, die zugleich auch ihre besten Kunden sind (die BRD-Wirtschaft lebt vom Export: über 30 % aller Waren werden exportiert), trudeln in die Krise: *"Der US-Administration fällt es immer schwerer, im Ausland Kapital für das ausufernde Staatsdefizit aufzutreiben. In den ersten sechs Monaten diese Jahres haben Ausländer per saldo nur für 2,5 Mrd. $ US-Staatspapiere gekauft... Noch 1989 deckte sich die internationale Anlegerschar dagegen mit US-Staatstitel im Wert von 54,6 Mrd. $ ein"* (Wirtschaftswoche, 2.11.90, S.127). Die Situation für die verschuldeten Länder im Trikont wird unter diesen Bedingungen weiter verschärft. Die Finanzierung des Anschlusses gefährdet also die Stabilitiät des wackeligen Status quo im Weltmarkt. Bricht die Konjunktur ein, wird es unmöglich den Anschluß sozial abzufedern. Geht die BRD-Administration in die (monetaristische) Offensive gegen die ArbeiterInnen, zerstört sie den gesellschaftlichen Konsens, der die Grundlage unserer gesamten Metropolenrealität ist. Denn zukünftig wird die Entwicklung nur noch für die gesamte BRD gedacht werden können. Einschneidende Verschärfungen können nur noch im gesamten Bundesgebiet durchgesetzt werden oder gar nicht. Die gesellschaftlichen Konsequenzen einer solchen Entwicklung sind heute von niemandem zu übersehen. Doch werden sich hier mit Sicherheit in großer Zahl Anknüpfungspunkte für antikapitalistischen Widerstand auftun - fragt sich nur, wie wir es verstehen werden, diese Konfrontation aufzunehmen.

Die Veränderungen in Mitteleuropa: *"In einem halben Jahr werden uns die Probleme der Sowjetunion voraussichtlich mehr beschäftigen als die der deutschen Vereinigung... In den nächsten Monaten droht ein Flüchtlingsstrom aus Osteuropa, der die deutsch-deutsche Wanderung als schmales Rinnsal erscheinen lassen könnte"* (Wirtschaftswoche, 2.11.90, S.278). Die Grenze zwischen den Metropolen verläuft nicht mehr nur zwischen Norden und Süden, zukünftig hat die BRD eine Grenze zum Trikont! Die Migration der zunehmend verarmenden Bevölkerung der RGW-Staaten in die Metropole, wird die Bedingungen hier stark verändern. Erste Reaktionen, wie z.B. die Verschärfung des AusländerInnenrechts oder die Ausweitung der EG-Festung nach dem Vorbild des Schengener Abkommens, werden diese Bewegung nicht verhindern. Die Aufteilung der Metropolengesellschaft in einen integrierten Kern und viele individualisierte, mobilisierte und verarmte Einwanderergruppen, kann nicht ohne weiteres gelingen. Eine rassistische Unterdrückung und Ausbeutung der EinwandererInnen bedarf einer gesellschaftlichen Basis. Und die ist nicht herzustellen, ohne den bisherigen Konsens sozialdemokratischer Politik zu verlassen. Ob dies jedoch im Rahmen der bis hier skizzierten Probleme opportun für die politische Elite der BRD ist, wage ich nicht abzuschätzen.

Fazit

Ich habe in diesem Artikel bruchstückhaft versucht, aktuelle Probleme 'des Kapitals' ins Blickfeld der linksradikalen Diskussion zu bringen. Dabei blieb mir auf weiten Strecken nichts anderes übrig, als die Perspektive 'des Kapitals' zu übernehmen. Denn auf einen entwickelten, bewußten Klassenstandpunkt konnte ich leider nicht zurückgreifen. Mein Anliegen ist es, die weit verbreitete Ansicht zurückzuweisen, die den Anschluß der DDR an die BRD als 'rationale Kapitalstrategie' ansieht, womöglich sogar als Fortsetzung des nationalsozialistischen Generalplanes Ost. Die Vereinigung von DDR und BRD ist ein Prozeß, der nicht unmittelbar von der Metropole BRD ausging. Die weiße Metropole scheint einmal mehr kopf- und bewußtlos in die größten Probleme zu schliddern. Dies bedeutet, daß wir keinem allmächtigen System unterliegen. Die kapitalistische Gesellschaft produziert Widersprüche, an denen sie **nicht** zerbricht. Die jüngere Geschichte zeigt, daß diese Gesellschaft auf ihre bewußtlose, kopflose Weise an den von ihr produzierten Widersprüchen wächst. Trotzdem bleibt uns nichts, als die Konfrontation aufzunehmen.

wiesel, redaktion



Klassenkämpfe in der DDR

und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse im vereinigten Deutschland

Was in der DDR gerade passiert, sieht auf den ersten Blick recht widersprüchlich aus. Da wird einerseits von einem Wirtschaftswachstum von seit Jahrzehnten nicht mehr erlebten Ausmaßen gesprochen, andererseits standen Ende Juli so ziemlich sämtliche DDR-Betriebe vor dem Bankrott. Da wird etwas von "Wohlstandsschub" erzählt, und auf der anderen Seite stellen Arbeiter und Arbeiterinnen fest, daß die von ihnen durchgesetzten Lohnerhöhungen von den Preiserhöhungen innerhalb eines Monats mehr als aufgesogen wurden.
Die scheinbare Widersprüchlichkeit rührt daher, daß das Westdeutsche Kapital in der DDR auf beträchtliche Schwierigkeiten stößt, die Arbeiterkämpfe in ein neues "Entwicklungsmodell Deutschland" einzubauen. Mehrmals zwangen die Kämpfe auf der Straße wie in den Betrieben das Kapital dazu, seine taktischen Linien zu ändern.

Was von der sogenannten "Linken" an Analyse kam, lief häufig Gefahr, die Propaganda des Kapitals wiederzukäuen. Vieles blieb da zwischen "neuer Massenarmut" und "lebensbedrohendem Faschismus", der nur noch "militärisch zu lösen ist" stecken. Der folgende Text geht von der These aus, daß das "Kapitalprojekt DDR" in erster Linie einen Neuzusammensetzungsprozeß breiter Teile der Arbeiterklasse in riesiger Dimension bedeuten wird. Die beiden Zentren dieser Neuzusammensetzung werden der Großraum Berlin und das Zonenrandgebiet sein. Deutschland wird zu einem "Einwanderungsland" vergleichbar mit der USA ...

I.Teil

Als im November Millionen in der DDR klarmachten, daß ihnen das Leben, das sie bislang geführt hatten, nicht mehr paßt, war da zunächst nicht vielmehr als ein riesiger Berg von Ansprüchen: das und das muß jetzt her, diese und jene Bedingungen laufen nicht mehr. Die gesamte Bewegung richtete sich hauptsächlich gegen Repression, Gängelung, ferner gegen Umweltbedingungen und ganz allumfassend: für mehr Anteil und Genuß an und von dem, was überall auf der Welt, und vor allem im Westen, so produziert wird.
Sofort gingen die Kapitalisten daran sich auszurechnen, in wieviel Profit dieser Unmut umgesetzt werden könnte, wenn alle Montagsdemonstranten erstmal in Ablegern von BRD-Fabriken für den "großen Wohlstand" ackern. Für "hochmotivierte Ranklotzer" "den Mund wässrig von der Glotzenreklame" wären die Unternehmer auch bereit, einen höheren Lohn zu zahlen, mehr Geld also für wesentlich mehr Arbeit. Die Kapitalistenträume waren schnell ausgeträumt.

Im Dezember '89 waren sich Politiker wie Unternehmer noch weitgehend einig gewesen, daß es bei der Umstrukturierung der DDR Wirtschaft "keine Friktionen geben soll" (Kohl). Es wurde von einem Entwicklungskonzept ausgegangen, das nach und nach gegen die Arbeiterklasse in der DDR mehr Produktivität durchsetzen sollte: Umschichtungen der Arbeiter und Arbeiterinnen auf "rentable Sektoren", geringe Arbeitslosigkeit, langsames Anlernen an neuen Maschinen und damit langsame Intensivierung der Arbeit. Politiker gingen von einem "friedlichen Übergang in die Marktwirtschaft" aus. Sie unterstellten damit die Bereitschaft der MalocherInnen in der DDR, für ein Mehr an Konsum auch beträchtlich mehr zu arbeiten und vor allem, in der Phase des Übergangs die Ansprüche auf diesen Konsum erstmal zurückzuschrauben. Das hätte bedeutet, daß die Löhne zunächst langsamer steigen sollten, als die Intensität der Arbeit und daß die Löhne wesentlich niedriger lägen als die in der BRD.

In dieser Phase dachten die Kapitalstrategen erstmal noch gar nicht an "Wiedervereinigung" und "einig Vaterland". Der ganze Nationalismus sollte erst später, bei dem im Januar beträchtlich geänderten Vorgehen des Kapitals eine Rolle spielen.
Eine langsame Kapitalisierung der DDR hätte das BRD-Kapital auch unter einer sozialistischen Regierung durchgezogen, wenn diese in der Lage gewesen wäre, "eine breite Akzeptanz" innerhalb der Arbeiterklasse für diesen kapital[illegible]hen Umbau der DDR zu schaffen.
Genau aber das gelang weder der SED noch den Bürgerbewegungen in der DDR. Sie konnten bei Arbeitern und Arbeiterinnen weder Verständnis für den Abbau der Subventionen von Lebensmitteln und Mieten bei niedrig gehaltenen Löhnen wecken, noch für eine Intensivierung der Arbeit in den Betrieben. Das aber wären die zentralen ersten Schritte in der Umstrukturierung gewesen, erstens eine Umlenkung von Kapital weg vom Konsum der Arbeiterklasse in die Produktion und zweitens Mehrarbeit in der Produktion zunächst hauptsächlich durch Verbesserung des Materialflusses und einen Feldzug gegen die "Bummelei".

Aber anstatt mehr, arbeiteten die MalocherInnen in der DDR seit Dezember immer weniger. Die "Krise" der DDR-Ökonomie kam mit dem 9.11. erst so richtig in Schwung. Ab November drückten das Arbeitsverhalten in Produktion und Versorgung zusammen mit den weiterhin starken Übersiedlerströmen die niedrige Produktivität vollends in den Keller. "Durch Streiks und langsames Arbeiten wurde allein im Januar die Produktion um 5% gesenkt", so ein Regierungsbeamter am Runden Tisch.
Anfang Januar richtete sich der Haß der Bevölkerung zunächst noch gegen den Repressionsapparat. Hier durfte sie sich ungestört austoben, zumindest solange sich das Ganze im Rahmen des "Protestes" bewegte. Über die Mobilisierung derartiger Proteste versuchten sich die Bürgerbewegungen am Runden Tisch mehr Einfluß zu verschaffen. Auch der Modrow-Regierung kam die Protestiererei ganz gelegen, kanalisierte sie doch vortrefflich den Haß in Bahnen, wo er nicht viel anrichten konnte, und lenkte so von den eigentlichen Problemen ab.
Mit Anwachsen der Militanz im Januar wurde die Opposition gezwungen, die Aufgaben der mehr und mehr zerfallenden und unter Autoritätsverlust leidenden Bullen zu übernehmen. Mit dem Sturm auf die Stasizentrale zwang die Klasse die Oppositionsgruppen in die Staatsraison und die Regierungsverantwortung. Die Mobilisierung breiter Massenproteste erschien den Bürgerbewegun-

gen fortan nur noch in Gestalt von Wahlkampfveranstaltungen opportun.
Die Bewegung hatte jedoch mittlerweile den Charakter von Protesten verlassen und lief allen Oppositionsgruppen, Parteien und Institutionen aus dem Ruder. Die Arbeiterklasse hörte auf, gegen den Schatten der Stasi zu protestieren und begann mit Kämpfen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.
Anfang Januar streikten in Ostberlin die Taxifahrer für mehr Geld und die Abschaffung des Leistungslohnsystems. Ähnliche Forderungen stellten auch die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe sowie Transportarbeiter in Suhl auf. Auch die Ostberliner Müllwerker kämpften für die Abschaffung des Leistungslohnsystemes. Mit ihrem Streik setzten sie (zunächst) Lohnerhöhungen zwischen 400 und 600 Mark durch. 400 Mark mehr setzten auch die Arbeiter im Kalibergwerk in Bischofswerder durch. In den Krankenhäusern in Ostberlin wurden 250 Mark mehr durchgesetzt. Vereinzelt streikten auch Arbeiter und Arbeiterinnen in Maschinenbaubetrieben in Gera und Dresden für mehr Lohn.

Die Ereignisse im Januar hatten Signalwirkung für das Kapital in der BRD, sie machten folgendes deutlich:
- Die DDR-Opposition ist in den Bewegungen der Arbeiterklasse nicht verankert, sie hat keinen entscheidenden Einfluß darauf und damit keine Kontrolle über die Arbeiterklasse.
- Bei einer Stagnation der Produktivität im vergangenen Jahr stiegen die Löhne bereits '89 um drei Prozent. Mit den Streiks im Januar '90 waren in einigen Sektoren Forderungen artikuliert worden, die der DDR-Staat schlichtweg nicht mehr zahlen konnte. Laut DDR-Berechnungen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Viertel der DDR-Industriebetriebe die Löhne in die Höhe gedrückt, ohne daß gleichzeitig die Produktivität gesteigert wurde. Eine Gesetzmäßigkeit kapitalistischer Verwertung, wonach Lohnerhöhungen von den Arbeitern und Arbeiterinnen mit mindestens ebenso hoher Steigerung der Arbeitsintensität an neuen Maschinen oder über zusätzliche Arbeitszeit abgeackert werden sollen, war damit erstmal ausgehöhlt.
- Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben nur vereinzelt in einigen Sektoren Initiativen ergriffen, im Gegenzug zu ihren Forderungen mehr Effizienz einzubringen (zum Teil geschah dies in den Krankenhäusern). Gegen den großen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen aber war eine Durchsetzung höherer Leistung "auf Schwierigkeiten gestoßen", auch bei denen, die ihre Ansprüche nicht in Streiks artikulierten.
- Es gab in den Betrieben keine Institutionen wie Gewerkschaften oder Betriebsräte, die über die Autorität verfügt hätten, Arbeitern und Arbeiterinnen eine Koppelung ihrer Forderungen an eine Produktivitätssteigerung im Sinne von Staat und Kapital "zu vermitteln".

Die ursprüngliche Kapitalkonzeption von der "behutsamen Entwicklung der DDR" machte keinen Sinn mehr, denn die "Friktionen", die damit vermieden werden sollten, waren bereits da. Bei einer derartigen "Explosion der Ansprüche" war "ein langsamer Übergang in die Marktwirtschaft" nicht mehr möglich. Dieser hätte einerseits eine Regierung in de DDR erfordert, die Maßnahmen wie Preiserhöhungen und Einkommenskürzungen breit vermitteln und ohne Druck durchsetzen kann. Diese Regierung war nicht in Sicht, und es war bereits im Februar klar, daß auch die Wahlen im März keine "Akzeptanz" für Umstrukturierungsmaßnahmen bringen würden. Keine Regierung würde die Ansprüche der Arbeiterklasse in der DDR erfüllen können. Jede Regierung wäre also in kürzester Zeit diskreditiert.
Anstatt den Angriff auf die Arbeiterklasse häppchenweise zu führen und mit jeder Teiloffensive Massendemos und Streiks zu riskieren, wurde von den Kapitalstrategen nun der Frontalangriff, alles auf einmal und in voller Härte, anvisiert.

2. Die Einführung fester Wechselkurse zwischen BRD und DDR. Die DDR-Regierung hätte so die Möglichkeit gehabt, den DDR Markt über Manipulationen mit der Währung nach außen abzuschotten. Das hätte für die DDR-Unternehmer einen gewissen Spielraum bedeutet, auf Lohnforderungen der Arbeiterklasse in der DDR einzugehen, ohne auf einem "freien Markt" von Unternehmen, die billiger produzieren, gleich in die Pleite getrieben zu werden.
3. Die Einführung der DM als sofortige Öffnung der DDR für den Weltmarkt, was die DDR-Betriebe vor die Wahl stellt, Kosten zu senken oder pleite zu gehen.
Während die ersten beiden "Wege" darauf abgezielt hätten, die Arbeiterklasse in der DDR langsam innerhalb der Produktion umzuschichten, sorgt die "harte Linie" des gemeinsamen DM-Währungsraumes dafür, daß Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen erstmal aus den Betrieben rausfliegen.
Die festen Wechselkurse könnten aber nur einen Rahmen für eine langsame "Entwicklung" der DDR Wirtschaft abgeben, wenn die Lohn- und Einkommensforderungen der Arbeiterklasse in der DDR niedrig gehalten werden könnten. Bei der offensichtlichen Unberechenbarkeit des Klassendrucks in der DDR nahmen Kapitalisten und Politiker in der BRD von der "Entwicklung der DDR"


So symbolisierte der SED-Staat die „Einheit aller Klassen": Festumzug in der Stalinallee

II. Teil

Kapital und Staat der BRD hatten drei Möglichkeiten, die DDR-Ökonomie zu übernehmen:
1. Die Arbeiterklasse in der DDR langsam zu einer Erhöhung der Produktivität zu zwingen, viele Investitionen aus der BRD, vom Bund mit Billigkrediten und Investitionszulagen bezuschußt.

Abschied, da es eher so aussah, daß außer Konsum von der Arbeiterklasse in der DDR in nächster Zeit nicht viel "entwickelt" werden würde.
Unter diesen Bedingungen war das Kapital nicht bereit, die DDR Arbeiterklasse zu verwerten. Stattdessen sollte ihr die Bereitschaft zu einer gesteigerten Produktivität nicht mehr in den Betrieben, sondern über das niedrige Einkommen

aus Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld aufgezwungen werden.
Unmittelbar waren die Betriebe seit dem gemeinsamen Währungsraum von einem Tag auf den anderen mit niedrigeren Produktionskosten der BRD-Industrie konfrontiert, was sie zu einer Reduzierung der "Kosten für die Ware Arbeitskraft" zwingen sollte. Die immensen Preissteigerungen, zu denen es nach dem 1.7. kam, lagen nicht so sehr an den Kürzungen der Subventionen. Im Gegenteil, die Preise für verschiedene Konsumgüter wie Textilien und Schuhe waren im Juni nach Streiks in diesen Sektoren noch drastisch gesenkt worden. Der Subventionsabbau wurde so abgefedert. Die Preissteigerungen rührten vielmehr daher, daß gerade die Konsumgüterindustrie ihre, gemessen an der Kapitallogik der Produktivität, "hohen Löhne" auf die Arbeiterklasse als Konsumenten dieser Waren abzuwälzen versuchte. Die Konsumenten wichen auf die billigeren Einzelhandelsgeschäfte im Westen aus, was die Liquiditätsengpässe der Betriebe vorantrieb und die Steuereinnahmen für den DDR-Staat in die BRD abfließen ließ.
Mit verschiedenen Klauseln im Staatsvertrag sollten die DDR-Betriebe finanziell gezielt torpediert werden.
- Die Löhne mußten 1 zu 1 bezahlt werden, während die Betriebsrücklagen über einen Umtausch 1 zu 2 halbiert wurden.
- Die immensen "Schulden" der DDR-Betriebe, die eigentlich nur daher rührten, daß alle Profite der Betriebe vormals an die Staatsbank abgeführt werden mußten und sich umgekehrt die Betriebe bei der Staatsbank für Löhne und Investitionen verschulden mußten, wurden zwar halbiert, waren aber immer noch so hoch, daß das Gros der DDR-Betriebe nach einer DM-Bilanz bankrott ist. Kein westlicher Konzern würde in derart verschuldete Betriebe investieren.
- Die Investitionszulagen des BRD-Wirtschaftsministeriums lagen weit unter denen für BRD Regionen.
- Die DDR-Währungs- und Finanzpolitik wurde auf die BRD übertragen. Die DDR-Regierung hat keine Möglichkeit mehr, Lohn- und Einkommensforderungen der Arbeiterklasse in der DDR ohne Zustimmung des BRD-Staates nachzugeben. Jede höhere Kreditaufnahme wie Vergabe (beispielsweise an Betriebe) muß vom Bonner Finanzministerium genehmigt werden.
- Die Geld- und Kapitalmärkte reagierten prompt, die Zinsen gingen nach oben.

Die Verteuerung des Geldes sollte BRD-Staat wie Unternehmen daran hindern, allzu viel Geld aufzunehmen und in die DDR zu pumpen. Sowohl Ausgaben für das DDR Sozialsystem wurden so verteuert, als auch Investitionen in Fabriken in der DDR.

Das ganze zeigte Wirkung. Die meisten der von der BRD-Industrie angekündigten Investitionen in der DDR wurden erstmal fallen gelassen. Auch Daimler und Opel zogen sich erstmal wieder zurück. Opel-Chef Hughes will erstmal die weitere Lohnentwicklung abwarten. Und wenn doch von Westfirmen investiert wird, wie von VW, dann heißt das zunächst, daß die Hälfte bis zwei Drittel der Arbeiter und Arbeiterinnen rausfliegen. Nur Kooperationen zwischen BRD- und DDR-Betrieben, die schon länger laufen oder geplant sind wie im Maschinenbau, werden fortgeführt und ausgebaut.
Anders als bei "herkömmlichen Krisen", bei denen sich das Kapital ein Stück weit aus der Verwertung der Klasse zurückzieht, hat das BRD-Kapital diesen Rückzug bis jetzt anscheinend noch nicht nötig. Der Angriff des Kapitals läuft gegen breite Teile der Arbeiterklasse in der BRD wie der DDR. Die "Krise" in der DDR soll in den Fabriken der BRD als Überstunden und Wochenendarbeit zur "Auslastung der Kapazitäten" abgeackert werden. Der Arbeitskräftebedarf dieses Booms wird mehr über Pendler aus der DDR gedeckt werden. Dafür gibt es dann aber auch spätestens nach der Wahl im Dezember Lohnsenkungen über Steuererhöhungen und weitere Preissteigerungen.
Eine "Angleichung der Lebensstandards" von DDR und BRD stand für das Kapital nicht zur Diskussion. Gerade auf das sogenannte "Wohlstandsgefälle" legt es in nächster Zeit großen Wert, ist es doch ein Hebel, die Arbeiterklasse in Deutschland mobiler zu machen (in diese Richtung funktioniert auch der gleichzeitig auf Hochtouren laufende Boom zur "Versorgung" der DDR).

III. Teil

Zunächst unabhängig von den Gewerkschaften begannen im Juni und Juli erneut verschiedene Streiks, teilweise von denselben Arbeitern und ArbeiterInnen geführt wie fünf Monate vorher. In der Textil- und Bekleidungsindustrie wie in der Schuhindustrie streikten die ArbeiterInnen gegen die Schließung der Betriebe. Mehr als 120 000 MetallarbeiterInnen beteiligten sich an Streiks und Straßenblockaden für höhere Löhne und gegen Betriebsschließungen. Auch diese Aktionen wurden in den Betrieben von ArbeiterInnengruppen organisiert und nicht von gewerkschaftstreuen Betriebsräten die "alles im Griff haben".

Am öffentlichkeitswirksamsten schlugen immer wieder die Bauern zu. Die Währungsunion bedeutet für sie ganz unmittelbar wesentlich mehr Arbeit, da sie das Vieh nicht mehr an den Handel loswerden, weil sie für die BRD-Handelskonzerne "zu teuer" produzieren. Dreimal soviel Bestand wie vor einem Jahr steht in den Ställen und soll versorgt werden. Die Betriebe auf dem Land wiederum getrauen sich bislang nicht, zu Entlassungen überzugehen. Mit ihren Kämpfen setzten die Bauern mehrere Milliarden an Subventionen zur Abnahme ihrer Produkte durch. Das Geld kommt aber nicht an, was wohl hauptsächlich daran liegt, daß der DDR-Staat es nicht hat. Langsam gehen die Bauern dazu über, das Vieh verrecken zu lassen, und sich damit die Arbeit vom Hals zu schaffen.

Die Streiks im Sommer unterscheiden sich aber häufig in ihrem Verlauf und Ergebnis von den Kämpfen im Januar.
Am 26.6. traten in Ostberlin erneut die Müllwerker in den Streik. Nach der Öffnung der Mauer hatte sich der Müll in der Stadt verdoppelt. Gleichzeitig sorgten Preiserhöhungen dafür, daß der Lohn immer weniger wurde. Die mit der Regierung Modrow ausgehandelten Lohnerhöhungen wurden vom Magistrat abgelehnt. Dazu kam, daß ab dem 1.7. durch die Einführung von Steuern und Sozialabgaben jeder Müllwerker insgesamt 350 DM weniger in der Tasche haben sollte. Bei einer unabhängig einberufenen Betriebsversammlung wurde der Streik beschlossen. Die hauptsächlichen Forderungen waren eine Anhebung der Löhne auf 70 bis 80% des Lohnes von Westberliner Müllarbeitern und die Erhöhung der Mülltarife für die Industrie. Die Verhandlungen wurden von Leuten aus den Reihen der Arbeiter geführt, "ne Jewerkschaft ham wa keene" so ein Müllwerker, die ÖTV würde den Streik "unterstützen". Am 1.7. sollten die Müllwerker jedoch der ÖTV beitreten. Zwei Tage vor dem Beitritt hat die den Streik für die Kollegen vollkommen unerwartet abgebrochen. Ergebnis: die Erhöhung der Tarife für die Industrie, von denen die Malocher allerdings keinen Pfennig sehen sollten, zumindest nicht als pauschale Lohnerhöhung. Erhöht wurde der Leistungszuschlag, den die Müllwerker in ihrem Streik im Januar noch abschaffen wollten.
Die ÖTV sagte zu, daß erneut über den Lohn verhandelt werden sollte. Aber sie hatte wohl kein Interesse, am 1.7. streikende Müllwerker in ihren Reihen zu begrüßen, denen sie dann, gleichsam als Begrüßungsgeld auch noch Streikgeld hätte zahlen müssen.

Sieben Wochen nach Abbruch des Streiks begann die ÖTV mit Tarifverhandlungen, bislang mit markigen Sprüchen und ergebnislos. Die Verhandlungspartner der ÖTV sind jetzt allerdings "die Arbeitgeber aus dem Westen". Zwar saßen die BRD-Gewerkschaften während des Streiks (noch) nicht direkt mit am Verhandlungstisch, aber das Ergebnis, die Kopplung von mehr Geld an eine Intensivierung der Arbeit, trägt deutlich ihre Handschrift.

Die Gewerkschaften sind jedoch alles andere als in den DDR-Betrieben "verankert", oft existieren sie in den Betrieben überhaupt nicht. In den Textilbetrieben in Thüringen beispielsweise sind die GewerkschaftssekretärInnen gerade dabei, von Betrieb zu Betrieb zu fahren, um zu sehen, wie viele MalocherInnen es denn überhaupt noch gibt. Bei der Informationsbeschaffung sind sie auf alte FDGB-Strukturen angewiesen.

Aber auch diese haben keine Basis. Viele Kollegen warten ab, was "der Beitritt" zu BRD bringt, und "irgendwann muß es ja besser werden."

Auch die Kämpfe im Sommer sind von unabhängigen ArbeiterInnengruppen ausgegangen. Die Scheiße fängt da an, wo sich die ArbeiterInnen an Verhandlungstische setzten, wahrscheinlich oft zum ersten Mal in ihrem Leben. Hier dürften sie dann meistens regelrecht über den Tisch gezogen worden zu sein. Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Streik der Kalibergarbeiter im Juli. Ende Juli begannen sie in Bleicherode mit einem Streik gegen die Schließung der Zechen in der Region. Sie besetzten die Zeche und drohten, mit der Blockade zentraler Verkehrsverbindungen die Industrie in der Region lahmzulegen. Bei einer Großdemonstration in Bleicherode wurde dann das "Ergebnis" des Kampfes verkündet, ein vager "Sozialplan für die Region" und Beschäftigung bis Weihnachten.

Die zum großen Teil recht schnellen und nicht gerade sonderlich erfolgreichen Streikabbrüche drücken eher Unerfahrenheit im Verhandlungspoker aus und nicht Resignation. So wie die Arbeiter und Arbeiterinnen die Kämpfe vom Januar wiederaufgenommen hatten, weil sich Löhne und Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechterten, werden sie mit den Erfahrungen vom Sommer im Herbst erneut zuschlagen. Die hohe Kampfbereitschaft, die sie im Sommer zeigten, wird sich mit den "Ergebnissen" der Streiks auf längere Sicht nicht zersetzen lassen, zumal Arbeitsbedingungen wie Löhne sich in den nächsten Monaten noch weiter verschlechtern werden.

IV.Teil

Die Preise für Lebensmittel sind im Juli wesentlich schneller gestiegen als die Löhne. Viele MalocherInnen haben sich aber vor der Währungsunion noch einiges aufs Bankkonto getrickst, womit jetzt die Löhne ausgeglichen werden. Eine ganze Reihe läßt sich auf die Kredite der Westbanken zu horrenden Zinsen ein (Deutsche Bank 14%, und es gibt noch teurere). Zu einer weiteren Reallohnsenkung trug auch die Einführung der BRD-Steuern und die Erhöhung der Tarife der Kranken- und Sozialversicherung bei.

In den Betrieben sollten eigentlich, geht es nach dem Willen des BRD-Kapitals, zwei Angriffslinien laufen: einerseits soll in den nächsten Monaten, so BRD-Arbeitgeberpräsident Murmann, die Produktivität über eine Verbesserung des Materialflusses um bis zu 30% gesteigert werden, was eine immense Intensivierung der Arbeit zur Folge hätte. Parallel dazu laufen die kalten Entlassungen über das Kurzarbeitergeld auf Hochtouren. Offiziell sind noch keine 300 000 Leute arbeitslos, zählt man die in Kurzarbeit nach Hause geschickten dazu, sind es aber bereits 1,2 Millionen (bei etwa 8 Millionen Beschäftigten).

Aber offene Massenentlassungen trauen sich die Unternehmer anscheinend nicht, zumindest nicht bei der augenblicklichen Höhe des Arbeitslosengeldes. Die Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie stockten zumindest bis zum 30.6. nächsten Jahres das Kurzarbeitsgeld von 63 bzw. 68%, das die Bundesanstalt zahlt, auf 85 bzw. 90% auf. Es geht ihnen darum, die Leute "in Ruhe" aus dem Betrieb rauszukriegen. Bei einem derartigen Einkommen, aufgebessert durch einen Handwerksschwarzjob, läßt sich's erst mal nicht so schlecht leben.

Grundsätzlich scheint es dem Kapital nicht so sehr um die "materielle Peitsche" Arbeitslosigkeit zu gehen. Das erste Ziel ist das Zerreißen der Kampfbereitschaft in den Betrieben, "die Leute aus den Betrieben rausschaffen, auch wenn's mehr Geld kostet".

Die "knallharte Linie", die das BRD-Kapital gegenüber der Arbeiterklasse in der DDR angekündigt hatte, trauen sich Betriebe und Staat in der DDR nicht umzusetzen. Das zeigt sich exemplarisch am Schicksal der sog. *Treuhandanstalt*. Sie wurde zur Auflösung und Privatisierung der Betriebe und Kombinate der DDR gegründet — und wurde in kurzer Zeit zur keynesianischen Pufferungsinstitution, um die Löhne der DDR-Werktätigen weiterzuzahlen:

Der Staat wollte einige "rentable Betriebe" wie die Versorgungsunternehmen veräußern und die anderen Betriebe selbst "sanieren". Eine solchermaßen staatlich gelenkte Industrie- und Regionalpolitik muß viel Wert auf "soziale Verträglichkeit" legen. Außerdem trauten sich die Treuhandverwalter an die "Saniererei" überhaupt nicht ran. Der *Treuhandanstalt* wurden 10 Mrd. DM über den Staatsvertrag zugestanden; mit diesem Geld sollten Kredite an "rentable DDR-Betriebe zu deren Sanierung" vergeben werden. Stattdessen verbürgte die *Treuhandanstalt* allen Betrieben, die darum ersuchten, die Lohnzahlungen und wurde zum Garanten und Bürgen für die Löhne der Arbeiterklasse umfunktioniert.

Tatsächlich hatte der Staatsvertrag, was auch einer seiner Ziele war, die DDR-Betriebe von einem Tag auf den anderen in den Bankrott getrieben. Das bedeutete, daß praktisch kein Unternehmen in der DDR im Juli hätte Löhne zahlen können. Kreditwünsche in Höhe von 23 Mrd. DM waren an die *Treuhandanstalt* herangetragen worden. Diese stellte ihr gesamtes Kreditvolumen, das ihr vom Bonner Finanzministerium für ein halbes Jahr zugedacht worden war, zur Verfügung, und zahlte an jeden DDR-Betrieb pauschal 41% seines Kreditwunsches. Die Betriebe ihrerseits gaben das ganze Geld nur für Löhne aus, Verbindlichkeiten anderen Unternehmen gegenüber wurden kaum gezahlt. Die DDR-Betriebe versuchen sich gegenseitig die Krise zuzuschieben, keiner aber wagt es, die Löhne nicht auszuzahlen.

So wird es denn zunächst auch weitergehen. Das ganze folgt einem Konzept der Deutschen Bank, die vorschlug, zumindest für die nächsten drei Monate weiterhin die Löhne zu garantieren, da sonst die Situation in der DDR möglicherweise nicht mehr kontrollierbar sei.

Auch der Subventionsabbau scheint zumindest in einigen Kommunen vom Druck der Arbeiterklasse erstmal gebremst zu werden. In Leipzig beispielsweise fanden seit Ende Juni immer wieder Demonstrationen gegen Preiserhöhungen statt. Beinahe täglich zogen Hunderte von Leuten vor das Rathaus, und forderten, ihre Wohnungen für Niedrigpreise aufkaufen zu können. Die Stadtverwaltung getraute sich bis jetzt wohl noch nicht, die Subventionen für den Nahverkehr oder die Schulspeisungen zu streichen.

V.Teil

Die politische Funktion der Arbeitslosigkeit hat sich in den 80er Jahren gewandelt. "Disziplinierend" im Sinne, daß ArbeiterInnen auch die letzten Drecksjobs nehmen und das für immer weniger Geld, wirkte sie in der BRD nicht mehr. Im Gegenteil, wenn die Jobs mies waren, sorgte ArbeiterIn dafür, daß er/sie rausflog, zog eine Zeitlang Arbeitslosenkohle und suchte sich was anderes, was allerdings seit Mitte der 80er nicht mehr immer besser war. Die Arbeitslosigkeit wurde in Verbindung mit der Ausdehnung von befristeten Jobs und Leiharbeit zu einer Drehscheibe in die verschiedensten Jobs. Sie trug zu einer höheren Mobilität großer Teile der Arbeiterklasse bei.



Die niedrigen Arbeitslosengeldzahlungen in der DDR scheinen bereits jetzt von einer ganzen Reihe von Leuten über Schwarzarbeit aufgebessert zu werden. Allein nach Westberlin pendeln täglich ca. 105 000 Menschen aus der DDR, um dort schwarz zu arbeiten (vor allem in Sektoren wie Bau, Gastronomie, Putzjobs und im Einzelhandel); dazu kommen 45 000, die über Ersatzlohnsteuerkarten legal hier arbeiten. Die Zahl der legalen Pendler aus der DDR wird im nächsten Jahr bereits auf 250 000 steigen, so eine Studie des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*. (Zum Vergleich: in der gesamten Westberliner Verarbeitenden Industrie arbeiten im Augenblick zwischen 180 000 und 190 000 Menschen.)
Für Berlin West plus Ost wird innerhalb des nächsten halben Jahres eine Arbeitslosenrate zwischen 15 und 20% erwartet. Entlassungen sollen vor allem in der Elektronikindustrie, dem Öffentlichen Dienst und der Nahrungsmittelindustrie in Ostberlin laufen. Auf der anderen Seite wird bereits in den nächsten Jahren damit gerechnet, daß dieser "Arbeitsplatzabbau" durch eine Masse von neuen Jobs mehr als ausgeglichen sein wird. Mehr Menschen denn je werden dann hier ackern.

Die Arbeitslosigkeit soll eine zentrale Funktion bei dieser Entwicklung einnehmen, nicht nur als einmaliger Hebel für den "Umbau" des neuen Großraumes Berlin, sondern als Dreh- und Angelpunkt der permanenten Umwälzung riesiger Pendlerströme aus ehemaligen DDRlerInnen, ehemaligen WestberlinerInnen, MigrantInnen, die bereits vor dem Mauerloch in der Stadt lebten, MigrantInnen, die aus dem ehemaligen RGW in die Stadt zuwandern werden, und denen, die bereits jetzt in der DDR arbeiten und sich hier niederlassen werden. (Eine wichtige Funktion in diesem Prozeß werden auch die mehr und mehr boomenden Sklavenhändler spielen.)
Für die "Entwicklung" der vereinigten BRD/DDR-Wirtschaft werden Berlin wie das sogenannte "Zonenrandgebiet" eine besondere Rolle spielen. Beide Regionen werden zu Polen, von denen ein riesiger Neuzusammensetzungsprozeß der Arbeiterklasse auf lange Sicht ausgehen wird. Was die Kapitalisten für den "Großraum" Berlin (Frankfurt/Oder bis Brandenburg mit etwa 5 Millionen Menschen) planen, wird etwa am neuen DDR-Ausländergesetz deutlich, das unter Mitwirkung von "BRD-Experten" in einigen Punkten anders als das der BRD formuliert wurde. Es sieht ausdrücklich die Zuwanderung von Menschen aus dem RGW in das Gebiet der (ehemaligen) DDR vor. Ähnlich unterschiedliche Regelungen gibt es bereits bei der Visumpflicht für Polen, diese gilt nur für Westdeutschland, aber nicht für Westberlin. Wie derartige Migrationsströme "gezielt angesiedelt werden können", hatte das Innenministerium bei den Diskussionen um die "Ansiedlung von Aus- und Übersiedlern" Anfang des Jahres klar geäußert. Diesen sollte auf unbestimmte Zeit ein fester Wohnsitz zugewiesen werden, wo sie einzig wohnen und arbeiten dürften. Mit solchen Regelungen könnten die Ströme aus dem Osten an bestimmten Polen konzentriert werden. Kapitalstrategen mutmaßen bereits, daß sich um den Kern Berlin ein Slumgürtel bilden wird, in dem weitere 2 Millionen Menschen, hauptsächlich aus dem Osten leben werden (*Wirtschaftswoche*). Berlin wird eben langsam zu einer normalen europäischen Metropole.

Daß die Investitionen des produktiven Kapitals nicht in die falsche Richtung fließen, dafür sorgen verschiedene staatliche Förderungen. So werden zwar Investitionen in der DDR über verschiedene Kredite und Zuschüsse vom Bund gefördert. Die Mittel der Berlinförderung wie der Zonenrandförderung, die den Investoren vom Bund für Investitionen in diesen Regionen gezahlt werden, liegen nach wie vor wesentlich höher. Zwar sollen beide Förderungssysteme in den nächsten Jahren langsam abgebaut werden, die Berlinförderung in sieben bis zehn Jahren. Aber gerade das Wissen um den geplanten Abbau wird einen Investitionsschub auslösen.
Mittels der Berlinförderung erhielt Westberlin in den letzten 20 Jahren eine ganz spezifische Industriestruktur. Über ein aufeinander abgestimmtes System von Umsatzsteuervergünstigungen, Vergünstigungen bei Abschreibungen, Investitionszulagen und Bezuschussung bei den Transportkosten für Lieferungen von Waren von und nach Berlin, wurden fast ausschließlich Fertigungslinien, Montagehallen, Abfüll- und Verpackungsklitschen hochgezogen, in denen außer den Vorarbeitern und Betriebsschlossern nur "an- und ungelernte Hilfskräfte", so der Kapitaljargon, ackerten.
Von der Berlinförderung "angeregt" verlagerten viele westdeutsche Fabriken ihre widerspenstigen "Hilfsarbeiterabteilungen" nach Westberlin. Die Insel Westberlin, deren IndustriearbeiterInnenanteil an der Gesamtbeschäftigung zwar unter dem BRD-Metropolendurchschnitt liegt, hatte bald den höchsten Anteil von sogenannten "Hilfskräften" in der Industrie.

Diese vom Berlinförderungsgesetz forcierten Produktionsstrukturen wiederum trugen zu einer ganz besonderen Klassenzusammensetzung in den Berliner Fabriken und Klitschen bei. Im Vergleich zu anderen westdeutschen Industriemetropolen arbeiten hier wesentlich mehr Arbeitsimmigranten in der Verarbeitenden Industrie, auch der Anteil der Frauen in der Industrie ist deutlich höher als in Westdeutschland. Zwar liegt die Arbeitslosenrate in Berlin wesentlich höher als die im Bundesdurchschnitt, es gibt aber andererseits sehr viel weniger Langzeitarbeitslose. Als "Hiwi" oder "Angelernte" bist du hier nicht lange arbeitslos, dafür aber öfter. Die Berliner IndustriearbeiterInnen scheinen noch ein wenig mehr "in Bewegung" zu sein, als die in Westdeutschland.

Um das alles im Großraum noch etwas zu beschleunigen, hat der rot/grüne Senat jetzt ein Beschäftigungsprogramm mit dem vielversprechenden Namen "Arbeit 90" aufgelegt. In den nächsten 5 Jahren sollen pro Jahr 6000 Leute zusätzlich in ABM-Jobs gesteckt werden und 19 500 in sogenannte "Qualifizierungsmaßnahmen". Du feilst dann für Arbeitslosenkohle 8 Stunden an einem Eisenteil rum, bis du die Schnauze voll hast und dir selbst nen Job suchst. Das Arbeitsprogramm zielt hauptsächlich auf Frauen, auch und gerade auf solche mit Kindern, für deren Unterbringung "während der Maßnahme gesorgt wird". Zu den von der Bundesanstalt regulär finanzierten ABM- und anderen Maßnahmen kommen also bis 1994 weitere 104 000 "Maßnahmen". Mitfinanziert wird das ganze über den Sozialfonds der EG.

Auf wen sich die Arbeitsmarktstrategen mit derartigen "Maßnahmen", die sie auch als "Motivationsprogramme" bezeichnen, stürzen wollen, liegt auf der Hand. 52% der neuerlich in der DDR arbeitslos gewordenen Menschen sind Frauen, und ihr Anteil wird noch steigen. Aber auch wofür sie motiviert werden sollen, ist abzusehen. Über das Berlinförderungsgesetz werden in den nächsten Jahren große Teile der Berliner Industrie aus den Kernbezirken in das Umland verlagert und dort ausgebaut. Im Raum Potsdam und Frankfurt/Oder hat der Run auf Gewerbeflächen bereits eingesetzt. Ein Interessent ist unter anderen der weltgrößte Chip-Produzent, Sony. Der Konzern will in Berlin seine elektronische Bauelementefertigung konzentrieren. Hauptsächlich dürfte es sich bei den Ansiedlungen wie bisher um kleine und mittlere Betriebe handeln, Nahrungsmittelindustrie, Chemie und Zulieferer im Metallbereich.

Ein zusätzlicher Reiz am Großraum Berlin sind die bislang niedrigen Löhne im BRD-Vergleich – und das in einer hochmodernen arbeitsintensiven Produktion, in der soviel Schicht gearbeitet wird, wie nirgendwo sonst in der BRD. Nixdorf hatte schon vor Jahren festgestellt, in Berlin ließe sich billiger produzieren als in Singapur. Dazu kommt, daß die Berliner Unternehmer 8% des Bruttolohnes vom Staat in Gestalt der sogenannten "Berlinzulage" spendiert bekommen, einem Teil des Berlinförderungsgesetzes. Mit der Abschaffung des Berlinförderungsgesetzes wird auch diese Zulage gestrichen werden. In ganz Deutschland boomt die Wirtschaft wie seit Jahren nicht mehr, und in Berlin "werden die Löhne sinken", so das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung*.

Das sind die Überlegungen des Kapitals. Dem werden wir praktische Schritte entgegensetzen müssen:

1) Die internationalen proletarischen Wanderungsbewegungen nehmen sprunghaft zu. Jede revolutionäre Initiative muß das ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen.
2) "Der (imperialistische Sozial-)Staat agiert und reagiert präzise abgestuft auf die potentielle Drohung eines vereint kämpfenden Weltproletariats. Soziale Absicherungen sollen der in diesem Proletariat liegenden revolutionären Drohung die Spitze nehmen. Aber wie in der gesamten Geschichte des Kapitals ist die eigentliche, politische Antwort auf diese Drohung und auf die proletarischen Forderungen nach Einkommen die Verwertung ihrer Arbeitskraft. Revolutionäre Strategie muß hier(gegen) ansetzen." (These 7 "Prolet. Wanderungsbewegung und Klassenkampf" / Wildcat 44)
3) Zum ersten Mal in der Geschichte der proletarischen Wanderungsbewegungen tauchen hier "fremde ArbeiterInnen" auf dem Arbeitsmarkt auf, die nicht "alles verloren" haben, sondern von Erfahrungen und gewissen Standards ausgehen. Die beispielsweise Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld sicher haben, und deshalb nicht bereit sind, sich "um jeden Preis" zu verkaufen. Die Löhne sind bisher auch in West-Berlin nicht gesunken, sondern im letzten halben Jahr gestiegen.
4) In den letzten Monaten gibt es eine ganze Reihe von positiven Erfahrungen, "frischem Wind", Forderungsverhalten usw., das die DDR-Malocher in die Betriebe im Westen reintragen. Es ist keineswegs ausgemacht, daß sie die ihnen zugedachte Rolle von Lohndrückern spielen werden. Es liegt auch an uns, solche Erfahrungen breiter bekannt zu machen, die ArbeiterInnen aus der DDR möglichst schnell mit dem Gelände des hiesigen Klassenkampfs bekannt zu machen usw.
5) Genauso wenig ist es schon ausgemacht, daß es den DGB-Gewerkschaften bruchlos gelingen wird, ihren Massenzulauf in der DDR in politisch effektive Kontrolle über die dortige Arbeiterklasse umzumünzen



Unruhe im "Taxidienst am Südstern"

110 FahrerInnen im Betrieb, und du weißt nix voneinander. Du weißt nicht, wer vor dir im Auto saß und auch nicht, wer nach dir ne Schicht fahren wird. Erst recht nicht, welche Kollegin sich zur gleichen Zeit wie du selbst den Arsch an der Taxihalte plattsitzt. Alle mit unterschiedlichen Arbeitsverträgen, Probleme werden vom Chef individuell geregelt: linksliberal versteht sich, Alt-68er, Mitglied der AL und Ex-Kollektivist, der es zum drittgrößten Taxiunternehmer (West-)Berlins gebracht hat.

Die Solidaritätsschichten für die FLMN in El Salvador werden von ihm mitfinanziert, für das politische Plakat ist im Büro schnell ein Platz gefunden, der zinslose Kredit hilft dir bei der Wohnungssuche aus der Klemme (kannst ihn ja bald wieder abarbeiten ...). Sein aufmunterndes Schulterklopfen und freundliches Lächeln tun ein übriges für das nette Betriebsklima im Alternativunternehmen am Südstern.

Mit ein paar Tricksereien kommst du immer auf einen Stundenlohn von 18 bis 20 Mark. Im Betrieb gibt es etwa 10 FestfahrerInnen (d.h. sozialversichert), der Rest gehört zu den 30% BRD-MalocherInnen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen, aber zum Teil auch wollen. Die Möglichkeit, sich die Arbeitszeit einzuteilen, mehrere Wochen unbezahlten Urlaub zu machen, mal viel zu arbeiten, um dann wieder weniger zu arbeiten, ist vielen Menschen wichtiger als die Sozialversicherung. In diesem Spannungsfeld bewegen sich viele, und dies haben auch wir uns zum Thema gemacht:

Aufrechterhaltung des AushilfsfahrerInnenstatus + soziale Absicherung = weniger arbeiten.

Dem Chef sind die FahrerInnen am liebsten, die eine Lohnsteuerkarte plus Immatrikulationsbescheinigung bei ihm abgeben; für die zahlt er bei Vermittlung 100.-DM Kopfgeld. Obwohl sie 50% vom eingefahrenen Umsatz bekommen (statt 34% für die FestfahrerInnen) bildet ihre Ausbeutung die Existenzgrundlage des Betriebes.

Gründe gab's genug, mal zu schauen, wie es um die Arbeitsbedingungen westberliner TaxifahrerInnen steht. Ausgehend von den Solischichten für El Salvador starteten mehrere FahrerInnen aus unterschiedlichen Betrieben eine Umfrageaktion über die Arbeitsbedingungen in allen größeren Betrieben. Die Fragen reichten vom zahlenmäßigen Verhältnis Fest-/Aushilfs-FahrerInnen, die Höhe der Umsatzprovision etc.. Lohnfortzahlung {LFZ} im Krankheitsfall für AushilfsfahrerInnen stellte sich dabei als zentraler Ansatzpunkt für eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen heraus, da sie von keinem der größeren Unternehmen bezahlt wurde, ohne durch niedrigere Löhne (vor-)finanziert worden zu sein.

Es war nicht ganz klar, wie wir anfangen sollte, und da zufällig fünf FahrerInnen vom *Taxidienst am Südstern* da waren, ergriffen diese die Initiative. Wir hatten durchaus keine einheitliche Meinung zur Vorgehensweise und Strategie; der alternative Chef war einfach zu glitschig, um ihn richtig zu fassen. Zwei von uns checkten in einem persönlichen Gespräch seine Bereitschaft für eine Regelung aus (mit der es nicht sehr weit her war). Gleichzeitig kostete es uns alle Mut, um zur ersten FahrerInnenversammlung einzuladen. Denn wir wollten die anderen FahrerInnen im Betrieb mal mitkriegen. Es gab zwei konkrete Diskussionsvorschläge: Shellboykott (des Unternehmers bester Freund ist Pächter einer Shelltankstelle, so wurden die 25 Taxen des Betriebes mit Karten zum bargeldlosen Tanken ausgestattet) und die LFZ im Krankheitsfall für alle AushilfsfahrerInnen.

Dreißig kamen, und es war ziemlich schnell klar, daß wir die LFZ wollen und der Betrieb seinen Vertrag mit Shell kündigen muß. Wir waren uns darüber einig, daß LFZ im Krankheitsfall für uns 1) existentiell sein kann und 2) weniger Arbeit bedeutet. Unterschiedliche Positionen entwickelten sich an der Frage, wie sie durchzusetzen ist. [illegible] hatten Angst vor Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und des Betriebsklimas, was beides Gründe für viele sind, gerade in diesem Betrieb zu arbeiten (flexibles Buchen der Schichten, Prämiensystem, relativ wenig Vorschriften zur Arbeitsweise etc.). Obwohl eigentlich allen klar war, daß der Chef freiwillig keinen Pfennig rausrückt, wurden ihm unsere Forderungen mitgeteilt und er wurde aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen Stellung zu beziehen bzw. die Forderungen zu erfüllen.

In diesen zwei Wochen passierte nicht viel, der Chef antwortete schriftlich, ohne Stellung zu beziehen; er wolle mit einer kleinen Gruppe verhandeln, weil er sich scheue, bestimmte Probleme schriftlich zu äußern. Verhandeln wollen wir nicht, aber eine Delegation bildet sich, um seine Angebote abzuholen. Nach zwei Stunden ist aus dem alternativen Mittvierziger ein knallharter Geschäftsmann geworden, der schließlich allein vor seiner Kaffeetasse sitzenbleibt. Er hat klargemacht, daß er nur auf Druck reagieren wird; zahlen will er nicht für alle AushilfsfahrerInnen sondern nur für die, die sich Studis nennen dürfen; diese LFZ will er durch eine Verschärfung des Akkordsystems finanzieren, indem er nicht mehr grundsätzlich 50% Umsatzprovision zahlen will, sondern zwischen 48 und 51 entsprechend des Kilometerschnitts. Was neben einer Steigerung der Arbeitshetze vor allem ein Versuch ist, an unsere Schwarzfahrkohle (ohne Uhr) ranzukommen und die Privatfahrten einzuschränken.

Immer präsent ist seine Angst vorm Krankfeiern. Dementsprechend bietet er uns feste Arbeitsverträge an, dann hätten wir auch die LFZ. Aber wir wollen den Raum behalten,. den uns der Status als AushilfsfahrerInnen bietet und trotzdem krankfeiern, das heißt, wir wollen unseren Raum erweitern. Vielleicht wollte er uns deshalb zu FestfahrerInnenmachen, weil es für ihn keine ökonomischen Vorteile mehr bedeutet, AushilfsfahrerInnen zu beschäftigen, wenn diese Ansprüche stellen. Wie schon gesagt, er und seine Kaffeetasse bleiben alleine zurück.

Zuvor hatte es unter uns kontroverse Standpunkte zur Funktion eines linksliberalen Unternehmers gegeben. Sie bewegten sich zwischen "eigentlich ist er ganz nett, mit dem können wir doch reden" und "der ist wie alle, der will bloß die Kohle, die eigentlich uns gehört". So hatte das Gespräch mit ihm auch gute Seiten: es machte uns allen klarer, wo wir stehen. Wir waren ziemlich empört über Kündigungsandrohungen gegen AushilfsfahrerInnen ohne Studistatus und gegen die, die sich viel Kohle übers Schwarzfahren organisieren. Der nächste Rundbrief an die Belegschaft, in dem wir über das Gespräch informierten, wurde heftiger. Seitdem sehen wir uns immer massiveren Spaltungsversuchen des Chefs ausgesetzt.

Die Kündigungsandrohungen richteten sich gegen FahrerInnen, die er als RädelsführerInnen darstellen wollte. Eine gezinkte "Rangliste" sollte beweisen, daß sie die schlechteste Leistung im Betrieb erbrachten. Die Androhungen werteten wir nicht nur als Einschüchterungsversuch, sondern auch als Ausdruck davon, daß die Betriebsumsätze der letzten Monate zurückgegangen waren. Unser Austausch über Arbeitsbedingungen verbreitete das Wissen um die vielen kleinen Tricks, wie wir den Lohn täglich aufbessern können. Dem versuchte er durch die Kündigungsandrohungen genauso beizukommen, wie er es jetzt durch die Verplombung der Taxameter, einer neuen Schaltung des Taxilichts[1] oder Heraufsetzen des geforderten Kilometerschnitts versucht.

Auf der nächsten FahrerInnen-Versammlung taten sich ziemliche Unterschiede auf. Eine Fraktion wollte eigentlich zum Streik oder ähnlichen Aktionen übergehen, die andere Fraktion wollte erst nochmal mit dem Chef reden: Die Kündigungsdrohungen hatten ihre Wirkung getan. Die Angst vor Repressionen spielte bei unseren Einschätzungen eine größere Rolle. Wir einigten uns auf ein erneutes Gespräch mit dem Chef, um festzustellen, ob er die Kündigungsdrohungen zurücknimmt und die LFZ endlich ohne Einschränkung zahlt.

Das Ergebnis überraschte uns alle: **er zahlt!** ... allerdings will er gleichzeitig den Mindestumsatz pro gefahrenem Kilometer von 1,20DM auf 1,30DM anheben und bindend für alle einführen. Er zahlt! aber nur an die, die eine Semesterbescheinigung und Lohnsteuerkarte bei ihm abgeben. Die "NiedrigverdienerInnen", bei denen nur 490.-DM auf der Lohnsteuerkarte stehen, kriegen **nix!**

Vielleicht sollen sie auch auf die wütend werden, die aufgrund ihrer Forderung nach LFZ jetzt für die Modernisierung der Ausbeutungsstrukturen verantwortlich gemacht werden sollen.

Wir akzeptieren diese Anhebung nicht, sondern werten sie als einen Versuch, unsere Ausbeutung zu effektivieren und werden die neugefaßten Arbeitsverträge nicht unterschreiben. Außerdem wollen wir die LFZ nicht nur für Studis, sondern werden sie für alle AushilfsfahrerInnen durchsetzen. Ansonsten würden mindestens acht Leute aus der Regelung rausfallen, und auf diese Spalterei lassen wir uns auf keinen Fall ein.

Was wir bei allem oft vergessen, sind die vielen kleinen Erfolge, die soo klein gar nicht sind:

- Der Vertrag mit Shell mußte auf unseren Druck hin vor zwei Monaten gekündigt werden.
- Der Betrieb hat eine LFZ-Regelung für Studis eingeführt, die im Taxigewerbe ein Novum ist.
- Es sind Ansätze von Gegenmacht entstanden; 20% der Belegschaft haben für die Durchsetzung ihrer Interessen gekämpft und sich selbst organisiert.
- Der größte Erfolg ist jedoch, daß diese Zugeständnisse und Reförmchen ihr Ziel — die Befriedung des Betriebes — nicht erreicht haben, sondern uns Möglichkeiten aufgezeigt haben, wie wir unsere Interessen in die Hand nehmen können. Es sind unter ca. 20 von 100 FahrerInnen so etwas wie Strukturen entstanden, die vielleicht qualitativ nicht besser oder wichtiger sind als die "normalen Kontakte unter MalocherInnen". Aber sie sind uns wichtig, denn sie geben in der individualisierten und isolierten Situation von TaxifahrerInnen enormen Rückhalt. Ob diese Strukturen in der Zukunft etwas vorwärtstreiben können, wird sich noch herausstellen.

Die Erfolge haben uns nicht zufriedengestellt, sondern machen Lust auf mehr: Kontakte zu anderen Betrieben, zu FahrerInnen aus dem Osten, gegen die Streichung der Berlinzulage und natürlich mehr Lohn sind Punkte, an denen es für uns weitergehen wird.

Berlinweite FahrerInnen-Versammlung
am Dienstag, den 18.12.90 um 20 Uhr
in der Yorckstr. 59 HH 2.St. rechts
zu Arbeitsbedingungen im Taxi-Gewerbe.

Vorläufige Diskussionsvorschläge:
* Veränderung der Arbeitsbedingungen durch Einführung des einheitlichen Tarifgebietes seit 3. Oktober
* Angekündigte Lohnkürzung durch Streichung der Berlin-Zulage
* Mehr Lohn durch Anhebung der Umsatzprovision für Fest- und Aushilfs-FahrerInnen
* Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für AushilfsfahrerInnen

Taxidienst am Südstern, Gneisenaustr. 65, 1000 Berlin 61

Angesichts der sich drastisch erhöhenden Spritpreise, aber auch in Hinblick auf die in unserem Betrieb geführte Diskussion über eine verbesserte soziale Absicherung der studentischen Mitarbeiter kann ich eine derartige Arbeitsweise nicht mehr länger hinnehmen.

Ich fordere Dich daher auf, dafür zu sorgen, daß der Kilometerschnitt DM 1.40 nicht mehr unterschreitet. Andernfalls sehe ich mich nicht mehr in der Lage, Dich bei der Vergabe der Fahrzeuge zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Arndt

LIEBE KOLLEGEN UND KOLLEGINNEN!

Dies bedeutet:
1. Jürgen versucht einen Mindestkilometerschnitt im Betrieb einzuführen.
2. Dieser soll nun (1,40) sogar noch höher liegen als der Schnitt, den er in seinem grünen Brief vorgeschlagen hatte.
3. Jürgen will diese Vertragsverschlechterung nicht für alle gleichzeitig einführen, sondern versucht sie exemplarisch und nicht öffentlich bei einigen Fahrerinnen und Fahrern durchzusetzen.
4. Jürgen versucht mit der Begründung die Spritpreise seien gestiegen, unsere Löhne zu kürzen, obwohl die Golfkrise sowieso schon eine Erhöhung unserer Lebenshaltungskosten zur Folge hat ...

TAXIDIENST AM SÜDSTERN
Rundbrief vom Chef

Liebe Fahrerinnen, Liebe Fahrer,

seit geraumer Zeit ist der Betrieb konfrontiert mit Forderungen einer Gruppe von Fahrern, die mittlerweile auch den Anspruch erheben, von den hier beschäftigten Taxifahrern demokratisch legitimiert zu sein.
Meinen Beobachtungen zufolge ist dies aber nicht der Fall, deswegen wende ich mich mit diesem Schreiben an alle hier beschäftigten Fahrer, um meinen Standpunkt und meine Besorgnisse kundzutun.

Beginnen will ich damit, daß sicher jeder, der hier länger arbeitet und sich schon mal Gedanken über die Ertragslage dieses Betriebes gemacht hat, bestätigen wird, daß das Leistungsangebot für die Fahrer im Vergleich zu anderen Betrieben sehr hoch ist: die Fahrzeuge sind allesamt sehr neuwertig, der Ausfall durch mangelhafte Wartung ist gering, es handelt sich um gut ausgestattete Mercedes-Taxen. Die Auslastung dieser Taxen ist im Jahresschnitt so gering, daß fast immer jeder Wunsch auf Zurverfügungstellung einer bestimmten Schicht erfüllt werden kann, auch wenn er relativ kurzfristig geäußert wird. Das zur Auszahlung kommende Lohnniveau kann sich im Betriebsvergleich durchaus sehen lassen, die Lohnabrechnungen werden offen und unter Einberechnung von Berlinzulage und Prämien für studentische Fahrer erstellt. Die Berufstaxifahrer werden weit über Tarif unter Berücksichtigung sämtlicher tariflich vereinbarter Leistungen entlohnt. In Zweifelsfällen wird in der Regel zu Gunsten des Beschäftigten entlohnt.

Dieses "Leistungspaket" ist nicht sehr rentabel. Der Umsatz des Betriebes wird etwa zu gleichen Teilen von Aushilfen und Berufsfahrern erwirtschaftet, eine nicht sehr günstige Relation für einen Mehrwagenbetrieb.
Aus meiner langjährigen Erfahrung heraus glaube ich aber, eine sehr sinnvolle und tragfähige Konzeption entwickelt zu haben, die den materiellen Bedürfnissen eines Taxifahrers weitgehend gerecht wird: dem Berufskraftfahrer wird ein sicherer Arbeitsplatz geboten, der ihm durch die zusätzliche Mitarbeit studentischer Aushilfskräfte selber die Möglichkeit für flexible Arbeitszeitgestaltung läßt; dem Studenten muß die Möglichkeit der kurzfristig zu planenden Arbeitszeit in diesem Betrieb ein wichtiger und geldwerter Faktor sein.

Nun gibt es aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Ansprüche seitens der studentischen Beschäftigten, die, weil nicht durchgängig anwendbar, im obigen "Leistungspaket" nicht explizit, sondern nur als Pauschalabgeltung enthalten sind: es handelt sich um Ansprüche auf Lohnfortzahlung, auf die auch studentische Fahrer unter bestimmten Bedingungen Anspruch erheben können.
Das Problem stellt sich hier so dar, daß für etwa 80% der studentischen Kräfte dieser Anspruch schon bisher korrekt abgegolten wird, für etwa 20% ergibt sich aufgrund ihrer dem Lohnfortzahlungsgesetz entsprechenden Arbeit ein über die bisherige Entlohnung hinausgehender Anspruch.
Diese Leistung aber fordert die FahrerInnengruppe für alle studentischen Fahrer, unabhängig davon, ob es gesetzeskonform ist oder nicht.
Ich habe mich auf diese Forderung dahingehend eingelassen, daß wir diese Lohnfortzahlung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht einführen werden, wir die Finanzierung dieser Leistung aber auch (zum wahrscheinlich nur geringeren Teil) aus einer kostenbewußteren Fahrweise finanzieren müssen:
ich beabsichte in diesem Fall die Abänderung der Verträge für studentische Aushilfen dahingehend, daß die bisher vorgesehenen 5% für energiebewußte Fahrweise nicht mehr uneingeschränkt gewährt werden: zur Erinnerung sei noch einmal darauf verwiesen, daß der Bruttolohn von 50% der Bruttoeinnahme sich zusammensetzte aus 40% Tariflohn, 5% pauschale Abgeltung von tariflichen und sonstigen Ansprüchen, die restlichen 5% gabe es für "energiebewußte Fahrweise". Das bedeutete, da ich aus Einfachheit die Verträge nie auf den neuesten Stand der Fahrtarife gebracht habe, bisher 5% für alle, egal welchen Kilometerschnitt sie erzielten, ein Gegenbeispiel gibt es nicht.

Meine Befürchtung geht nun dahin, daß aus Richtung dieser Fahrergruppe weitergehende Forderungen an den Betrieb gestellt werden, wobei ich den Eindruck habe, daß hier vorrangig die Interessen einer politisch orientierten, überbetrieblichen Fahrergemeinschaft (Taxistas) durchgesetzt werden sollen.

TAXIDIENST AM SÜDSTERN
Rundbrief von nem Fahrer

Liebe Fahrerinnen, Liebe Fahrer,

seit geraumer Zeit sind wir FahrerInnen konfrontiert mit Forderungen einer Gruppe von Unternehmern, die mittlerweile auch den Anspruch erheben, von den hier beschäftigten TaxifahrerInnen demokratisch legitimiert zu sein.
Meinen Beobachtungen zufolge ist dies aber nicht der Fall, deswegen wende ich mich mit diesem Schreiben an alle hier beschäftigten FahrerInnen, um meinen Standpunkt und meine Besorgnisse kundzutun.

Beginnen will ich damit, daß sicher alle, die hier länger arbeiten und sich schon mal Gedanken über die Ertragslage dieses Betriebes gemacht haben, bestätigen werden, daß das Leistungsangebot der FahrerInnen für den Betrieb sehr hoch ist: die FahrerInnen sind allesamt sehr neuwertig, der Ausfall durch Krankheit ist gering, es Handelt sich um gut ausgebildete FahrerInnen, die ihre Ausbildung sogar selbst finanziert haben. Die Belastung dieser FahrerInnen ist im Jahresschnitt so stark, daß fast immer jeder Betriebswunsch auf Expansion und Investition erfüllt werden konnte, auch wenn er relativ kurzfristig geäußert wir Das durch uns eingefahrene Geld kann sich im Betriebsvergleich durchaus sehen lassen, die Betriebsabrechnungen und Geschäftsbücher werden allerdings nicht offen und für alle verständlich erstellt. Die Gewinnspanne der Taxiunternehmer unterliegt keinen tariflichen Vereinbarungen.

Dieses "Leistungspaket" ist nicht sehr rentabel. Im Krankheitsfall z.B. sind wir immer noch gezwungen unsere Existenz durch Geldanleihen oder Mietminderung zu sichern, wofür wir hinterher doppelt soviel arbeiten müssen; eine nicht sehr günstige Relation für einen 1 bis Mehrpersonenhaushalt.
Aus meiner langjährigen Erfahrung heraus glaube ich aber, daß eine zwar nicht sinnvolle, jedoch vorerst tragfähige Konzeption entwickelt werden könnte, die den materiellen Bedürfniss der FarerInnen ein wenig gerechter werden könnte, ohne dem Betrieb dadurch die Existenzgrundlage zu entziehen: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle FahrerInnen ab dem 1sten Krankheitstag bei Beibehaltung der jetzigen Arbeitsbedingungen; dem Betrieb muß die Möglichkeit der kurzfristigen und geplanten Verwertung der menschlichen Arbeitskraft ein wichtige und geldwerter Faktor sein.

Nun gibt es aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Ansprüche seitens der Unternehmer, die, weil nicht durchgängig aussprechbar, im obigen "Leistungspaket" nicht explzit, sondern nu als Pauschalabgeltung enthalten sind: es handelt sich um Ansprüche auf Spaltung der Beschäftigten, Ansprüche, auf die auch Sklavenhändler unter bestimmten Bedingungen gerne Anspruch erheben. Das Problem stellt sich hier so dar, daß die Belegschaft einerseits in verschiedene Lohngruppen aufgeteilt werden soll, um eine gegenseitige Konkurenz aufzubauen, und andererseits die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse (FestfahrerInnen, studentische FahrerInnen, AushilfsfahrerInnen, andere FahrerInnen) zur Spaltung benutzt werden, indem nicht allen Gruppen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gewährt werden soll.
Diese Leistung also will die Unternehmensgruppe nur den studentischen FahrerInnen zahlen, abhängig davon, ob die Abhängigkeit der Beschäftigten gesetzeskonform ist oder nicht.
Ich würde mich auf diese Leistung dahingehend einlassen, daß der Betrieb die Lohnfortzahlung für wirklich alle FahrerInnen ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, gesetzeskonform einführt, er die Finanzierung dieser Leistung aber auch (zum wahrscheinlich nur geringeren Teil) aus einer bewußteren Denkweise finanzieren müßte.
Ich beabsichtige in diesem Fall, die Abänderung der Verträge für FahrerInnen (egal welcher A dahingehend, daß sie einer Lohnkürzung bzw. Einführung eines Akkordsystems gleichkommen, nicht hinzunehmen: zur Erinnerung sei noch einmal darauf verwiesen, daß der Bruttolohn von 50% der Bruttoeinnahme sich zusammensetzte aus 5% Anfahrt, 5% Pause, 30% Anmache und dummes Gerede, 20% Stehen an den Halten, 15% Suche nach Fahrgästen, 20% Hoffen auf den Feierabend, die restlichen 5% gehen für die Parkplatzsuch drauf. Das bedeutete, da der Betrieb aus Einfachheit die Verträge nie auf den neuesten Stand der Fahrtarife gebracht hat, daß bisher 50% von allem, was uns als Nachttarif für die Nachtarbeit gezahlt wurde, an den Betrieb ging; egal welche Müdigkeit pro Kilometer wir erzielten, ein Gegenbeispiel gibt es nicht.
Meine Befürchtung geht nun dahin, daß aus Richtung dieser Unternehmensgruppe weitergehend Forderungen (ich denke an die ca. 8%ige Lohnkürzung durch Streichung der Berlinzulage) an uns FahrerInnen gestellt werden, wobei ich den Eindruck habe, daß hier vorrangig die Interessen einer politisch orientierten, überbetrieblichen Unternehmergemeinschaft

Massenmord als fester Bestandteil in unserer Klassengesellschaft

Für Schlagzeilen sorgte nicht nur das Attentat auf Schäuble, sondern auch die gewaltsame Verabreichung von und mit Psychopharmaka wie Leponex", "Haldol", "Dapotum D", "Neurocil" usw. in Deutschlands Psychiatrien (1) und Justizvollzugsanstalten. (2)

Der Unterschied in der Berichterstattung und der Konsequenz zeichnet sich dadurch aus, daß bei Schäuble die Bevölkerung täglich zigmal über seinen Zustand informiert und alles daran gesetzt wird, ein solches Attentat in Zukunft zu verhindern und Kosten nicht die geringste Rolle spielen. Die Verabreichung von Psychopharmaka an hunderten nachweislich nicht geisteskranken Gefangengehaltenen über Jahrzenhnte hinweg sowie die Menschenversuche, die Hippius an in der Psychiatrie gefangen gehaltenen Menschen unternommen hat (und evtl. noch unternimmt) und mal eine Schlagzeile "wert" sind, sich aber an den Verbrechen nur insofern etwas ändert, als versucht wird, weniger Aufsehen erregende Formen der Verabreichung anzuwenden. Gemeint ist damit die heimliche Beimengung in Getränken und der Nahrung. Es besteht der begründete Verdacht, daß zumindest in Bruchsal dem Trinkwasser in bestimmten Zeitabständen Psychopharmaka beigesetzt und es somit als Träger benutzt wird. (3)

Dieter Kaufmann hat eine Waffe eingesetzt, die von der Staatsgewalt verwendet, in den letzten 9 Jahren 122 Menschen (4) das Leben "gekostet" hat. All diese Menschen zeichnete aus, daß sie zum armen Teil der Bevölkerung zählten. Wo waren die Massenmedien und täglichen Informationen, als sie mit dem Tode rangen? Wo die Proteste, als unbewaffnete Kinder (5) und gefesselte Gefangene (6) hingerichtet wurden? Wo bleibt die Rehabilitierung all jener, die zusammengeschossen wurden und zeitlebens mit den physischen und psychischen Verletzungen leben müssen? Was hat sich nach diesen Todes- und Krüppelschüssen verändert? Ich nehme es vorweg: der Polizeistat wurde noch mehr aufgerüstet, der gezielte Todesschuß, als die Todesstrafe, die am vermeintlichen Tatort oder was auch immer dafür ausgegeben wird, vollzogen.

Daß Kohl bei einem dieser Menschen jemals am Krankenbett erschienen ist, als sie durch seine Sondertruppen schwer verletzt oder mit dem Tode ringend auf einer Station irgendeines Krankenhauses lagen, ist mir nicht bekannt und müßte auch als Heuchlei bewertet werden, angesichts seiner Persönlichkeit und im Gegensatz zu den Besuchen bei Schäuble, der ihm u.a. maßgebend zur Hand ging bei der Einverleibung der DDR.

Das ist typisch für eine Klassengesellschaft, die nur "Herren" kennt und alle anderen Menschen als Pöbel und Dreck behandelt. Als letztes Beispiel sei nur eines vorgebracht: Es gibt wohl keine/n Asylsuchende/n, keine/n Roma, keine/n Sinti, keine/n ArbeiterIn, kein Kind derer, keine/n der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, die sich heute mit knapp 300.- Mark "Rente" durchschlagen müssen, keine/n RentnerIn aus der unterdrückten Klasse, keinen gefangen gehaltenen Menschen in den Psychiatrien und den Knästen, für die eigens ein Arzt aus Indonesien herbeigeflogen wird, um ihn/sie wieder herzurichten.

Wir haben hier in Deutschland nach Meinung der herrschenden Klasse nach wie vor wertes und unwertes Leben.

Von Dieter Kaufmann wird verbreitet, er wäre ein Krimineller, geistesgestört, ein Irrer..., betrachten wir das näher, stellen wir fest, daß er wegen Cannabiskonsums und -handels in geringem Umfang zu mehreren Jahren Knast verknackt wurde. Er gehört nicht zu jenen Großdealern und Herstellern unserer Pharmaindustrie, die mit ihren Produkten alleine in der BRD jährlich 30 000 Menschen ermorden, nicht zu jenen der Alkoholindustrie mit 20 000 Toten jährlich in diesem Land, nicht zu jenen der Automobilindustrie mit zigtausenden von Toten und über einer halben Million schwerverletzten pro Jahr, nicht zu jenen, die Giftgasanlagen und die Chemikalien dafür planen und verkaufen, für den Massen- und Völkermord, nicht zu jenen Waffenproduzenten und -händlern, die all jene beliefern, um den Zugang zu den strategischen Rohstoffen für die herrschende Klasse dieses Landes zu gewährleisten, er gehört nicht zu all den aufgeführten, die indess das politische Geschehen maßgeblich bestimmen. Weiter ist festzustellen, daß Dieter Kauffmann einer jener gefangen gehaltenen war, der gegen das zerstörerische und ausbeuterische Knastsystem in diesem Land Widerstand geleistet hat und dafür, wie viele vor und nach ihm entweder in die Psychiatrie geschafft wurde, oder in den "Genuss" des Verlegungskarusells kam, oder gleich beides zu spüren bekam. Ein Widerstand, der seine Wurzeln eben darin hat, daß die zwangsweise Verabreichung unterschiedlichster Psychopharmaka fester Bestandteil des sogenannten Normalvollzugs ist und die profitorientierte Zwangsarbeit ohne Kranken- und Rentenversicherung insbesondere den BRD-Strafvollzug auszeichnet. Ein Widerstand, der legitim ist. Dieter Kauffmann wurde in das für die baden-württembergischen Knäste zuständige "Vollzugskrankenhaus", genauer, in die Psychiatrie auf dem Hohenasperg verschleppt. In jene Psychiatrie, in die auch viele wegen Hungerstreiks eingeliefert wurden und werden, um ihren Willen zu brechen, für Veränderungen im Strafvollzug zu kämpfen. Eine jener Anstalten, die in den vergangenen Jahren immer wieder einmal kurz mit negativen Schlagzeilen von sich reden machten, aber mit deutscher unternehmerischer Gründlichkeit weitergeführt- "betrieben" werden. Die neuen Konzentrationslager nach Ausschwitz heißen: Hohenasperg, Mannheim, Bruchsal, Heimsheim, Stammheim, Weiterstadt, Straubing, Butzbach, Plötznesee usw. zusammengefaßt unter dem offiziellen Begriff: bundesdeutsche Justizvollzugsanstalten. Und wie eh und je mit einem jener markigen Sprüche über dem Eingang wie die Vorläufer. Hieß es früher: Arbeit macht frei, ist heute zu lesen: Gefangenenarbeit ist Arbeit am Menschen.

Folter und Menschenversuche sind spätestens seit Hitler ein deutsches Kontinuum und ein Exportgut in all jene Länder, in denen sich die deutsche herrschende Klasse Interessen sichern und durchsetzen will, gegen jene Menschen, die aufstehen gegen Völkermord, Raub, Unterdrückung, geplanten Hungertod und Krankheit. Die Folter als Bestandteil des Strafvollzugsgesetzes, das die zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka beinhaltet und die Isolationshaft abdeckt.

Und jetzt hat sich einer dieser neueren Opfer-Generationen das recht genommen, Täter zu werden an einem, der maßgebend für den Repressionsapparat in der BRD verantwortlich zeichnet. Einem jener Hardliner, der auch beim letzten bundesweiten Hungerstreik 1989 die harte Linie vertrat und uns liber tot in den Löchern sah, als auch nur einer Forderung nachzugeben.

Dieter Kauffmann wird heimtückisches Verhalten nachgesagt im Gegensatz zu Dr. Last, der im Straubinger Knast die Verabreichung von Dapotum D als Tetanusspritze (8) tarnte, oder dem Anstaltsarzt Pfahler in Bruchsal, der die heimliche Beimengung von Haldol als folgendes bezeichnete: "Ich war davon ausgegangen, wenn nach dem Strafvollzugsgesetz eine Zwangsbehandlung zulässig sei, wäre die heimliche Beimengung eines Beruhigungsmittels zur Nahrung ebenfalls zulässig, zumal dies die mildere Form einer Verabreichung ist gegenüber einer Zwangsinjektion." (3)

Dieter Kauffmann ist einer der vielen, der gegen seinen Willen über längere Zeit "vollgepumpt" wurde, sodaß ihn seine Eltern nur noch als "ruhiggespritztes Wrack" in Empfang nehmen konnten und ihm erst wieder beibringen mußten wie man ißt, auf die Toilette geht, seine Bedürfnisse äußert... Niemand soll jetzt sagen, er hätte

Anzeige erstatten können

die Presse einschalten können.

Wir, die wir in diesen Löchern sitzen, wissen aus Erfahrung, daß das leeres Geschwätz ist. Das Monopolüber die Massenmedien liegt bei der herrschenden Klasse und unsere Justiz ist eine Klassenjustiz!

Schon 1986 fand ein Prozess statt vor dem Landgericht Stuttgart (3) den ein Zwangsbehandelter angestrengt hatte. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß sich nichts verändert hat dadurch, auch ist keiner der für die Zwangsverabreichung Verantwortlichen verurteilt oder seines Postens enthoben worden.

Anlässlich meines eigenen Prozesses vor dem Landgericht Karlsruhe (9) 1988 wurde auch von mir das vorgebracht und mit Akten belegt. Das Gericht und die Staatsanwaltschaft haben diese Verbrechen negiert. Die Zwangsbehandelten, um die es ging, werden nach wie vor gefangen gehalten und mit Psychopharmaka ruhig gestellt. Ein weiteres Jahr danach in der Revisionsverhandlung (10) bei neuer Besetzung des Gerichts und der Staatsanwaltschaft wurden diese Verbrechen erneut in Form einer Prozeßerklärung vorgetragen und erbrachten das gleiche Resultat.

Die Medien waren in der revisionsverhandlung gar nicht mehr erschienen, sie interessierten sich lediglich für die für sie interessanten Fluchten. Die Zuständ hinter den Knastmauern oder die zunehmende Verarmung in der Bevölkerung ist für sie nichts, was die Auflagen erhöht.

Festzustellen gilt auch, daß die Gewaltbereitschaft nach psychiatrischer Behandlung, speziell mit neurotischen Psychodrogen zunimmt. (11)

Dieter Kauffmann hat den Weg eines Menschen gewählt, der keine Hoffnung auf eine Veränderung dieser Praktiken mehr sah. Welch ein Wunder bei unserer Klassenjustiz und der Gleichgültigkeit, die den Großteil unserer Bevölkerung beherrscht, sowie der fortschreitenden Vereinzelung.

Dieter Kauffmann ist einer von uns, einer jener Unterdrückten, ihm hat unsere Solidarität zu gelten. Bevor diese Klassenjustiz über ihn richtet, soll sie erst einmal ihre mörderische Vergangenheit aufarbeiten und all jene aburteilen, die ihn und viele andere über Jahre mit Psychopharmaka "vollgepumpt" haben, denn das ist einer der Gründe, warum es zu solchen Anschlägen kommt.

Es liegt an uns, ob sie auch ihn für immer in einer Psychiatrie oder einem anderen Knast verschwinden lassen können.

-Für die sofortige Schließung der psychiatrischen Abteilungen in den Knästen und "Vollzugskrankenhäusern"

-Für die Schließung der PLK's

-Für das sofortige Verbot von Psychopharmaka in den Knästen

-für die sofortige Schließung der Isolationstrakte

-Für eine Gesellschaft ohne näste und Psychiatrien

Anmerkungen:

1) Artikel aus der SZ über Hippius'Versuche an Menschen aus der Psychiatrie
2) BNN-Berichte zu meinem Prozeß, wo's um das Thema ging, Arbeiterkampf v.21.8.89, S.27, SZ v.24.4.90 und TAZ v.14.7.90,S. 12/13
3) T.Braven, "Vogelperpektiven, Paranoia City, Zürich
4) TAZ v.2.11.90, S.7
5) Zeitungsartikel über die Ermordung eines türkischen Jungen in Köln, der von mehreren K-Bullen erschossen wurde
6) Die Ermordung von Joe Schuhmacher, der in Ulm letztes Jahr im Juni gefesselt erschossen wurde. Ich hab dazu nie nen Artikel gesehen
7) Knast Stammheim (mittlerweile abgebaut, d.S.)
8) TAZ v.14.7.90,S.12
9) Aktenzeichen IKLs 12/88 IVAK 27/88
10) Prozesserklärung v.17.8.89
    Aktenzeichen IKLs 12/88 -ILAK 52/89
11) vergl. Psychiatrische Begutachtung. Ein praktisches Handbuch für Ärzte und Juristen, Hrsg. U. enzlaff, Stuttgart/New York, 1986, S.178 f

---

Wir trauern um unseren ehemaligen Mitgefangenen, Rainer Planner, der bis Anfang November 1990 nach §64 StGB im Maßregelvollzug Hadmar untergebracht war, wo er mehrfach gegen seinen Willen mit Neuroleptika abgespritzt wurde, was er als Folter empfand, Krämpfe bekam usw.
Er wurde Anfang November in die Therapieeinrichtung Melchiorsgrund zwecks Probezeit verlegt, wo er jedoch nach einer Weile abhaute, als er erfuhr, daß man ihn nach Hadamar zurückbringen wollte. Einige Zeit später fand man ihn erhängt in einem Wald.

In Trauer und Verbitterung, Insassen des Maßregelvollzugs
6253 Hadamar.

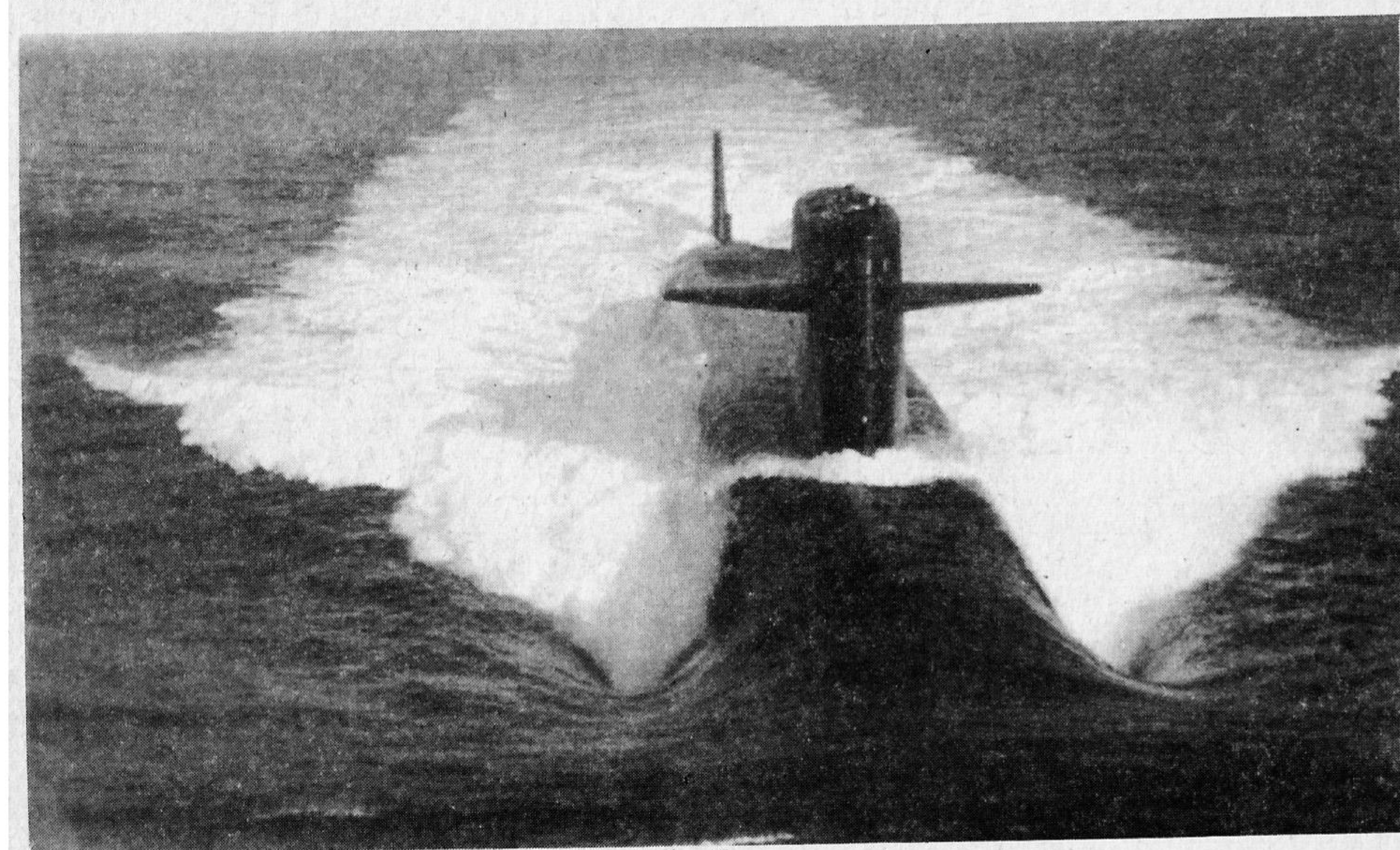
Die Wahrheit über die Mainzer Straße

Der "Super-Molli" war nichts dagegen

So brisant waren die Informationen, daß sie erst nach der Wahl veröffenlicht werden konnten. Die Chaoten der Mainzer Str. waren mit modernstem Kriegsgerät ausgerüstet. Der Rot-Grüne Senat schickte 3000 Polizisten in den sicheren Tod. Nur durch die einstimmige Entscheidung des Zentralrats der Anarchisten wurde auf die Eskalation der Gewalt verzichtet.



Eine Flugstaffel der Autonomen über Berlin



Die Flotte der Bestzer auf der Spree.

Die Chaoten waren bestens ausgerüstet

Nach Aussage des Polizeipräsidenten Scherz verfügten die Hausbesetzer der Mainzer Str. über Panzer, Kampfflugzeuge und Raketen. Weitere Unterstüzung kam aus der BRD. Am Wannsee landeten 10000 Chaoten aus der Hafenstraße, die über die Elbe sämtliche Autobahnsperren der Polizei umgehen konnten.

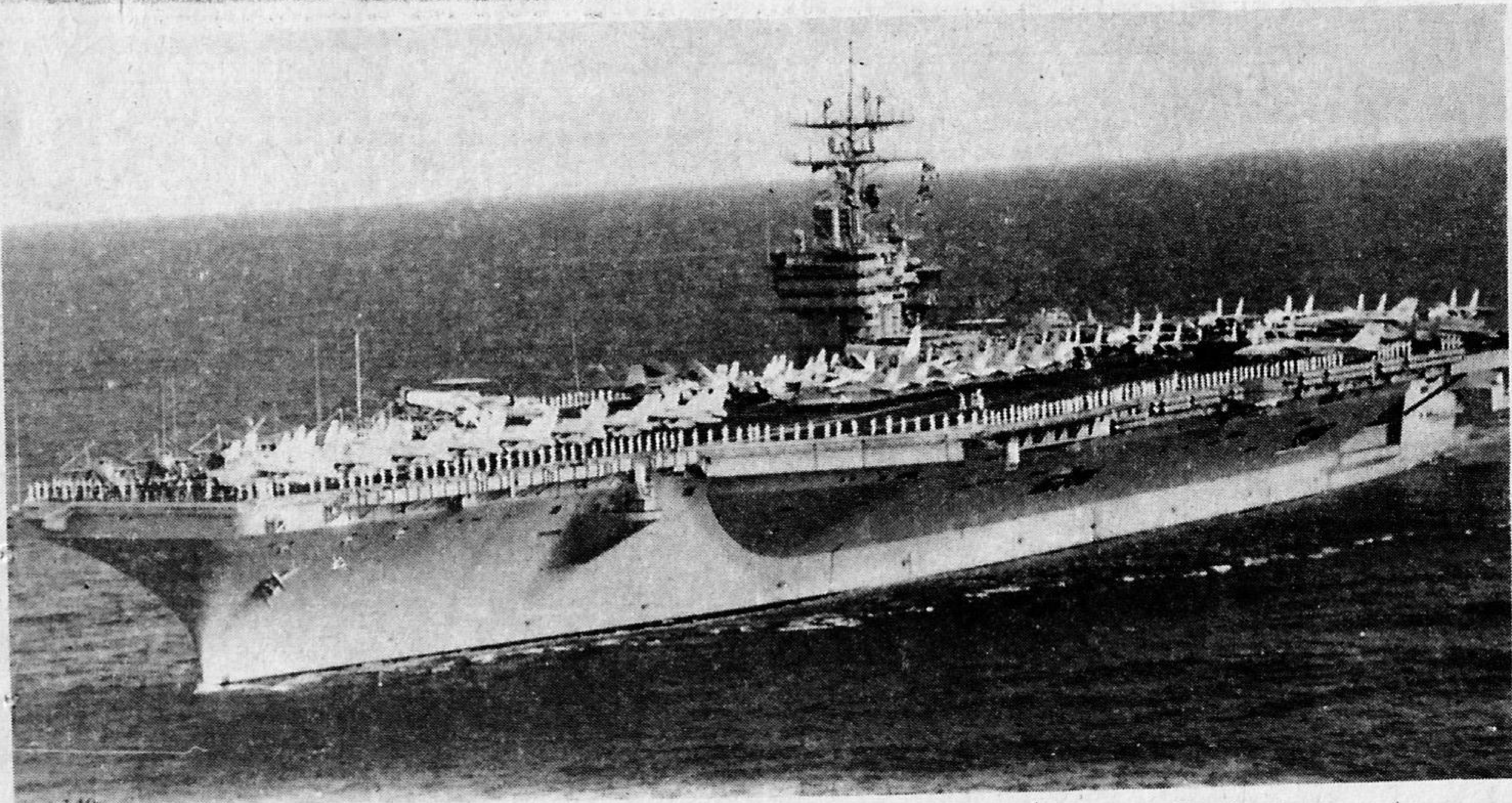
Sie retteten das Leben von 3000 Polizisten.

In einer ersten Stellungnahme sagte AL-Sprecher Ströbele: "Jetzt, nach bekanntwerden dieser Informationen, kommt eine neue Koalition mit der SPD kaum noch in Frage".

Bärbel Bohley forderte alle Bürger der ex DDR auf, die moralische Glaubwürdigkeit der BRD Regierung, die bereit war, soviele Menschenleben zu opfern, an einem neuen runden Tisch zu prüfen. Sie bedankte sich bei den Hausbesetzern für ihre Friedfertigkeit und Besonnenheit.



Trotz polizeilicher Absperrung konnten die Besetzer Verstärkung erhalten.



Der Flugzeugträger "Rosa Luxemburg" kreutzt auf dem Müggelsee

Hauptwachmeister Dieter H. meinte, es wäre das schönste Weihnachtsgeschenk für ihn und seine Familie, das ihm die Chaoten ermöglicht hätten, dieses Weihnachtsfest noch erleben zu können.

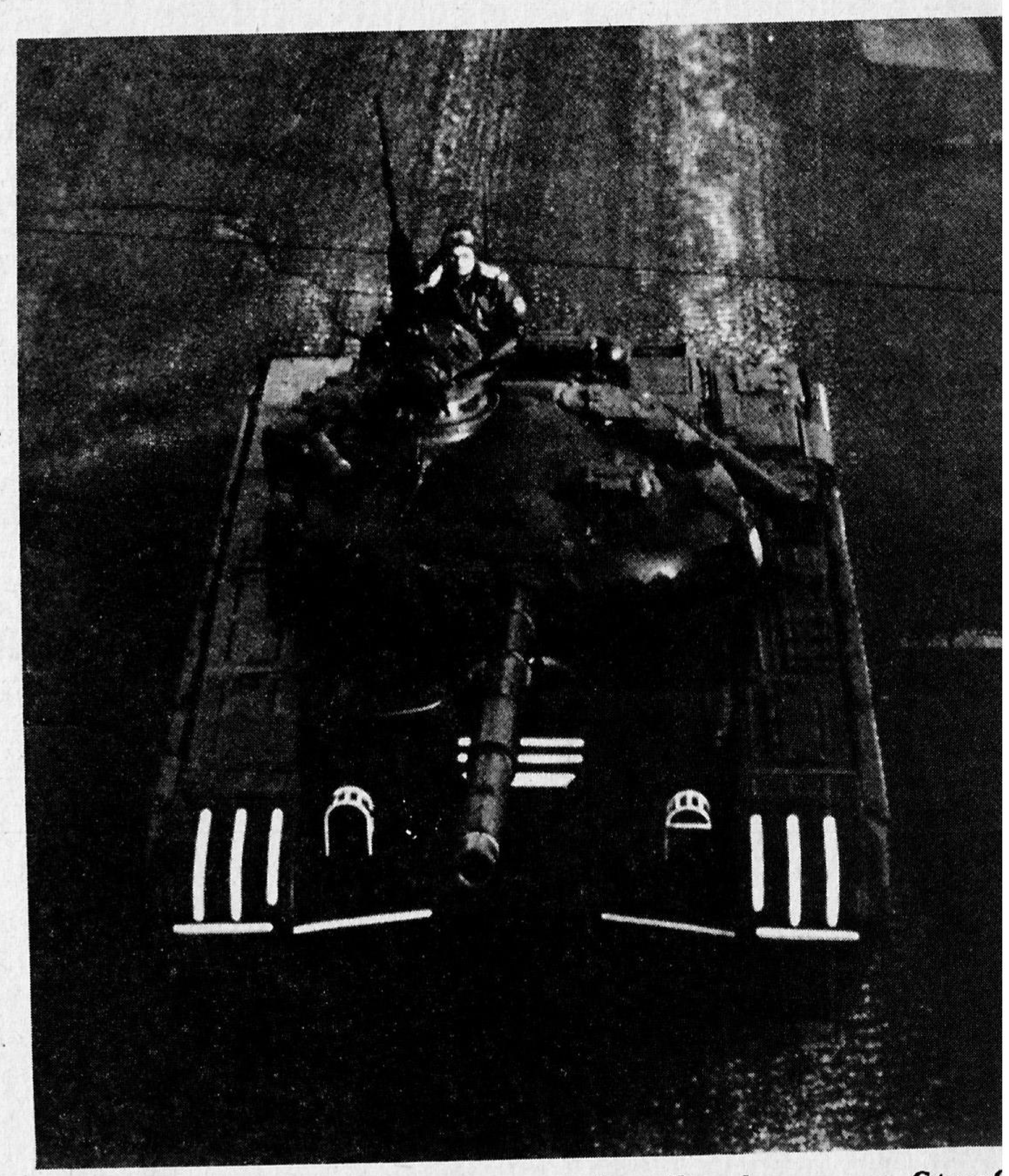
Die Kosten des Erfolgs.

Dei Autonomen selber werteten ihr deeskalierendes Verhalten als den größten politischen und moralischen Erfolg seit ihrer Gründung. Sie riefen die Genossen und Genossinnen zur Bereitschaft für noch größere Opfer auf. Ihr Pressesprecher kündigte neue

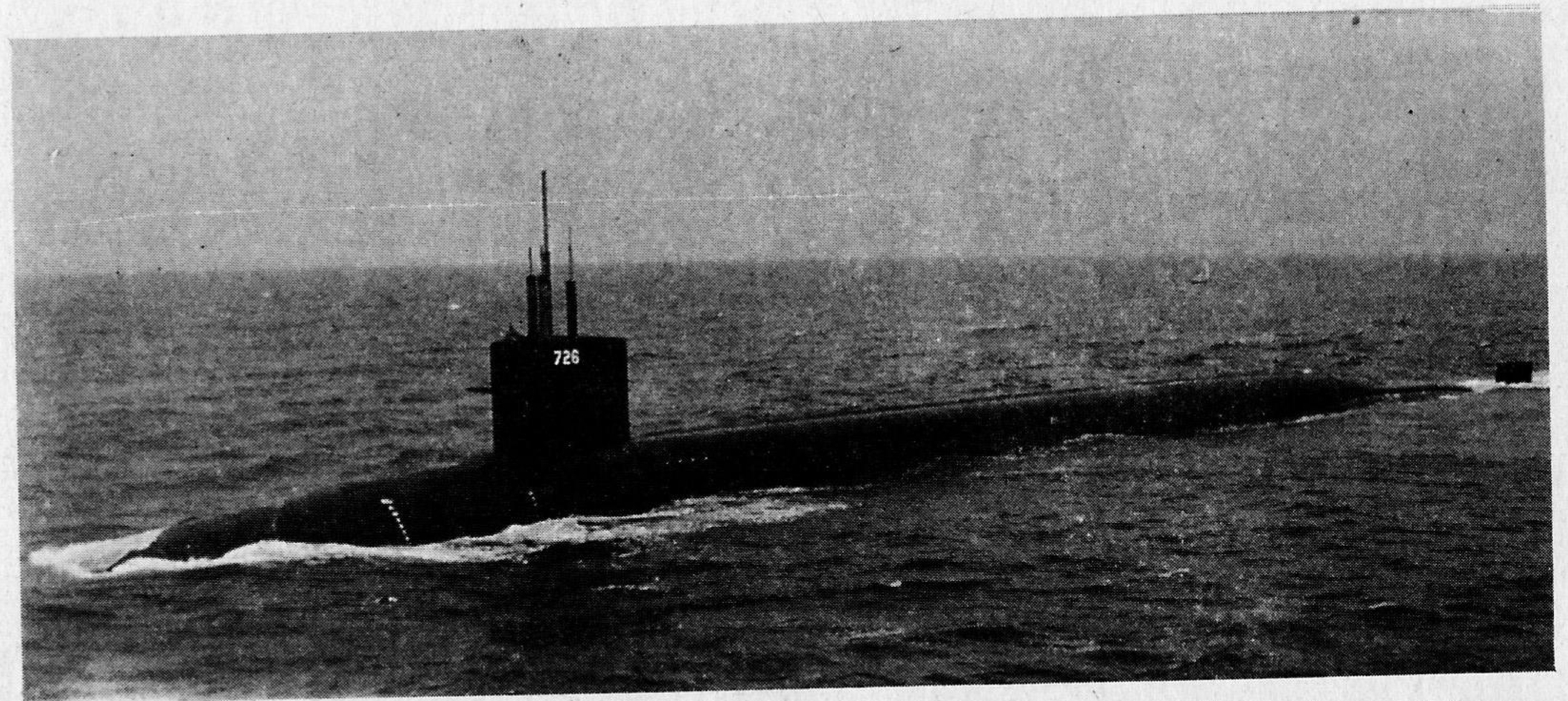


Vermummte machen Raketen startklar

Revolutionssteuern zu Deckung der hohen Ausgaben für die Operation "Heinz Schenk" an. So wird der Bierpreis in den linksradikalen Trinkhallen bald auf drei Mark steigen. Weitere Verteuerungen von 25% bei Kiezküchen und bis zu 50% für Hefte und Broschüren sind vorgesehen.



Ein Panzer nimmt Stellung an der Boxhagener Straf



Dieses Unterseeboot der Chaoten wurde im Landwehrkanal gesichtet

Kritik- und Diskussionspapier zum sogenannten "runden Tisch" Friedrichshain

die konstituierung der erweiterten projektgruppe "hausbesetzungen" der bvv (bezirksverordnetenversammlung) friedrichshain entsprach in keiner weise unseren vorstellungen. obwohl unsere inhalte bei der vorbereitung zuerst klar formuliert wurden, kamen diese am sog. "runden tisch", wie das gremium in unseren strukturen oft irreführenderweise genannt wird, nicht mehr vor.
wir wollen im folgenden unsere kritik daran artikulieren und unsere vorstellungen zum weiteren vorgehen zur diskussion stellen.
zur besseren übersichtlichkeit haben wir den text in vier teile gegliedert:

- I vorbereitungsphase
- II konstituierende sitzung
- III einschätzung im politischen kontext
- IV schlußfolgerungen für uns.

I

als wir besetzerInnen den beschluß der bvv erfuhren, die bereits bestehende projektgruppe "hausbesetzungen" um 2 vertreterInnen von uns und 2 anwohnerInnen zu erwietern, sahen wir darin die möglichkeit, unsere gesprächsbereitschaft öffentlich zu signalisieren. uns war klar, daß am "runden tisch" (eine bezeichnung für das, was unseren vorstellungen eher entspricht, wir haben sie nur aus taktischen gründen nicht aufrechterhalten) nicht über konkrete verhandlungen gesprochen werden soll. dies schloß unserer meinung nach nicht aus, daß der r.t. (rahmen-) voraussetzungenen für verhandlungen schaffen kann und soll.
erste voraussetzung für verhandlungen ist logischerweise ein räumungsmoratorium für den zeitraum der gespräche. ohne dieses moratorium kann sich durch einen simplen telefonanruf der wbf/gsw der gegenstand möglicher verhandlungen erübrigen...
die nichträumungsgarantie wollten wir auf der der konstituierenden sitzung fordern, spätestens aber auf der 2. sitzung zur bedingung unserer teilnahme am sog. r.t. machen.
in den vorbereitungsgesprächen erarbeiteten wir einen Forderungskatalog, der am Runden Tisch (im weiteren RT) debattiert werden sollte. Zu dessen Themen gehören unter anderen eine Veröffentlichung der Leerstände seitens der WBF, die Winterfestmachungsgelder für unsere Häuser, die Rückgabe der Mainzer, die Aufnahme neubesetzter Häuser in die Gespräche und überhaupt der Wegfall jeglichen Datums, bis zu dem Besetzungen gerade noch so gestattet sind oder waren.

(solange es leerstand gibt, wird es besetzungen geben. dabei spielt es keine rolle, wie es zu diesem leerstand kommen konnte).
auf dem letzten vorbereitungstreffen wurden unsere forderungen verlesen.

warum geschah dies nicht - wie abgesprochen - auf der konstituierenden sitzung? ziemlich unklar blieb auch, wie wir uns da konkret vertreten wollten. während dieses treffens erfuhren wir zum ersten mal, daß der rt in 3 ags aufgeteilt werden soll. einige meinten, daß das eine formalfrage sei, die nicht so relevant wäre.obwohl wir diese nicht nachvollziehen konnten, und obwohl einige solche bedenken geäußert wurden, ging die vorbereitungsgruppe dann mit der möglicherweise naiven haltung an den rt, daß wir schon sehen werden, was da auf uns zukommen wird. wir hätten uns vorher überlegen müssen, daß wir dagegen intervenieren müssen. daß dies beim"rt" kaum oder nur ungenügend geschah, ist auch auf unsere fehleinschätzung der ag-aufteilung zurückzuführen.
wir hatten uns auch bis dahin kaum gedanken über die formale struktur des "rt" gemacht, überlegungen, eine drittelparität wie im prenzlauer berg einzufordern, werden nicht zu ende geführt.

II.)

bei der projektgruppe selbst war von alldem, was wir in der vorbereitungsphase geredet und beschlossen hatten, nichts zu merken.
anwesend waren:
mendiburu (bezirksbürgermeister friedrichshain spd), bvv-fraktionen bündnis 90, pds, viele besetzerInnen.
nicht anwesend waren:
cdu-fraktion, wohnungsbaugesellschaft friedrichshain, bürgerinis.
redeleitung: pfarrer hülsemann.

mendiburu charakterisierte das treffen sofort als erweiterte projektgruppe der bvv auf grundlage ihres beschlußes. obwohl diskussionsleiter hülsemann gelegenheit gab, gegenpositionen zu äußern, kam von unserer seite nichts. die nichtanwesende wohnungsbaugesellschaft (wbf) scheut das licht der öffentlichkeit. eine besetzerin meinte jedoch, wenn es um etwas konkretes ginge, wäre sie auch bereit zu kommen. es wurde klar, daß die wbf nur einzelverhandlungen will. ein räumungsmoratorium gibt es nur, während verhandlungen laufen. zu spät haben wohl die meisten von uns gemerkt, daß mitarbeit in der erweiterten projektgruppe oder gespräche damit nicht gemeint sind, sondern lediglich einzelverhandlungen. spätestens da hätte unsere vorbedingung der nichträumungsgarantie auf den tisch gehört - die pistole auf der brust muß weg.

stattdessen ging es munter in die konstituierung des gremiums. wir
mußten feststellen, daß der angebliche vorschlag der dreiteilung bereits
beschlossene sache war. beschlossen wurde dies auf einer sitzung der
projektgruppe, die unseren strukturen nicht bekannt war, wo aber dennoch
mindestens eine besetzerin anwesend war und der sache zugestimmt hat.
sie hat sich auch für die gruppen „wbf und senatsverhandlungen" gemeldet.

besonders die wbf-ag macht deutlich, wo der hase insgesamt langläuft.
bei anbahnung zu einzelverträgen sollen hülsemann und ein bündnis 90-
abgeordneter dabeisein. kein wort von gesamtlösungen für friedrichshain,
b-rat und vg sind für mendiburu keine gesprächspartnerinnen. wenn wir
diese ag nicht wollen, können wir ja abspringen, doch es werden sich
schon häuser finden....(hülsemann). das ganze wurde auch noch als
zugeständnis an uns verkauft. nur einzelne leute (nicht die vorher be-
stimmten delegierten) fragten was zur genaueren bestimmung der ags und
verwiesen auf das vg, so wie wir das beschlossen hatten. was nützt uns
da, daß die erweiterte projekt-gruppe öffentlich ist, und es auszeiten ge-
ben kann, wo wir uns absprechen können?
der vorbereitete text mit unseren zielen und forderungen wurde während
der ganzen sitzung nicht verlesen.
wir waren überhaupt nicht als organisierte besetzerInnenbewegung greif-
bar. die zwei vertreterinnen waren nicht zu erkennen.
wir alle saßen im raum verteilt, es gab keine diskussion/kommunikation unter-
einander. dieses verhältnis hat bereits die vereinzelung vorweg-genommen,
in die das kapitalistische system, hier mendiburu und co, die häuser und
die darin lebenden menschen zurückzwingen wollen. nichts, von dem, was
wir besetzerInnen uns vorgenommen hatten, haben wir auch nur probiert.
wir wissen nicht, was die gründe dafür waren. angst vor abbruch der ge-
spräche bei "überharten" forderungen oder angst vor den herrschenden als
autoritäten? dies ist jedenfalls ein schlechter ratgeber.
wie ein anwohner der mainzer straße in der letzten besetzerInnenzeitung
schrieb: SPRINGE ÜBER DIE ANGST, DAMIT DU LEBST.
DAMIT BIN ICH TROTZ KRIEG UND NACHKRIEG
FAST 71 JAHRE ALT GEWORDEN.

das ist keine anpisse, schließt uns selbst ja auch mit ein. es soll viel-
mehr auf die notwendigkeit der genauen diskussion untereinander und eines
gemeinsamen verhaltens auf der projektgruppe hinweisen.

III.)


wenn wir mendiburus aussagen glauben schenken wollen, dann ist der cha-
rakter von hausbesetzungen im osten und im westen grundsätzlich ver-
schieden. während seiner ansicht nach leerstand im westen rein spekula-
tiver natur ist, ist leerstand im osten folge sozialistischer mißwirt-
schaft und läßt sich durch ein gezieltes sanierungsprogramm beheben.

mit ihrer darstellung leugnen mendiburu und konsorten bewußt die ökono-
mischen realitäten, die politisch verbrämt gegen die bevölkerung durch-
gesetzt werden sollen. im osten sollen dieselben bedingungen einge-
führt werden, die im westen bereits existieren. ausdruck davon ist die
privatisierung ehemaligen volkseigentums, was z.b. daran festmacht,
daß die kwvs zweidrittel ihrer grundstücke und häuser an in- und aus-
ländische interessenten veräußern. um den sich daran entwickelnden
widerstand zu brechen, ist den herrschenden jedes mittel recht. sei
es ein offenbürgerkriegsmäßiges vorgehen wie in der mainzer straße oder
der versuch, vorhandene widersprüche mittels integration der betroffenen
zu befrieden. in diesem kontext sehen wir hausbesetzungen nicht als
möglichkeit, irgendwie zu mietverträgen zu kommen, sondern als kampf-
maßnahme gegen den verkauf von wohnraum zu spekulativen zwecken und
gegen die umstrukturierung der städte im zusammenhang mit dem eg-binnen-
markt '92. teil dieser kapitalstrategie ist die spaltung der besetzerIn-
nenszene. die trevi-konferenz aller innen- und justizminister westeu-
ropas hat beschlossen, daß "hausbesetzerproblem" bis 1992 zu beseitigen.
daß dies nicht nur worte sind, zeigten die räumungen in groningen, paris,
mailand und die verstärkten angriffe auf die hafenstraße.
gespalten werden soll die besetzerInnenszene in "gesunde teile, denen
es nur um wohnraum geht" und" ungesunde teile, die den rechtsstaat vor-
führen wollen" - beides Zitate des angeblich linken bvv- bürgermeisters men-
diburu. in genau diesem kontext steht auch die aufgliederung der er-
weiterten projektgruppe in drei untergruppen, die im interesse des
systems funktionieren sollen. die arbeitsgruppe, in der es um die an-
bahnung von verhandlungen mit der wbf gehen soll, hat allein den sinn,
uns auf die abschlüsse von einzelverträgen zu fixieren. die in-
stitutionalisierung der gespräche zwischen uns und den bürgerInnen
soll eine selbstorganisation verhindern und staatliche kontrolle ge-
währleisten.

IV.)
wir wollen hier dieses papier diskutieren, um möglichst zu einer ge-
meinsamen einschätzung zu kommen. wir brauchen diese als grundlage,

wenn wir in der nächsten erweiterten projektgruppe unsere forderungen so, wie sie von uns beschlossen wurden, nachdrücklich lich vertreten wollen.
wir können jetzt die entwicklung eventuell noch zurückdrehen, indem wir auf eine nichträumungsgarantie als voraussetzung für gespräche bestehen. wir müssen gucken, wie die aufspaltung in untergruppen politisch rückgängig zu machen ist, weil wir keine spaltung des häuserkampfs wollen. eine mögliche eigene zielsetzung könnte sein, daß die erweiterte projektgruppe rahmenvereinbarungen für alle besetzten häuser erarbeitet. bei unserer seite in den verhandlungen ist wichtig, daß wir uns selber konsequenzen zugestehen und nicht davon ausgehen, im schlimmsten falle alles zu schlucken. es ist eine vorweggenommene niederlage, wenn wir nach jedem angeblichen strohhalm greifen.
wie in jeder konfrontation, geht es auch in der politisch-diplomatischen darum, eigene vorstellungen durchzusetzen.
welche das sind und wie wir sie im politischen gesamtkontext sehen, wollen wir mit vielen menschen und häusern rauskriegen. so könnte der häuserkampf eine politische basis bekommen, die auch unsere verhandlungsposition verbessert.
eine möglichkeit sind die häusertage, die zwischen weihnachten und neujahr in der hamburger hafenstraße stattfinden sollen.

NICHT BETTELN, NICHT BITTEN, NUR MUTIG GESTRITTEN!!!
NIEMALS VOR DER UNGEHEUEREN DIMENSION DER EIGENEN ZIELE ZURÜCKSCHRECKEN!!
BESETZERINNEN VOM 1.HINTERHAUS UND SEITENFLÜGEL DER KADINDERSTR.15



Grußbotschaft an die Leute aus der Mainzer:
Ich grüße aufs stärkste und von Herzen die Menschen, die bereit waren ihre Häuser zu verteidigen!
Diese Situation war keine Demo, mit Kids, die auf Fun aus sind, oder mit Bullen, die Versuchen Streß zu provozieren. - Das ist ein Angriff auf den Lebensraum von Menschen, und um den zu verteidigen würde ich alle vorhandenen Mittel benutzen; zum einen alles was benötigt wird um die Verteidigung erfolgreich zu machen, und zum anderen um es für den Staat zu teuer zu machen.
Gerry Hanratty, irisch-republikanischer Gefangener in der BRD (Düsseldorf)

Redebeitrag zu Stadt und Land

Hier in der Werbellinstr. 14 befindet sich die Zentrale der senatseigenen "Stadt und Land-Wohnbauten GmbH. Sie besitzt allein in West-Berlin 21 000 Wohnungen - ein Großteil davon in Neukölln - so daß sie ein gewichtiges Wort bei dem mitzureden hat, was uns der Senat mit vollmundigen Versprechen als Wohnungspolitik verkaufen will. Eine Politik, hinter der aber immer die Profitinteressen der Wohnungsmafia stehen. Nicht erst durch den Wegfall der Lüge von der Gemeinnützigkeit nach der Steuerreform 1990 wird klar, daß sich die Praktiken der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in nichts von denen der "normalen" Spekulanten unterscheiden. So auch "Stadt und Land" : Die Tiefen des Berliner Bausumpfes wurden genutzt, um Steuergelder für öffentlich geförderte Baumaßnahmen in die Taschen von Stadt und Land-Managern fließen zu lassen. Gutachten wurden zurechtgebogen und damit die ganze Siedlung am Schlierbacher Weg als abrißwürdig dargestellt, denn an Altbauten läßt sich auf Dauer nicht genug verdienen. Der Widerstand der MieterInnen konnte den Abriß verhindern, sodaß jetzt nur noch in typischer Manier der Senatspolitik die Dachgeschosse ausgebaut werden - natürlich öffentlich gefördert.

Aber auch jahrelanger Leerstand gehört genauso zum Repertoir von "Stadt und Land", wie die Vertreibung von MieterInnen aus ihren Häusern, nachdem Modernisierungen für viele zu nicht mehr bezahlbaren Mieten führen. Das ist einer der senatseigenen Beiträge zur Wohnungsnot.

Und kahlschlagsaniert hat "Stadt und Land" auch schon : Im angrenzenden Rollbergviertel wurden Anfang der 60er Jahre 3000 Wohnungen vernichtet; wahrscheinlich eine Erfahrung aus der Tatsache, daß sich dort eine der Hochburgen der revolutionären ArbeiterInnenbewegung der Weimarer Zeit befand. Heute bedient sich "Stadt und Land" dort rassistischer Mittel: leerstehende Wohnungen werden nicht mehr an AusländerInnen vermietet, um ihren Anteil an der Neuköllner Bevölkerung zu verringern. Auch in den Chefetagen von "Stadt und Land" dürfte bekannt sein, daß die betroffenen AusländerInnen nach dem neuen Ausländergesetz von Abschiebung bedroht sind, wenn sie nicht ausreichenden Wohnraum nachweisen können. Und das bedeutet für viele eine existenzielle Bedrohung, denn die Abschiebung in ihre Heimatländer heißt für so mancheN politische Verfolgung, Gefängnis, Folter, aber auch materielle Not.

Damit das alles reibungslos fuktioniert, hat "Stadt und Land" natürlich engste Verbindungen zu den Politstrategen: Aufsichtsratsmitglied ist z.B. Neuköllns Wirtschaftsstadtrat Buschkowski. Für die Finanzierung ist Wolfgang Winkler zuständig. Er war gleichzeitig Leiter der Abt.4 der Senatsverwaltung Bau- und Wohnungswesen, die der Wohnungsbaukreditanstalt übersteht, sodaß er "Stadt und Land" die nötigen öffentlichen Gelder für Modernidierungsmaßnahmen zuschanzen konnte. Daß er gleizeitig im Aufsichtsrat der BeWoGe und GSG sitzt, ist eher zusätzliche Möglichkeit als ein Problem. Über Günther Adam, außerdem Geschäftsführer der Wohnbautenbeteiligungsgesellschaft, ist nichts bekannt, aber Mißtrauen ist immer berechtigt.

Am 12.11.90 wurde die "Stadt und Land"-Zentrale kurzzeitig besetzt. Hintergrund der Aktion war, daß die Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg 2 Häuser in der Pfarrstraße räumen ließ. Die Häuser waren, wie über 100 andere, im Frühjahr besetzt worden, um einerseits aktiv gegen die Leerstandspolitik der SED und der CDU-Übergangsregierung vorzugehen, andererseits in den Häusern selbstbestimmte Lebensformen zu entwickeln. Verhandlungsbereitschaft von Seiten der BesetzerInnen führte zu nichts anderem als Hinhaltetaktik durch die Verantwortlichen in den senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die im Zuge der Großberliner Vereinigung den Ostberliner Wohnungsmarkt unter sich aufgeteilt hatten.

Die in den Häusern entwickelte Kollektivität und der aus ihr entstehende Widerstand gegen die Herrschenden sind den Politikern nach wie vor ein Dorn im Auge. Die Häuser sollten weg! Also wurden 2 in der Pfarr- und eines in der Corteniusstr. durch Westberliner Polizeieinheiten geräumt. Der sich entzündende Widerstand diente als Vorwand für die inzwischen durch westdeutsche SEK- und BGS-Einheiten verstärkte Polizei, auch noch die Häuser in der Friedrichshainer Mainzer Str. anzugreifen und zu räumen.

Auslöser der Ereignisse war aber eben der Räumungsantrag der Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg. Hinter der steht niemand anderes als "Stadt und Land", die durch die Aufteilung Ostberlins die Bezirke Lichtenberg und Treptow - und damit die Verwaltung von 53 000 Wohnungen - übernommen hat. 48 000 ehemals "volkseigene" Wohnungen fielen ihr dadurch direkt zu. Die Geschäfte führen dort Figuren wie Gerhard Becker, Michael Böttcher und Peter Topell. Die beiden letzten konnten in 11 bzw. 15 Jahren als führende Manager bei "Stadt unkd Land" in Sachen Bauskandale und Spekulation schon genug Erfahrungen sammeln. Aber die Jobs scheinen ihnen nicht besonders gut zu bekommen: Böttcher lag im Sommer mit einem Magengeschwür flach; und Peter Tolusso, der von der GeSoBau zur KWV-Lichtenberg wechselte, schlugs gar ins Gehirn!

Der Widerstand nagt an den fetten Bäuchen der Spekulanten und Miethaie.

Jede politische Aktion gegen die landeseigene Wohnungsmafia ist eine Aktion gegen den Senat!

Jedes durch Besetzung enteignete Haus ist eine Enteignung des Senats!

Rücknahnme aller Strafanträge!
Rücknahme der inzwischen ausgesprochenen vorbeugenden Räumungsanträge für noch leerstehende Häuser!
Keine weiteren Räumungen!
Rückgabe der besetzten Häuser!
Bedingungslose Enteignung von "Stadt und Land" und allen anderen Hausbesitzern!

Stadt und Land gehört in MieterInnen-Hand

Zur Stadt und Land-Demo am 29.11.

Am 29.11. fand in Neukölln eine Demo gegen "Stadt und Land" unter dem Motto "Schicken wir die Spekulanten in die Wüste!" statt. Die Forderungen waren:
"Für die Belegung leerstehenden Wohnraums mit Menschen, die ihn brauchen !"
"Für die Enteignung von Stadt und Land!"
"Rückgabe der geräumten Häuser!"
"Keine weiteren Räumungen!"
Die Demo war schon vor den Ereignissen in Ost-Berlin bzw in der Mainzer Str. geplant als weiterer Schritt gegen Stadt und Land, für die Organisierung einer starken MieterInnenbewegung und zur Unterstützung der besetzten Häuser.
Wegen der Räumungen in der Pfarrstr. durch die Stadt und Land unterstehenden Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg und die Räumungen in der Mainzer, bekam die Demo einen aktuelleren Häuserkampf-Bezug. Die inhaltliche Verbindung zwischen Miet- und Häuserkampf stellten wir in einem Mobilisierungspapier näher dar, das die Interim zusammen mit dem Neuköllner Mobilisierungsflugblatt abdrucken sollte. Jenes wurde abgedruckt, das Einschätzungspapoer jedoch nicht.
(Interims: Wo ist das Papier geblieben? Warum habt ihr nicht auf unseren erbosten Brief eine Woche später reagiert?)
Dem Fehlen dieses Mobilisierungspapiers und dem nichtzustandegekommenen Plakat ist es unserer Einschätzung nach zu verdanken, daß nur gezählte 123 Menschen an der Demo teilnahmen. Trotz der wenigen Leute hat die Demo Spaß gemacht! Den zahlreichen Redebeiträgen wurde häufig interessiert zugehört, und die Flugis wurden gelesen. Auf der Route verlasen wir einen längeren Beitrag zu Stadt und Land vor deren geöffneter Hauptzentrale. (Der Text liegt bei)
Auf der Innenseite der hier (hoffentlich) abgedruckten 14. Kiezflugschrift sind die objektbezogenen Redebeiträge in Kurzform. Wer Interesse an allen Beiträgen hat oder noch Infos zu Spekulanten in Neukölln hat, komme ins MieterInnencafe!

Wenn Ihr mehr wißt oder wissen wollt .....

MieterInnencafe
für die Organisierung einer starken MieterInnenbewegung! Jeden Mittwoch von 16 - 19 Uhr im Stadtteilladen LUNTE, Weisestr. 53, 1-44 (U-Bhf. Boddinstr.), Tel. 6223234

Forum Neukölln
Flughafenstr. 2 und 4/Karl Marx Str. 74. Diese Häuser werden von *Stadt und Land* verwaltet und sollen bald abgerissen werden und dies, obwohl diese Häuser erst 87 aufwendig modernisiert wurden. Hier soll das Forum Neukölln entstehen, ein Konsumtempel ähnlich dem Forum Steglitz. Für dieses Forum Neukölln soll auch die Stadtbücherei, die Buchhandlung und der Kinderspielplatz verschwinden.

Werbellinstr. 14. Hier ist die Zentrale der senatseigenen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land. Sie besitzen in Westberlin 21000 Wohnungen und verwalten z. Zt. durch ihr Management noch mehrere 53000 Wohnungen in Treptow und Lichtenberg. Neben Neukölln ist *Stadt und Land* auch noch in den Bezirken Tempelhof und Schöneberg aktiv. Die Geschäftsführer heißen Günter Adam und Wolfgang Winkler. Winkler war Abteilungsleiter der Abt. IV in der Bauverwaltung, die direkt der WBK (Wohnungsbau Kreditanstalt) vorsteht. Die Manager, die für *Stadt und Land* in Lichtenberg und Treptow zuständig sind, heißen Michael Böttcher und Peter Topell.

Flughafenstr. 1, 15, 38 und Mainzerstr. 42
Gehören *Stadt und Land*. Die 15 wurde vor kurzem mit öffentlichen Mittel modernisiert.

Flughafenstr. 31, 33, 35, 37, 39 und Reuterstr. 95
Dieser Häuser-Block gehörte zuerst *Stadt und Land*, die verkauften ihn dann an Grund-Wert. Als diese nicht so modernisieren konnte wie sie wollte, verkaufte sie an Imcon. Die haben jetzt mit knallharten Methoden mit der Modernisierung angefangen. Die Miete soll dann auf das Doppelte steigen. Durchsetzen konnte dies der Geschäftsführer von Imcon, Peer Treyde, der auch noch gleichzeitig Treuhänder des Senates ist.

KünstlerInnenkolonie
Wissmannstr. 19 und Remise Hermannstr. 22. Hier baut *Stadt und Land* gerade an der KünstlerInnenkolonie für 10 KünstlerInnen wo vorher Wohnraum für ca. 30 Menschen existierte. Am 27.4.90 wurde die Wissmannstr. 19 besetzt, um diese Wohnraumvernichtung zu verhindern, da die Besetzung nach 4 Stunden durch Bullen beendet wurde, konnte das Ziel nicht erreicht werden.

Karl Marx Str. 80
Hier steht das Hinterhaus leer.

Karl Marx Str. 135, 137, 139
Diese Häuser gehören *Stadt und Land* und sollten nach alten Plänen zugunsten eines Kaufhauses abgerissen werden. Der ausgesprochene Denkmalschutz für die Häuser 135 und 139 verhinderte den Abriß. Aus Rache ließ *Stadt und Land* die Häuser seit 1987 leerstehen, seit einem halben Jahr wird darin gearbeitet.

Karl Marx Str. 144, 160
Gehören *Stadt und Land.*

Haus- und Grundbesitzerverein
Kienitzerstr. 12. Der Haus- und Grundbesitzerverein Neukölln ist einer der aktivsten Hausbesitzervereine in Berlin. Aufgabe dieser Vereine ist es, die Belange der Hausbesitzer, d.h. Mietausbeutung und Spekulation, gegenüber den politisch Verantwortlichen durchzusetzen. Die Chefs des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Berlins (Potsdamerstr. 143, 1-30) heißen Michael Kirchwitz und Dieter Blümmel.

Rollbergviertel
Hier vernichtete *Stadt und Land* ein traditionelles ArbeiterInnenviertel mit einer gewachsenen Widerstandskultur. Von über 5200 Wohnungen die hier vorher standen, wurden nur 2300 neue Wohnungen in häßlichen Betonklötzen geschaffen.

Löwenbräu Brauerei
Gehörte mal *Stadt und Land* und steht seit 8 Jahren leer. An diesem Projekt scheiterten 3 führende *Stadt und Land* Manager (Blasek, Benger und Schakow). Warum? Hier geschah eher das Unübliche, nämlich daß sich diese 3 Figuren bei der Kassierung von öffentlich geförderten Schmiergeldern erwischen ließen. Durch den Skandal kaufte das Bezirksamt das Gelände und jetzt entsteht hier ein CDU-nahes Internationales Begegnungszentrum. Die Villa auf dem hinteren Teil des Geländes steht als Baubüro getarnt seit zwei Jahren leer.

Wissmannstr. 13
Stadt und Land Haus. Stand längere Zeit leer. Hier wurde das Hinterhaus abgerissen.

Wissmannstr. 8, 11, 18, 24, 25, 26, 27
Allesamt *Stadt und Land* Häuser. Die Häuser 16, 24 und 25 wurde vor kurzem mit öffentlichen Mittel modernisiert.

Hermannplatz
Repräsentatives Herz Neuköllns und Hochburg des *Stadt und Land*-Leerstandes. Die geputzten Fassaden der Häuser Karl Marx Str. 1 und 3, sowie Hermannplatz 1 täuschen darüber hinweg, daß dort alles leersteht und dies schon seit 1988. Das Haus Hermannplatz 6 stand 3 Jahre leer. Im Januar 90 und im Juni 90 machten (Schein)Besetzungen darauf aufmerksam. Die Häuser Sonnenallee 1 und 3 stehen auch schon eine geraume Zeit leer - auch *Stadt und Land* Häuser.

Hotel in der Hermannstr.
Auf dem Gelände des Kindl Parkplatzes an der Hermannstr. soll ein "repräsentatives" 3 Sterne Hotel entstehen. Bauen will dies die Bauwert AG, ein neuer Stern am Spekulantenhimmel, die ihr Geld durch Luxusmodernisierungen und Neubauten verdienen.

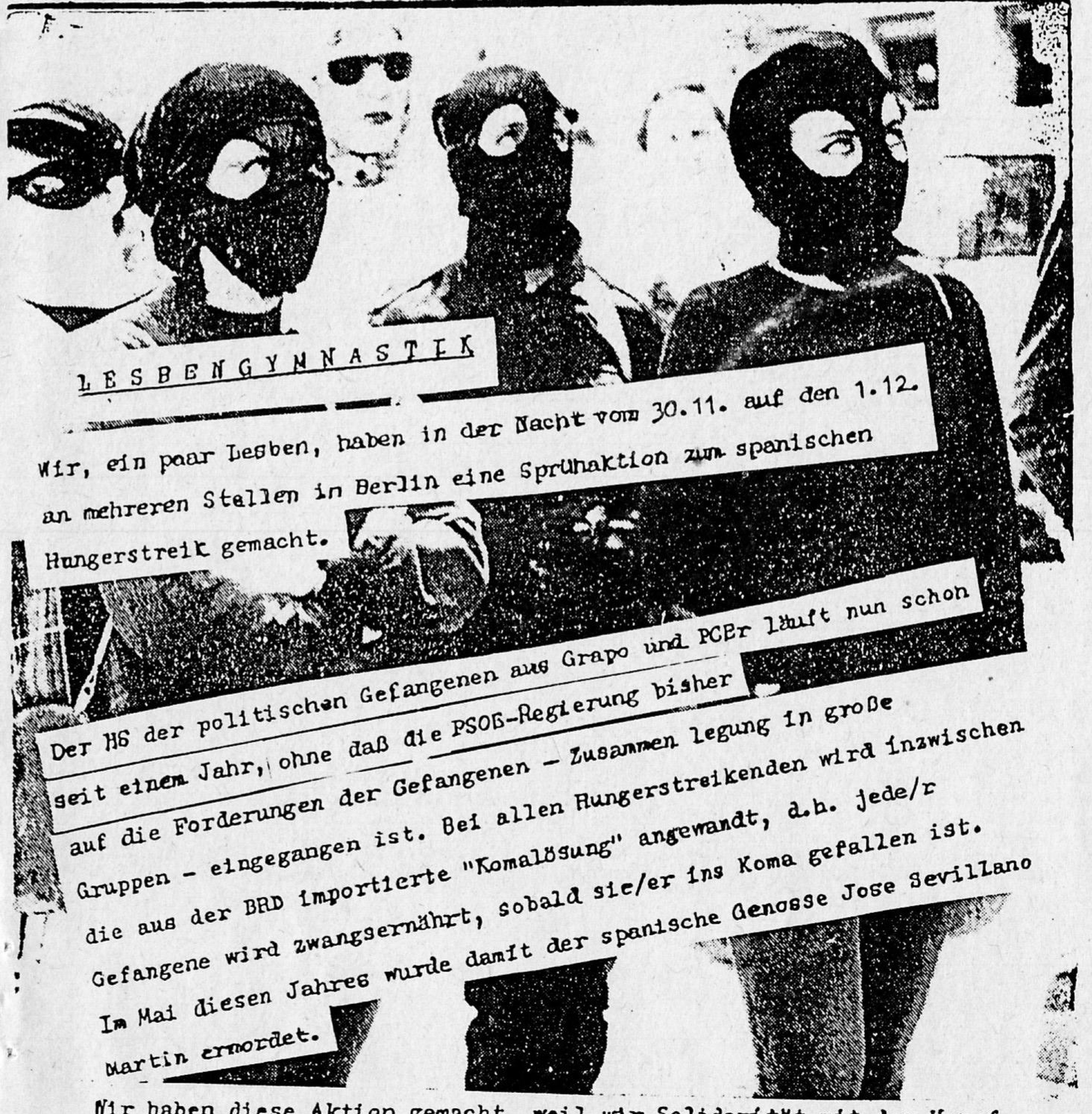
Weisestr. 48 , Groth und Graalfs
Hier halten die Spekulanten Groth und Graalfs weiter am Abriß dieses Hauss fest. 15 Wohnungen stehen dort mittlerweile leer. Auch das Haus Leinestr. 57 soll wohl abgerissen werden, entmietet wurde es schon fast vollständig. Groth und Graalfs will auch hier einen profitträchtigen Neubau hinklotzen.

Ansonsten ist Groth und Graalfs ins Absa(h)nierungsgeschäft in Potsdam eingestiegen und beteiligt sich am Bau des World Trade Centers am Klingelhöfer Dreieck. Oder sich betreiben gerade MieterInnenvertreibung wie in der Lüdecke-Siedlung in Marienfelde. Dort sollen die MieterInnen gehen, damit Groth und Graalfs dort eine Gewerbeansiedlung bauen kann. Für ein persönliches Gespräch stehen bereit Klaus Groth, Furtwänglerstr. 23 und Dieter Graalfs, Hagenstr. 51a in 1-33.

Volxsport

Wir haben in der Wahlnacht (2./3. Dezember) ein Tagesspiegel-büro in Neukölln mit Steinen und Buttersäure geplättet!!
Zum einen wollen wir dies als Warnung an den Tagesspiegel sehen, welcher wie andere Medien Sprachrohr der Bonzen und Politiker ist und Lügenpropaganda liberal verkleidet abdruckt. (Mainzerstr!). Er bereitet hiermit den Boden für die Hetze gegen Hausbesetzer und die autonome Linke vor.
Zum anderen wollen wir alle Menschen, die die Kacke hier ankotzt auffordern, loszulegen und (wieder) aktiv zu werden, damit sie uns jetzt nicht alle plattmachen, egal ob die CDU 50% oder 98,8% der Stimmen bei einer Wahl kriegt.
Seid kreativ und bildet (Jugend-)Banden!!!!
Dies war nicht unser letzter Beitrag zur Medienhetze und zur Wahl der Schwachköpfe!!!

Kämpfende Einheit
"Mohamed Ali"
Sektion Berlin-West




LESBENGYMNASTIK

Wir, ein paar Lesben, haben in der Nacht vom 30.11. auf den 1.12. an mehreren Stellen in Berlin eine Sprühaktion zum spanischen Hungerstreik gemacht.

Der HS der politischen Gefangenen aus Grapo und PCEr läuft nun schon seit einem Jahr, ohne daß die PSOE-Regierung bisher auf die Forderungen der Gefangenen – Zusammenlegung in große Gruppen – eingegangen ist. Bei allen Hungerstreikenden wird inzwischen die aus der BRD importierte "Komalösung" angewandt, d.h. jede/r Gefangene wird zwangsernährt, sobald sie/er ins Koma gefallen ist. Im Mai diesen Jahres wurde damit der spanische Genosse Jose Sevillano Martin ermordet.

Wir haben diese Aktion gemacht, weil wir Solidarität mit dem Kampf der hungerstreikenden Gefangenen wichtig finden, weil ihr Kampf nicht abseits von unserem steht, sondern auch direkten Einfluß auf die Kämpfe und deren Bedingungen hier in der BRD hat. Zum anderen halten wir es für notwendig, die vom spanischen Staat verhängte Nachrichtensperre zu durchbrechen.

ZUSAMMENLEGUNG DER SPANISCHEN GEFANGENEN AUS GRAPO UND PCE(r)
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND
ZUSAMMENLEGUNG ALLER GEFANGENEN GEMEINSAM DURCHSETZEN



Wir gehen nicht in ihre Betonsilos
WIR BLEIBEN HIER

wir haben uns heute mit der räumung von schicki-kneipen durch "übelriechende essenzen" gegen die strukturelle gewalt in berlin zur wehr gesetzt.
seit langem und seit der öffnung der mauer verschärft, versuchen stadtplaner, wohnungsbaugesellschaften, spekulanten + yuppies uns aus den zentral gelegenen stadtteilen zu drängen.
was für sie kapitalistischer alltag ist, ist für uns gewalt: zwangsräumung, verschuldung, wohnungslosigkeit, wegzug in die betonghettos...
das ist der preis, den wir für ihren profit zu zahlen haben.

ES REICHT!!
spekulanten, stadtplaner + andere einzelpersonen/institutionen, die bewusst oder unbewusst das geschäft der yuppiefizierung betreiben, brauchen nicht zu glauben, dass sie ihrem "job" auf dem rücken anderer weiter unbeschadet nachgehen können. WIR SCHLAGEN ZURÜCK!
es gibt viele formen möglicher gegenwehr: von der organisierung von mieterinnen bis zu prügeln für spekulanten + brandanschlägen auf edelkaufhäuser ist für jede/n was dabei.

wir möchten abschliessend betonen, dass es uns nicht darum geht, den geschmack anderer menschen zu beurteilen. wir haben unsere ziele nicht nach der einrichtung ausgewählt, sondern danach, ob eine kneipe sich preismässig an yuppies richtet bzw. eine schweinische vorgeschichte hat. diese kneipen sind rädchen der maschine, die uns herausdrängt.
aber wer uns räumt, den räumen wir.
heute nacht traf es:
- kühler grund (wg erkel) am erkelenzd.
- abendmahl (wg yuppie)/muskauer

WIR NEHMEN UNS UNSERE KIEZE ZURÜCK!!
VON GEGENMACHT WIRD NICHT MEHR NUR GEREDET!!

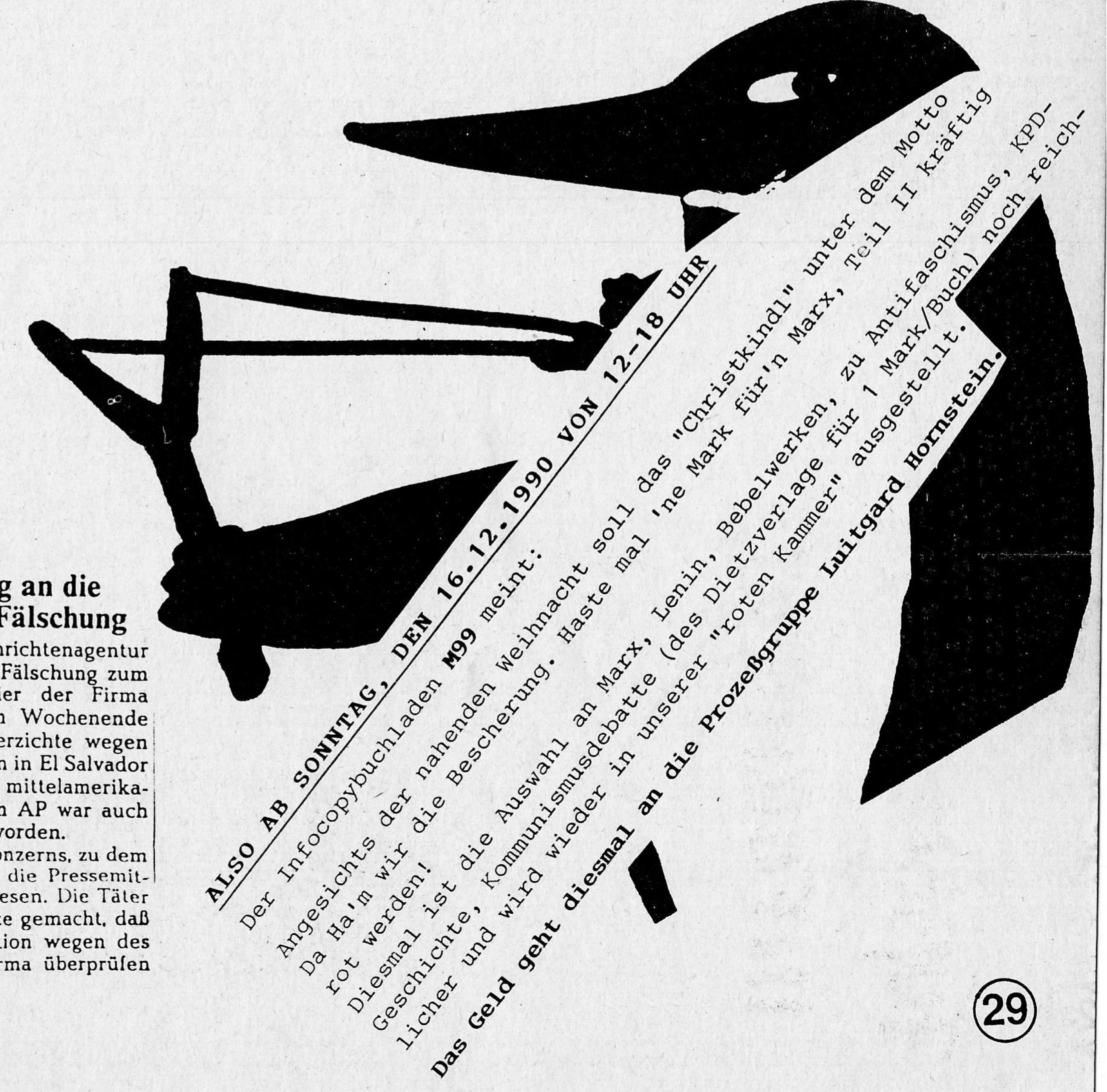
WIR BLEIBEN/KOMMEN WIEDER

Grüsse an die mainzerinnen, die erkels + en HAFEN

autonome gruppen

Wir haben uns in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember 1990 an der Schlange der Wohnungssuchenden vorbeigedrängelt, sind bei Burgert Neue Bauhütte (BNB) unter den Eichen 28 in Berlin-Steglitz eingedrungen und haben dort zwei Brandsätze abgelegt. Dank 30 Litern Benzin ist der 2. Stock, vollgestopft mit Akten und Computern, weitgehend ausgebrannt.
Die BNB ist die Baufirma, die mit den Sanierungsarbeiten in den ehemals besetzten Häusern in der Mainzerstraße begonnen hat. Sie führt damit die schmutzigen Geschäfte des Berliner Senats zuende, der die Mainzerstraße durch brutalen Polizeiterror hat räumen lassen. Die Herrschenden können es nicht ertragen, daß Menschen selbstbestimmt wohnen und leben wollen.
Berlin soll herrschaftsgerechte und widerstandslose Haupt- und Olympiastadt werden. Um das durchzusetzen, gehen sie mit Scheinverhandlungen, Duldung von Faschoterror, jeder Art von Gängelung, Knüppeln, Tränengas, Blendschockgranaten, Schußwaffen, Sondereinsatzkommandos und ihrer gesamten korrupten und verlogenen Politikermafia vor. Am Ende kommen dann die Baufirmen und müßen nur noch ihr "normales Geschäft" verrichten.
Aber nicht mit uns!
Keine Firma, die an diesem dreckigem Geschäft verdienen will, soll sich einbilden, daß das nicht gefährlich sein kann.
Wir fordern die BNB auf, ihre Zentrale zu sanieren und die Arbeiten an der Mainzerstraße einzustellen!
Außerdem:
Rückgabe aller geräumten Häuser!
Einstellung aller Strafverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen!
Hände weg von den besetzten Häusern und vom Hafen!
Die Häuser denen, die drin wohnen!
Grüße an alle kämpfenden Gefangenen!

Autonomer Bastelverein für den Erhalt besetzter Häuser



Dallmayr-Mitteilung an die Agentur AP war eine Fälschung

Frankfurt a. M. (AP). Die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) ist einer Fälschung zum Opfer gefallen. Auf Briefpapier der Firma Dallmayr war der Agentur am Wochenende mitgeteilt worden, Dallmayr verzichte wegen der Menschenrechtsverletzungen in El Salvador künftig auf Kaffee aus diesem mittelamerikanischen Land. Die Meldung von AP war auch in dieser Zeitung abgedruckt worden.

Eine Sprecherin des Nestlé-Konzerns, zu dem Dallmayr gehört, sagte gestern, die Pressemitteilung an AP sei gefälscht gewesen. Die Täter hätten sich den Umstand zunutze gemacht, daß die Agentur die Falschinformation wegen des Wochenendes nicht bei der Firma überprüfen konnte.

ANTIFASCHISTISCHE FUßBALL - FAN - INITIATIVE INFORMIERT:

Samstag 15.12.90
18 Uhr — Boxhagner Str.98 Bln.-F'hain

U-BHf. Samariterstr.

ERSTES ÖFFENTLICHES TREFFEN DER
ANTIFASCHISTISCHEN FUSSBALL FAN INITIATIVE BERLIN

Seit kurz nach der Fußball-WM sitzen wir, ein paar Leute, zusammen und diskutieren, ob es möglich ist, auch hier in Berlin ein Projekt, wie es es z.B. schon in Hamburg gibt (St. Pauli-Fans gegen Rechts) ins Leben zu rufen. Wir sind Fans unterschiedlichster Berliner Vereine und wollen deshalb eine Fußballfaninitiative, in der die Fans aller Berliner Vereine vertreten sein können. Es geht uns dabei darum, mit möglichst vielen Fans und Fangruppen zusammen zu reden, uns gemeinsam zu organisieren und unsere Interessen als Fußballfans zusammen besser zu vertreten und durchzusetzen. Z.B. denken wir, so etwas wie der Mord in Leipzig geht uns alle an. Z.B. wollen wir auch über die zunehmende Repression in und um die Stadien gegen uns Fans (Käfige, Personalienkontrollen, Videoüberwachung, Einsatz der Schußwaffe und scharfer Hunde etc.) reden. Uns als Antifaschisten ist natürlich auch eine antifaschistische Diskussion und Organisierung in und um die Stadien herum wichtig. Auch eine Auseinandersetzung über manche arg platten Antifa-Thesen betreffs Fußballfans z.B. " Alle Hools sind Nazis, denen man auf's Maul hauen muß". Wir meinen, AusländerInnenhaß und Neofaschismus haben bei uns nichts zu suchen, suchen aber auch den Kontakt zu allen an einer Auseinandersetzung interessierten Hool- und Fangruppen. Bis jetzt lief das über eine gemeinsame Organisierung zum Hertha-St. Pauli-Spiel über Info-Stände, Teilnahme an Fußballturnieren, Kontakte zu anderen Faninitiativen und Fanclubs...
Um jetzt einmal mit allen Interessierten öffentlich weiterzudiskutieren, wollen wir uns am Samstag 18 Uhr treffen.
(NATÜRLICH GIBTS ZWISCHEN 18 UND 19 UHR ERSTMAL DIE SPORTSCHAU)
Reden wollen wir über gemeinsame Vorstellungen, die Organisierung eines Fußballfan-Turniers, Organisierung gemeinsamer Fahrten zu Auswärtsspielen u.a.
Also schaut mal rein! Bis dann!

A.F.F.I.

Wer erinnert sich noch an Mahmud Azhar?

Anfang dieses Jahres war Mahmud eines der ersten Opfer des wachsenden Nationalismus und zunehmenden Rassismus. Nahe der Übergangstelle Ostpreussendamm/Teltow wurde er von einem (DDR)-Bürger angegriffen und niedergeschlagen. Er starb wenige Wochen später an den Folgen der Verletzungen. Mahmud kamm aus Pakistan und war Student an der FU-Berlin.

Die Hoffnungen auf mehr Freiheit und Freizügigkeit nach der Öffnung der Mauer verwandelten sich für einen Teil der Bevölkerung Berlins in einen Alptraum. Ost-Berlin und Teile West-Berlins sind v. a. für ImmigrantInnen, Flüchtlinge und schwarze Deutsche faktisch zum gesperrten Gebiet geworden. Rassistische Beschimpfungen und tätliche Angriffe von Neo-Faschisten, Skinsheads und von ganz "normalen" BürgerInnen und die letzliche Mittäterschaft der passiven ZuschauerInnen sind Altag geworden.

"Deutschland den Deutschen" und "Ich bin Deutsch, du hast hier keine Rechte" rief der Täter Mahmud zu. Diese Sätze sind nicht Aussagen "eines isolierten Einzelnen"; sie werden immer deutlicher zur Grundlage deutscher Politik.

Sei es bei dem Wahlkampf von CDU und REPs, die gezielt rassistische Stimmungsmache betrieben haben, dem Urteil des BVerfG gegen das "Ausländerwahlrecht", mit dem es das Wahlrecht von der "richtigen", nämlich deutschen Abstammung abhängig gemacht hat. Am 2.12. wurde gerade wieder 5 Millonen hier lebenden Menschen das elementare Grundrecht auf Wahlbeteiligung verweigert, oder dem neuen Ausländergesetz, durch das generell die hier lebenden "Nicht-Deutschen" zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden.

Der Fall Mahmud Azhar ist einer der wenigen von vielen, die überhaupt vor Gericht gebracht werden. Der Täter wird angeklagt wegen Körperverletzung mit Todesfolge, Beleidigung und Hausfriedensbruch. Noch ist unklar, ob das Gericht wirklich versuchen wird, den rassistischen Hintergrund der Tat aufzuklären, oder ob es sie -wie üblich- als "bedauerlichen Einzelfall" verharmlosen und die rassistichen Motive ignorieren wird. Wir dürfen den Prozeß nicht unbeobachtet vorbei gehen lassen.

Kommt deshalb alle zum Prozeß
am 17. und 20. Dezember
im Saal 500,
Landgericht Moabit.

Schaut nicht weg- greift ein!!

AufruferInnen: Mahmud Azhar Kommite, Antirassistische Inisiative, "Ausländer"Innen-Referat AStA-FU, Antifa-Kontakstelle (AStA-FU), Oromo-Zemtrum.

ViSdP: Ali Akbar, Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33

WAFFEN" FÜR DIE exDDR

Der Aufruf " WAFFEN FÜR EL SALVADOR " ist ja hinlänglich bekannt, und es wird schon seid Jahren Solidarität mit dem nach Freiheit strebenden salvadorianischen Volk geübt. Mensch ist bereit und spendet Geld und Sachen an ein Volk, das tausende Kilometer entfernt lebt, was natürlich in Ordnung geht. Denn dort sind die Menschen ständig den Agressionen faschistoider Militärs ausgesetzt, und ständig wird dort ihr Leben bedroht.

WARUM NUN DIESES FLUGBLATT?
Ein "Land " bzw. eine Stadt entwickelt sich nach Rechts!!

Irgendwo in der Welt gewinnt " Doitschland " die Fussball-WM und im kleinen Städtchen Frankfurt(Oder) bekommen Bierbäuche wieder mal den Nationalrausch.

- Knapp 300 dieser Typen (unter ihnen ca.50 Neonazis) beenden ihren Fernsehabend mit einer Kraftprobe vorm " Alternativen Kultur-Wohnprj. JETZT " in Frankfurt(Oder) versuchen, es zu stürmen. Die Leute im Haus signalisieren " gefechtsbereit ", verhindern schlimmeres, naja und die paar Bullen stehen blöd rum.
- der grosse Auftakt und nun schon wöchentlich kleine Zusammenstösse mit Faschos, begleitet durch Brandanschläge und Überfälle aufs" JETZT " Der Hass wird stärker, Skrupel verschwinden.
- Hardcore Konzert im " JETZT " (das erste richtige Konz.), doch'ne Handvoll Faschos schmuggeln sich ins " JETZT ", werden erkannt und rausgeschmissen; wenig später, die erste Band ist fast vorbei: Faschoüberfall, ca.40 Rechte (vorw. Faschoskins) versuchen das " JETZT " zu stürmen - Steine, Mollys, Pyros - doch, oh staune, die Bullen, halbwegs fit, knüppeln, den Faschohaufen auseinander. Das Konz. musste jedoch abgebrochen werden.

Faschohaus Frankfurt/O

Die Aggresion wächst stetig.

- weiterhin Zusammenstösse; und Verletzte, (Punk wird die Schulter zerschlagen)
- Fussballspiel FCV - Dresden, ca. 300 Faschoskins sind in der Stadt, machen Randale, schlagen eine PDS Kundgebung auf, eine neue Qualität des Faschoterrors kündigt sich an. Skinheads und Faschos aus Berlin und Bezirk Frankfurt(Oder) treffen sich in unserer Stadt.
- 3. Oktober, Überfälle auf polnische Autos, Faschos provozieren am " JETZT ", werden mit Farbeiern und Steinen vertrieben.
- das" JETZT " zerfällt - Ursache: Alkohol, Hass, Aggression, Leute springen ab, trotzdem weiter, Arbeit in der Gruppe (Kultur noch nie viel praktiziert; wird gestrichen, Antifa ist angesagt, es geht ums Überleben).
- dafür besetzen die Faschos zum zweiten mal ein Haus,
- das " JETZT " ist Tod, und unsre Gruppe weicht in "unser " Mietshaus(mehrere WGs, wenige Normalmieter, leerstehende Wohnungen) aus.
- der Terror geht weiter, aber jetzt auf unsere Mietswohnungen und Schlag auf Schlag, Woche für Woche.
  Immer das gleiche Schema: eingerammte Haustüren, Schiesserei im Hausflur(mit CS- Gaspistolen), Steine fliegen in die Fenster, Pyros und das alles geg. 2 Uhr früh, ausschlafen ist unmöglich. was tun die Bulln NICHTS. Nehmen einen fest (Sorte Bierprollfascho) und lassen ihn wieder laufen, keine Anzeige-nichts.
- Psychische Spannung wächst, die ersten resignieren, werden ausziehen, unsere finanziellen Mittel sind erschöpft, die Kosten für Tür und Wohnungssicherung bzw. Widerstandsmaterial fressen uns auf, die Schäden wollen repariert sein.
- doch nicht nur unsere WGs sind dran, einer Antifaschistin wird auf offener Strasse die Schulter zerkloppt, Kumpels von uns niedergeschlagen, aus Autos heraus wird auf uns geschossen (mit CS-Gas).

So wie uns, geht es vielen Antifa Gruppen - Antifas in der ges. ehemaligen DDR. Das wir ohne eure Solidarität bzw. Spenden auskommen würden, wäre reine Selbstüberschätzung und wahrscheinlich unser " Untergang ". DARUM HELFT UNS IN UNSEREN ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF! Überlassen wir den Nazis nicht diese Stadt - keine Stadt !! Gebraucht werden: Geld," Waffen ", Infomaterial, Antifaplakate, Farbspray, Feuerlöscher, Ideen und natürlich eure persönliche Solidarität (schreibt uns, kommt vorbei).!!!

SPENDEN, POSTSENDUNGEN AN: C. Fischer, Grüner-Weg 16
1200 Frankfurt(Oder)

Wir hoffen auf eure Solidarität, DANKE !
Autonome Antifa Frankfurt (Oder)



Was wird aus dem AK?

Daß sich ein beträchtlicher Teil des KB seit einigen Monaten in PDS-Politik versucht, hat sich herumgesprochen. Daß sich ein anderer Teil des KB von der PDS-Option abgrenzt, um eine Neuformierung radikal linker Opposition voranzutreiben, dürfte zumindest den AK-LeserInnen bekannt sein. Daß beide Positionen nahezu gleichstark in einer Organisation vertreten s... ist wenig erstaunlich: Warum sollte es im KB anders zugehen, als bei der übrigen sich systemoppositionell verstehenden Linken? Und wie könnte in solchen Zeiten der AK seiner Funktion besser gerecht werden, als durch Veröffentlichung kontroverser, zum Teil auch gegensätzlicher Standpunkte? Mit jenem innerlinken Pluralismus soll es nach dem Willen relevanter KB-Kreise offenkundig ein Ende haben:

• Am 24. November 1990 wurde in einer 70-köpfigen, bundesweit besuchten Versammlung der sogenannten KB-Mehrheit der Beschluß gefasst, sich nicht nur organisatorisch, sondern auch publizistisch von der PDS-kritischen KB-"Minderheit" zu trennen.

• Vorschläge, die Optionen für eine Weiterherausgabe bzw. Ablösung des AK in Ruhe zu prüfen, hatten keine Chance. Durchgestimmt wurde nach der "bewährten", bei kommunistischen Organisationen leider nicht unüblichen Devise: Erstmal raus mit ihnen, danach sehen wir weiter.

• Bemerkenswert auch der Zeitpunkt jener Entscheidung: Anstatt die Wahlen abzuwarten und zu prüfen, ob anschließend nicht eine etwas entspanntere Debatte im KB möglich sein wird, kam es den Initiatoren jener Sitzung gerade darauf an, die Entscheidung zur Spaltung des KB und des AK noch vor den Reichstagswahlen durchzustimmen.

• Die Durchführung des für Anfang 1991 turnusmäßig anstehenden KB-Kongresses, dem allein die Entscheidung über die Zukunft der Zeitung obliegt, wird von den Betreibern jener Trennung für überflüssig erklärt, bzw. an die Bedingung einer vorherigen Einigung auf Basis ihrer Vorstellungen geknüpft.

Es gibt nicht wenige im KB, die von diesem Beschluß und der Art seines Zustandekommens entsetzt sind - wir gehören dazu. Wir machen unsere Einschätzung über den Stand und die Zukunft des AK öffentlich, weil wir mit vielen zusammenarbeiten, die für den AK schreiben und recherchieren, weil es die "Minderheiten"-VertreterInnen in der Redaktion noch gibt und weil wir nicht stillschweigend zusehen wollen, wie eine Zeitung liquidiert wird, deren Bedeutung über den engen KB-Rahmen hinausweist. Darüberhinaus sind wir als (noch) im KB angesiedelte politische Strömung daran interessiert, auch mit anderen über die strukturellen Abläufe fortschrittlicher Politik zu diskutieren und die offenkundig noch nicht überlebten Desaster einer ML-Periode aufzuarbeiten.

Kann auf den AK verzichtet werden? Gewiß, aber es wäre ein Verlust. Immer noch ist dem Blatt anzumerken, daß es nicht von "Autoren" gemacht wird, sondern von Menschen, die auch praktisch-politisch intervenieren. Immer noch erfüllt es gerade wegen seines linkspluralen Konzepts für das Spektrum radikaler Linker eine Funktion, die von anderen Zeitungen nicht ohne weiteres übernommen werden kann. Kurz: Wir halten die weitere Herausgabe dieser Zeitung für angebracht, solange sie - bei Widerspiegelung realer Bewegungen und Diskussionprozesse links von der SPD - auf einem nichtreformistischen und antistaatlichen Grundkonsens basiert und ihr gegen den eigenen Imperialismus konzentriertes Profil beibehält; solange sie an der kritischen Solidarität mit allen Spielarten antikaptialistischer Rebellion festhält und für die Debatte über die Zukunft revolutionärer Politik (von PDS und Linksgrünen bis zur RAF) als Plattform und Scharnier noch etwas taugt.

Wenn sich heute jene KB-Mehrheit den linken KB-Flügel gerade in der Publizistik vom Hals halten will, soll damit aber gerade der Zweck erfüllt werden, die Zielgruppe und Profil jener Zeitung nach rechts zu verschieben.

Die vorbereitenden Papiere jenes Trennungsbeschlusses sprechen eine klare Sprache:

Der KB könne es sich nicht länger leisten, "sein eigenes sektiererisches Zerrbild" - gemeint ist der "Minderheiten"-Flügel - "als siamesischen Zwilling mit sich herumzuschleppen und damit Menschen abzuschrecken, um die wir eigentlich politisch werben müßten." Deshalb müsse "die Spaltung vor allem auf der Ebene der Publizistik erfolgen....Jedenfalls ist es für uns von zentraler Bedeutung, eine selbstbestimmte Zeitung zu machen, in der uns nicht die Minderheit mit dem Arsch wieder umreißt, was wir aufzubauen versuchen." Es gehe darum, "den Absatz zu steigern - insbesondere mit Blick auf künftige LeserInnen in der DDR". Die neue Zeitung müsse "ihre Klientel rechts von uns suchen - sowohl was die Auseinandersetzung angeht, als auch von der Agitation her", heißt es in einem anderen Papier, wie sich auch insgesamt - so ein dritter Autor - "die Mehrheit als Konsequenz aus der Spaltung neu verorten (wird). Im wesentlichen liegt der Standort in einer kritischen Begleitung der PDS und all dessen, was sich um sie herum neu gruppiert."

Offenkundig halten es die Protagonisten der PDS-Option im AK für nicht ausreichend, wenn - wie in den letzten Monaten - nur in Einzelartikeln des AK etwa in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts herumlaviert und eine weitgehend unkritische Präsentation der PDS und ihrer Politikangebote mit einer Pauschalabgrenzung von den Ansätzen der Radikalen Linken verkoppelt wird: Jene Linie soll nach Möglichkeit die Gesamtlinie des AK bestimmen. Offenkundig betrachtet man es als ein Handicap, wenn alle beiden Pole, an denen sich fortschrittliche Menschen augenblicklich orientieren, in der AK-Redaktion vertreten sind: Die "Sektierer" sollen gehen.

Wir meinen, daß derzeit weder die PDS, noch die RL noch die Autonomen ein Konzept anzubieten haben, daß aus der Krise linker Politik herauszuführen und den Widerstand gegen Großdeutschland wirksam voranzutreiben vermag. Wir haben es immer abgelehnt, den AK auf eine jener Optionen "vereinheitlichen" zu wollen, und dafür plädiert, die Existenz unterschiedlicher politischer Ansätze und den damit verbundenen Diskussionsbedarf anzuerkennen.

Wir betrachten es als groteske Verwechselung der Epoche

- wenn nunmehr politische Widersprüche mit innerorganisatorischem Kahlschlag gelöst werden sollen, zumal im Kontext einer Partei, die den demokratischen Sozialismus im Namen trägt;
- wenn suggeriert wird, man sei mit derartigen Kahlschlägen in der Lage, aus der Krise der Linken eine Perspektive zu formen;

- wenn so getan wird, als sei der aktuelle Bedarf an radikal linker Infrastruktur gering genug, um zugunsten der PDS-Option selbst die Zerstörung der eigenen politischen Zusammenhänge und des AK in Kauf zu nehmen.

Einigermaßen ratlos sind wir, wenn es darum geht, die Frage zu beantworten, wie es bei allem "undogmatischen Image" des KB und dem Profil des AK zu solch einem Beschluß überhaupt hat kommen können.

Abgesehen von der "Zumutung", daß der laufende AK sowohl die Wahl der PDS also auch die Ablehnung der Reichstagswahl zur Debatte stellt, kann ein "Skandal" aus dem Inneren der Apparate nicht vermeldet werden. Redaktionsintern hatte man uns in den letzten Monaten hinsichtlich der Zusammenarbeit weder eine dezidierte Kritik, geschweige denn die Ankündigung einer Trennung zur Kenntnis gebracht.

Es kommt hinzu, daß über die Ratio der politischen Standort-Verschiebung die Diskussion - KB-intern oder AK-öffentlich - noch nicht einmal begonnen hat: Will man sich nach dem RgW-Zusammenbruch in Anlehnung an den Eurokommunismus strategisch neuorientieren? Oder wird nur eine bestimmte Bündnisstrategie verfolgt? Und falls das Letztere zutrifft: Welche Chancen werden darin gesehen, welche Erwartungen damit verknüpft? Und worin liegt die Notwendigkeit der Ausgrenzung der Radikale Linken-Option?

Daß hierüber eine ausformulierte Vorstellung der KB-Mehrheit nicht einmal in Ansätzen existiert, verleiht dem Trennungsbeschluß des 24.11. ein Element der Irrationalität. Nach unserer Einschätzung kommt darin zweierlei zum Ausdruck: Einerseits eine Tendenz zur Selbstzerstörung und Resignation angesichts der aktuellen Perspektivlosigkeit linker Politik; andererseits der unreflektierte Rückgriff auf die bürgerlichsten Elemente von ML-Kultur: Parteisoldatentum und Linientreue, das Denken in monolithischen Mustern statt in Widersprüchen und der Aberglaube, durch das Aus- und Rausmachen von Sündenböcken ein Problem gelöst zu haben. Die Mentalität, die zu derartigen Beschlüssen führt, dokumentiert - gänzlich unfreiwillig - ein langjähriger AK-Mitarbeiter in einem Positionspapier wie folgt:

"Meine eigenen Erfahrungen ... mit einem Teil der Redakteure der sog. Minderheit lassen eine Spaltung durchaus nicht als unausweichlich erscheinen ... Wenn ich mich hier also für die Position der Redakteure der sog. Mehrheit erkläre, dann geschieht dies auf dem nicht so sicheren Boden bisheriger Erfahrungen mit diesen Genossen und dem daraus resultierenden Vertrauen, daß sie in aller Verantwortlichkeit für den KB nach sorgfältigster Prüfung für eine Trennung der Strömungen votiert haben."

Jene Bereitschaft, der politischen Führung auch dann zu vertrauen, wenn die eigene Erfahrung deren Entscheidung hohnspricht: Gehört sie nicht zum Elend der Geschichte kommunistischer Bewegungen? Und trägt ihre Verlängerung in eine Gegenwart, die von einer umfassenden Orientierungskrise kommunistischer Politik geprägt ist, nicht alle Züge einer Farce? Die "Minderheiten"-Strömung im KB hat sich auch deshalb formiert, um derartige Mechanismen zu bekämpfen. Die Umstände der Entscheidung vom 24.11. sind kaum dazu angetan, uns den Abschied aus dem Noch-KB zu erschweren.

"Mehrheit" und "Minderheit"

Der "Minderheiten"-Flügel im KB hat seinen Ursprung in einem 1989 eskalierten Streit über die als verknöchert, personalifiziert und und undemokratisch empfundenen Strukturen im KB. Es ging um den Versuch, auf demokratischem Wege einen Generationswechsel zu vollziehen. Im Laufe dieses Jahres hat sich dieser Streit anläßlich der Wiedervereinigung und der Debatte um das sog. nationalen Selbstbestimmungsrecht enorm verschärft und den KB in zwei nahezu gleich große Lager entzweit. Während der eine Teil ("Minderheit") beides prinzipiell ablehnte und auf entsprechende Aktivitäten ("Nie Wieder Deutschland"-Demo in Frankfurt) orientiere, wurde dies von der "Mehrheit" kritisiert. Für die praktische Intervention seien nicht die GegnerInnen der Wiedervereinigung interessant, sondern jene, die sich in bestimmten Aspekten gegen die Wiedervereinigung stellen. (Vgl. die Thesen der "Mehrheit" in AK 317, S.30 und die Thesen der "Minderheit" in AK 319, S.37.)

Diese Differenz verschärfte sich, als im April 1990 die "Mehrheit" mit der absehbaren Westausweitung der PDS die Organisationsfrage für die Linke neu aufgeworfen sah, und sich zugleich von den "Radikalen Linken" scharf abzuwenden begann. In den letzten Monaten hatte sich der eine KB-Teil führend am Aufbau einer West-PDS beteiligt, während die "Minderheit" ihre Aktivitäten auf den Beförderung einer neuen linken Polbildung konzentrierte. Ein Teil von uns unterstützt diesen Prozeß innerhalb des Projekts "Radikale Linke", ein anderer orientiert sich unabhängig davon an der Entfaltung linker außerparlamentarische Praxis. Es sind allerdings weniger die Differenzen in den Politikoptionen, die den KB auseinanderreißen und den AK zu liquidieren drohen, sondern der Umgang damit.

Welche Relevanz hat jener Beschluß für die Zukunft des AK? Vorläufig keine! Selbstverständlich haben weder die KB-Leitung noch sonstwer ein Mandat, eine KB-Spaltung durchzuziehen. Hierüber kann alleine der für Anfang 1991 turnusmäßig einzuberufende KB-Kongress befinden. Gerade weil zu "befürchten" ist, daß unsere AK-Vorstellungen hier eine sehr große Mehrheit erhalten könnten - gerade deshalb wird schon jetzt damit begonnen, das (den Kongreß vorschreibende).Statut des KB für überholt zu erklären oder einen Kongress-Boykott anzukündigen. Die Basis derartiger Überlegungen ist der Umstand, daß sich KB-Vermögen und KB-Technik in der Hand jener sogenannten "Mehrheit" befindet. Ebensogut wäre denkbar, daß die Abhaltung jenes Kongresses mit exakt den gleichen Methoden vereitelt wird, die sich schon in der Herbeiführung des Trennungsbeschlusses als "erfolgreich" erwiesen haben.

Wir bestehen auf diesem Kongress, weil nur dort eine Trennung des KB besiegelt und mit qualifizierter Mehrheit über die Zukunft des AK entschieden werden kann: Neuorientierung des AK in Richtung PDS-Option? (Ohne uns) Neuorientierung des AK in Richtung Radikale Linke? Erhalt des derzeitigen AK-Profils als Dachprojekt beider ehemaliger KB-Strömungen (bei gleichzeitigem Versuch, die Herausgeberschaft schrittweise zu erweitern)?

Wie die Kontroverse am Schluß ausgehen wird, wissen wir nicht. Sicher ist nur, daß der AK nach erfolgreicher Herausdrängung des linken KB-Flügels nicht bleiben wird, was er ist. Eigentlich ist es heute notwendiger denn je, daß diese Zeitung für eine Diskussion um die Zukunft revolutionärer Politik noch weiter geöffnet, anstatt linienmäßig eingeengt wird. Auch deshalb sind wir dagegen, daß sie nun ausgerechnet jenen Saubermännern überlassen wird.

Aus den Reihen der KB-Minderheit sind einige über das Verfahren des 24.11. derart konsterniert, daß sie derzeit in die AK-Artikelarbeit keine Zeit mehr investieren, sondern den Ausgang der Kontroverse abwarten wollen. Wir können diese Haltung verstehen, werden sie uns aber gegenwärtig nicht zueigen machen. Wichtiger erscheint uns, daß sich diejenigen, die für oder mit dem AK gearbeitet haben und weiter arbeiten wollen, einmischen.

Corry, Klaus, Max., Sabine (AK-Redaktion)

Warum wir die Zeugenaussagen im Startbahnprozeß letzlich moralisch und politisch richtig finden...

in den letzten monaten haben im startbahnprozeß mehrere zeugen zu franks hoffmanns entlastung ausgesagt
- baldur opificius hatte mit seinen im dez. '87 gemachten ausagen frank schwer belastet. zwar hat opiuficius diese aussagen im prozess zurückgezogen, der senat scheint denoch daran festhalten zu wollen. in diesem zusammenhang hat ein zeuge andere falschaussagen von opificius nachweislich bestätigt.
- eichler behauptet, er hätte die bei ihm am 3.11.87 gefundenen handschuhe: an denen sich frische schmauchspuren befanden, frank ausgeliehen gehabt. ein mitbewohner von frank hatte jetzt ausgesagt, daß mehrere dutzend handschuhe aus einer bahnhofsversteigerung allen wohnungsmitgliedern zur jederzeitigen benutzung offen verfugbar waren.
- die schüsse am 2.11.87 sollen gegen 21 uhr gefallen sein. kurz darauf, so behauptet eichler, hatte frank ihn angesprochen und etwas (die waffe) in seinen rucksack gesteckt. ein zeuge hat jetzt ausgesagt, daß er auf dem betreffenden teil des rückwegs und damit über den entscheidenden zeitraum mit frank zusammen war. frank hat also weder geschossen noch eine waffe übergeben.
- ein tatzeuge hat jetzt ausgesagt, daß er den vermumten schützen angesprochen hat. dieser habe ihm geantwortet, daß er nur auf scheinwerfer schieße.da dieser zeuge frank hoffmann kennt, kann er mit sicherheit ausschließen, daß frank der schütze war. dagegen nimmt er an, daß es sich um eichler gehandelt habe. beschworen wolle er das allerdings nicht.

beide letztgenannten zeugen haben betont, daß sie lange zeit vergeblich darauf hofften, daß ihre aussagen uberflussig werden, indem eichler seine falschen belastungen zurücknimmt. bis in die schlußphase des prozesses hatten sie gewartet, jetzt jedoch sei der notwendige zeitpunkt gewesen, diese aussagen zu machen.

offensichtlich hat der startbahnprozeß mit diesen ausagen eine neue entwicklung genommen. art und umfang dieser aussagen wird sicher zu kontroversen diskussionen unter uns fuhren.
wir verstehen, wenn leute vor allem mit der letztgenannten aussage erhebliche probleme haben oder sie ganz ablehnen. wir selbst wollen unsere widersprüche zu diesem ausageverhalten nicht verschweigen, aber wir wollen auch begrunden, warum wir es für moralisch notwendig und letzlich auch politisch richtig halten, daß die zeugen ihre aussagen gemacht haben.
zum hintergrund müssen wir kurz skizzieren, wie andreas eichler sich seit seiner festnahme bis heute im prozeß verhalten hat:
nach seiner festnahme am 3.11.87 bis zum januar '88 hat eichler immer umfangreichere aussagen gemacht und frank darin immer schwerer belastet.
im januar '88 kam es auch (nach unwidersprochenen vorhaltungen aus den akten) zu »vertraulichen gesprächen« mit der baw, in denen es um strafnachlaß für »umfassende aussagen« ging. die baw wollte eichler allerdings nichts bieten.
im mai '88 veröffentlichte eichler eine erklärung, in der er seine aussagen vom januar »als ganzes« zuruckzog, mit dem relativierenden nachsatz, »auch wenn einzelne passagen richtig seien mogen«.
zu prozeßbeginn im februar '89 äußerte eichler in einer oberflächlichen erklarung, daß sich noch rausstellen würde, wer der verräter sei...
nach abtrennung der anderen angeklagten im februar '90 und dem eigentlichen beginn des »mordverfahrens« machte eichler dann erneut umfangreiche einlassungen und ließ sich befragen. jetzt nahm er konkret die aussage vom januar '88 zurück, nachder er frank hat schießen sehen und dieser ihm, als er ihm die waffe in den rucksack steckte, auch gesagt hätte, er (frank)habe geschossen.
der zum teil bis heute in der scene verbreitete eindruck,eichler habe damit seine belastung zuruckgenommen, ist falsch.eichler hat hier lediglich die aussagen zuruckgenommen,von denen ihm mittlerweile klargeworden war,daß er damit seine eigene verurteilung wegen »mittäterschaft« vorbereitet.allein diese taktisch-juristischen gründe führten zur rücknahme dieser aussagen. die anderen belastungen gegen frank hat eichler widerholt und sogar verstärkt. frank habe ihm den gegenstand (die waffe) in den rucksack gesteckt.ebenfalls die mit schmauchspuren behafteten handschuhen, die er ihm vorher ausgeliehen habe. zum übungsschießen, zum raub und zur aufbewahrung der waffe bis zum kauf eines waffenmagazins, das bei eichler gefunden wurde, in all diesen punkten macht eichler in neuen bzw. bestätigenden aussagen frank zum anstifter,hauptakteur oder auftraggeber.
damit war klar,und das blieb bis heute so: **eichler hat seine »verteidigungsstrategie« gegen frank festgelegt.** alle bemühungen und letzten hoffnungen, daß er seine belastenden aussagen gegen frank noch zurucknimmt, waren vergeblich.

wenn wir hiermit die initiative der zeugen rechtfertigen,dann ist unser ausgangspunkt, daß eichler nicht nur, wie bisher in der entsolidarisierung begründet,ein verräter ist.
eichlers ausagen zu den schüssen am 2.11.87 und die diesbezüglichen belastungen sind gelogen!

es gibt genung leute, die das wissen, und schon im mai '88 haben leute in einer an eichler gerichteten erklarung geschrieben: »..sei dir im klaren, daß du frank und andere in die erpressbare situation bringst. die belastungen zu widerlegen.«
zu den widersprüchen:
- unabhängig von einigen diskussionen und der kritischen bewertung von aktionen haben wir mal gesagt, daß wir uns an der gerichtlichen wahrheitsfindung nicht beteiligen, also der justiz nicht durch aussagen instrumente zur verurteilung in die hand geben (nach der »plattform autonomer gruppen zum 2.11. prozeß«, abgedruckt u.a. in unzertrennlich vom winter '88).die tatsache, daß frank für etwas den kopf hinhalten soll, was von allen startbahngegnern politisch für falsch gehalten wird, sehen wir als wichtigen faktor für eine in diesem fall abweichende bewertung von entlastenden bzw. belastenden aussagen. denn insgesamt steckt frank durch die nur als eiskalt zu bezeichnenden, fortgesetzten lügen eichlers in einer absolut unerträglichen situation.

- wir wissen, daß sich mit den aussagen gänzlich auf das terrain und die spielregeln der justiz eingelassen wird: daß die hoffnung darauf gesetzt werden muß, einen senat zu einer »beweiswürdigung« zu zwingen, der ein klar entgegengesetztes politisches interesse hat. baw und senat können eben trotz dieser entlastungen eine verurteilung von frank wegen beteiligung an den tötungen durchziehen. es gibt keinerlei garantie, daß der schritt der zeugen wirklich etwas bringt. trotzdem: es überwiegt die moralische verpflichtung, es wenigstens versucht zu haben.
- mit den aussagen wird eichler direkt und indirekt belastet. solche aussagen hatten wir in der obengenannten »plattform«, die vor dem prozeß erschien, ausdrücklich abgelehnt. wir haben oben kurz dargestellt, daß und wie eichler seine »verteidigungsstrategie« zurechtgezimmert hat. eichler setzt darauf, daß frank als täter verurteilt wird und hat damit selbst die konfrontationslinien gezogen. jede entlastung von frank wird damit automatisch zu einer belastung für ihn. eichler allein hat diese logik und die jetzigen konsequenzen zu verantworten.
- es ist möglich bis wahrscheinlich, daß eichler aus rache und verzweiflung neue belastende falschaussagen macht. es spricht einiges dafür und entspricht seinem sonstigen verhalten, daß eichler kalkuliert, daß seine lügen gegen frank hingenommen werden, damit er keine weiteren falschaussagen macht. wenn jetzt zeugen diese rechnung durchkreuzen und den entlastungsversuch vom mordvorwurf höher gewichten als die gefährdung für sich und andere durch neue lügen, so finden wir diese entscheidung richtig.
eichler hatte wie erwähnt im januar '88 »umfassende aussagen« angeboten, wenn ihm dafür strafnachlass zugesichert worden wäre. auch ohne die jetzigen zeugenaussagen hätte nach einem urteil mit neuen »belastungen« von eichler gerechnet werden müssen. das politische interesse von baw und senat, die § 129a-konstruktion neu zu beleben bzw. zu erweitern, ist bleibend groß. mit der festschreibung »glaubwürdiger aussagen« eichlers im urteil gegen andreas semisch muß im falle neuer »belastungen« von eichler befürtet werden, daß es zu neuen verfolgungen kommt. dem müssen wir uns gschlossen entgegenstellen!
- die zeugenaussagen sind auch über die region hinaus von politischer bedeutung. klar ist, daß die einlassungen vor allem der letzten zeugen die von uns in der »plattform« gezogenen grenzen sprengen. wir wissen um die schwierigkeit, das aussageverhalten als »möglichst einmalige notwehr in einer ver fahrenen situation« zu vermitteln. wir begreifen die zeugenaussagen als letzte möglichkeit und berechtigten versuch, einen genossen von einem vorwurf zu entlasten, der ihm ansonsten eine lebenslängliche haftstrafe für etwas einbringt, was er nicht getan hat.

in der derzeitigen situation ist solidarität zu frank damit konfrontiert, zu mitteln zu greifen, die wir sonst ablehnen würden aussagen vor einem staatsschutzsenat zu machen, die nicht nur weitere namen und strukturen preisgiebt, sondern in diesem fall bis zur direkten belastung des anderen angeklagten gehen.
aber die gezielten lügen eichlers, die für frank zum mordvorwurf geführt haben, zwangen einige offensichtlich zum handeln.

wir hatten in den letzten tagen kontroverse und längst nicht beendete diskussionen. aber in abwägung aller genannten punkte verstehen wir die initiative der zeugen und werden sie unterstützen.

autonome aus dem rhein/main gebiet.

Eine Aktion, die Chile in Atem hielt

Nach dem Putsch vom 11.September 1973 ging die chilenische Linke zunächst auf Tauchstation. Niemand hatte mit einer derart brutalen Repression und den tausenden Toten gerechnet.

Ab 1978 rührte sich der Widerstand, der 1.Mai findet wieder auf der Straße statt. Bei der Rekonstruktion der Gewerkschaften spielen die von der chilenischen KP umworbenen Christdemokraten die erste Geige. Statt auf den bewaffneten Kampf hatte die KP auf eine »antifaschistische Front« gesetzt – gemeinsam mit der christdemokratischen PDC. Die war weder mit der massenhaften Verletzung der Menschenrechte noch mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik einverstanden, die ihre traditionelle Klientel, die einheimische Bourgeoisie, bedrohte. Von den 1973 florierenden Industrieunternehmen meldeten bis Ende der achtziger Jahre vierzig Prozent Konkurs an.

Mit dieser »antifaschistischen Einheitsfront« hat die KP jedoch keinen Erfolg. Ihr beginnt die Basis wegzulaufen, denn der einzig sichtbare Widerstand kommt vom MIR, der »Bewegung der Revolutionären Linken«. 1980 verkündet die KP, daß »alle Kampfformen« in der »Volksrebellion« zulässig seien. Nach langen Diskussionen und Streitigkeiten innerhalb der KP, entsteht 1983 die »Frente Patriotico Manuel Rodriguez« (FPMR), die den bewaffneten Kampf aufnimmt.

Die ersten Aktionen der Frente sind Sabotageaktionen gegen Stromversorgung und Transportwege. In den Poblaciones, den Armen und Elendsvierteln Chiles, wo Hunger und Unterdrückung – aber auch der Widerstand – am stärksten sind, entstehen die rodrigistischen Milizen, die die Selbstverteidigung der Viertel organisieren, kleinere Sabotageaktionen durchführen und Lebensmittel requirieren, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Dadurch gewinnt die Frente gerade in den ärmsten Vierteln Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung.


1983 löst der Kampfgeist der Bewohner der Poblaciones während der Protesttage bei den Parteien und Gruppen Erstaunen aus. Soziale Bewegungen – und nicht die Politiker – haben die Führung übernommen. Die Friedhofsruhe ist vorbei. Im Februar 1984 schließt sich die Linke einschließlich der KP und des MIR zur MDP zusammen, der »Demokratischen Volksbewegung«. Repression und der Ausblick auf Demokratisierung lassen das Bündnis 1986 wieder zerbrechen: die Sozialisten sozialdemokratisieren sich und der MIR spaltet sich. Die KP versucht den bewaffneten Kampf einzustellen, worauf sich die FPMR abspaltet, und ihre militärischen Aktionen weiter fortsetzt.

Im September 1987 entführte die Frente Oberst Carreno. Ziel dieser Aktion war es vor allem mit dem chilenischen Militär in Kontakt zu kommen. Wie die Pinochet-Regierung reagierte, wie die Familie und befreundete Militärs, wie die Kirche, wie es in einem »Volksgefängnis« zuging, weshalb das Attentat auf Pinochet scheiterte, ob die Forderungen nach Lebensmittelverteilungen und Veröffentlichung eines Kommuniques erfüllt wurden, ob Carreno freigelassen wurde, – all das beantwortet *Operación Principe,* ein Buch von drei JournalistInnen, die in den Fall verwickelt wurden. Sie sprachen mit den Entführern und dokumentierten die Vorgänge anschließend in dem jetzt vorliegenden Tatsachenroman:

Roberto Bardini/Miquel Bonasso/Laura Restrepo:
Operación Principe –
Geschichte einer Entführung, die Chile in Atem hielt,
übersetzt aus dem Mexikanischen, Grafenau 1990, 20.-DM.
ISBN: 3-922209-11-4.
Trotzdem★Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1






Phantom Avantgarde
„Sie wollten alles. Sofort! Die Poesie auf die Straße bringen, mit der Kunst Schluß machen. Die Stadt in ein gigantisches Spiel verwandeln. Sie wollten 'ohne tote Zeit leben und ohne Hemmnisse genießen'. Zehn Jahre vor 1968! Sie waren die ersten, die die Literatur, das Kino, die Werbung, die Gemälde, die Comics zweckentfremdeten. Die ersten, die auf einen Schlag die Grüppchen, die KP, die Bullen, die Stars beschimpften. Die besten Parolen aus dem Mai '68 haben sie erfunden. Und sie waren es, die sie auf die Mauern von Paris brachten und den Ton der Revolte angaben! 'Unter dem Pflaster liegt der Strand', 'Seid realistisch, verlangt das Unmögliche' ... Die Situs!"
ACTUEL, März 1989
Die Geschichte der Situationistischen Internationalen (S.I.) und ihre Bedeutung für kulturrevolutionäre Aktivitäten in der BRD in den 60er, 70er, 80er Jahren und heute ...
Beiträge von/Diskussion mit: Roberto Ohrt (Autor des Buches 'Phantom Avandgarde') und Hanna Mittelstädt/Lutz Schulenburg (Edition Nautilus).
Film: GEHEUL FÜR SADE von Guy Debord (1957)
Montag, 17.12.90 um 20 Uhr
„In den letzten Jahren gibt es eine wachsende Anzahl von Publikationen, die die Situationistische Internationale als wahre Nachkriegserbin von Dada und dem Surrealismus darzustellen versuchen. Es wurde auch behauptet, daß die Ideen und Taktiken dieser Bande von Außenseitern, die stolz war, nie mehr als eine Handvoll Mitglieder zu umfassen und darauf, in den 'Katakomben der Kultur' zu arbeiten, einer der geheimen Verbindungsfäden ist, der die städtischen kulturellen Randzonen der letzten zwei Jahrzehnte durchzieht, von den niederländischen Provos zu der britischen Punk-Bewegung bis hin zu dem neueren Phänomen der Autonomen von West-Berlin."
Art in America, Oktober 1989
Ort: Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
Veranstalterin: Projekt Destabilisierung
EINLADUNG
ZUR TEILNAHME AN EINEM WIRKLICH HISTORISCHEN EREIGNIS
Die jahrzehntelang verfolgten & vertriebenen südafrikanischen Oppositionellen kehren aus den Exilländern zurück.
Das ist möglich geworden.
Nicht möglich ist bisher die Unterbringung dieser Menschen in zumutbaren Wohnungen.
In einem ersten Schritt sollen für die Betroffenen 10 Häuser als Unterkunft beschafft werden.
Medico hat seine Hilfe verbindlich zugesagt – und hofft auf hiesige Unterstützung.
Spendenstichwort: „Rückkehrer-Südafrika"
Spendenkonto: 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02) oder Postgiro Köln 6999-508.
Neue Broschüren:
„INKATHA" (Fakten, Daten, Hintergründe), 20 S. (4.–, incl. Porto in Briefmarken.)
MEDICO REPORT 12 „Die Rückgabe der geraubten Kulturgüter", 3.– DM in Briefmarken.
medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 0 69 / 4 99 00 41/2/3
Sag mal, ist der verdammte Adler von INTERIM 176 immer noch nicht zurück?
Nee! Was nur bestätigt was F. Eagles immer gesagt hat: Die Befreiung der Hühner kann nur Sache der Hühner selbst sein!
EINIGE LESERINNEN

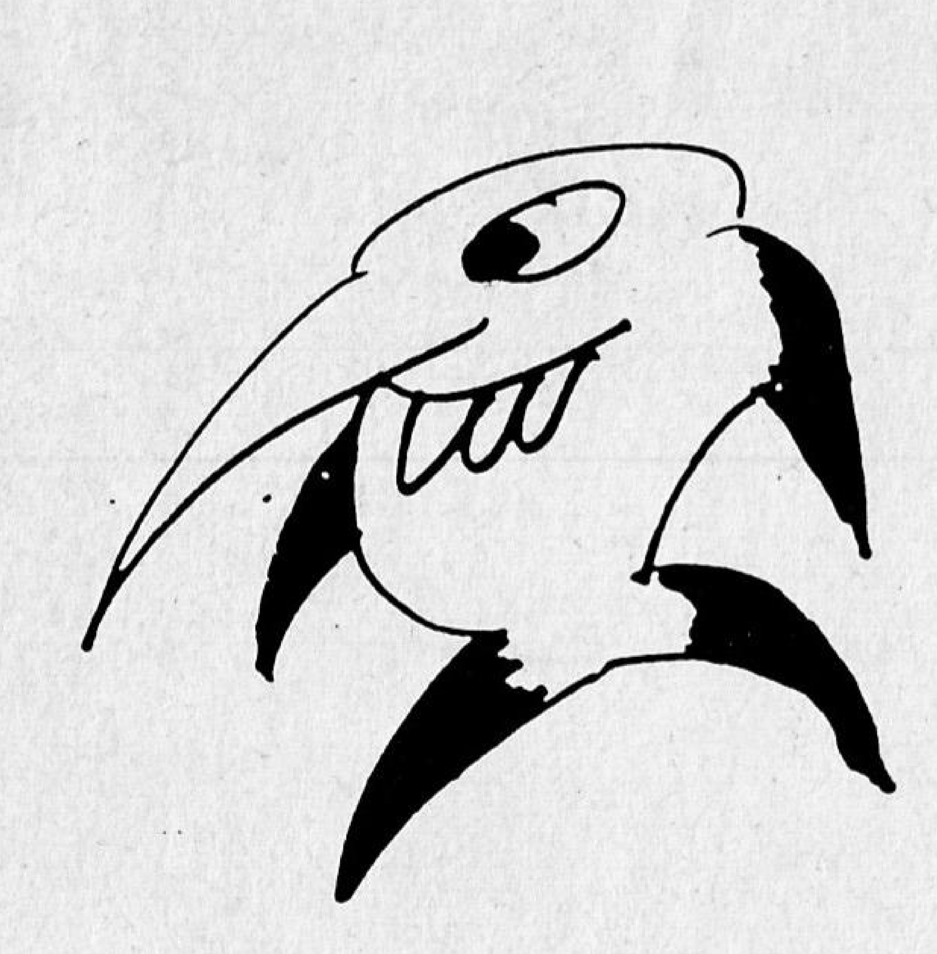
SFE
GNEISENAUSTR 2A
MEHRINGHOF

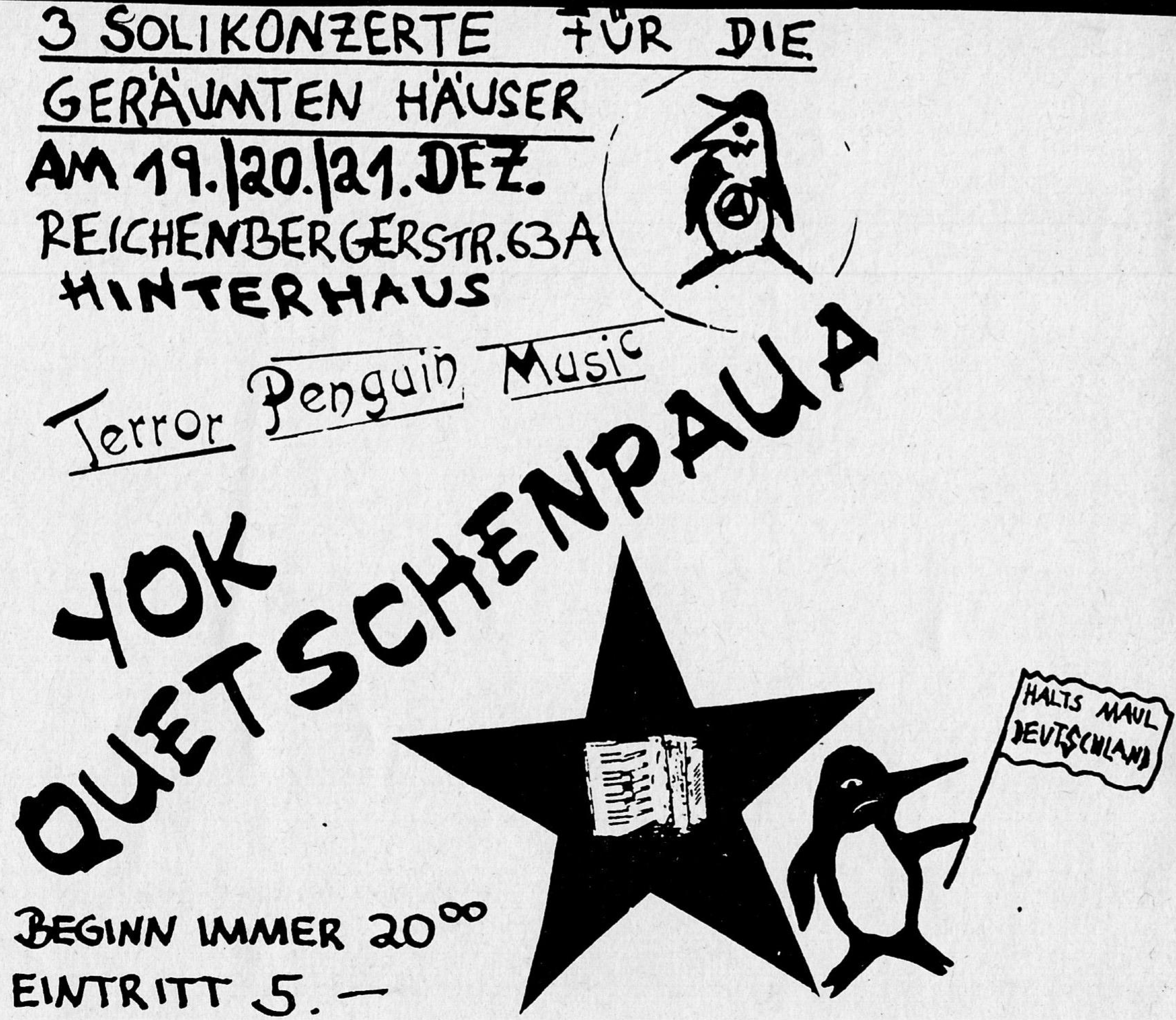
Prozesskosten Fete

Sa 15.12.90 21⁰⁰

EINSTEINUFER
MARCHSTR.

3 SOLIKONZERTE FÜR DIE GERÄUMTEN HÄUSER
AM 19./20./21. DEZ.
REICHENBERGERSTR. 63A
HINTERHAUS





TERMINE TERMINE TERMINE

Donnerstag 13.12.
19.00 **Guatemala Veranstaltung**
Aktuelles zu den Wahlen, den sog. "Modelldörfern" Bericht der StudentInnendelegation, die im Oktober dort war. VeranstalterInnen: Guatemala-Kommitee ASta FU Internat. Ref. Dritte Welt Zentrum Winsstr. 53 Prenzelberg. Es sei hervorgehoben, daß dies sozusagen eine Exilveranstaltung ist, die Eigenlich im Antiquariat Mainzer Str. stattfinden sollte.

Freitag 14.12.
19.00 **Veranstaltung zur Hafenstr.**
Film, Infos und Diskussionen zur aktuellen Situation mit Menschen aus dem Hafen
Ort: ist noch nicht klar!

Samstag 15.12.
16.00 **Treffen linker Lehrerinnen und Lehrer**
Das kann ja wohl noch nicht alles gewesen sein.
Infoladen Omega, Sparrstr. 21

17.30 Das **Frauen-Kiez-Cafe Neukölln** zeigt:
"Männerherrschaft unbekannt"
ab 16.00 Uhr Kaffee und Kuchen
Stadtteilladen LUNTE Weisestr.53
Nur Frauen !

19.00 **Veranstaltung zur Hafenstr.**
Film, Infos und Diskussionen zur aktuellen Situation mit Menschen aus dem Hafen
Th. Weißbecker Haus
Wilhelmstr.9 U-Bahn Hallisches

21.00 **Hoffnung auf Widerstand**
Eine Videoreihe über soziale Bewegungen und Widerstand in der BRD
"Projekt Arthur"
Infoladen "Daneben"
Rigaerstr, 84 Friedrichshain

Sonntag 16.12.
nix

Montag 17.12.
20.00 Treffen aller **Festgenommenen und Verletzten** der Mainzer-Räumung/Demo.
Wichtig! Kommt alle.
Mehringhof im Versammlungsraum

Dienstag 18.12.
auch nix

Mittwoch 19.12.
20.00 **Solikonzert** für die geräumten Häuser mit: YOK Quetschenpaua
Eintritt: 5DM
Reichenbergerstr. 63a Hinterhaus

21.00 **Hoffnung auf Widerstand**
"Von der Revolte zur Revolution"
Studentenbewegung '68
Infoladen "Daneben"
Rigaerstr, 84 Friedrichshain

Donnerstag 20.12.
20.00 **Solikonzert** für die geräumten Häuser mit: YOK Quetschenpaua
Eintritt: 5DM
Reichenbergerstr. 63a Hinterhaus

13.12. - 19.12
Aktionswoche zu Wohnungsnot und Hausbesetzungen
mit Videos, Fotoausstellung, Dokumentation, Diskussion, Aktion
John-F.- Kennedy Institut
Dead-Kennedy Institut
Lansstr. U-Bahn Dahlem Dorf

FR.,21.12., 19 Uhr VERANSTALTUNG MAINZER STR. LEBT
(außerdem Film über die Räumung
Versammlungsraum (Mehringhof),
Gneisenaustr. 2a
Nur für Frauen

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM



Die Autonomen zur Lage der Nation

Nr. 127

13. Dezember 1990